

Protokoll der 25. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Dienstag, dem 26. Januar 1993; Beginn: 14.00 Uhr; Berlin, Bundesvermögensamt Berlin II (ehem. Sitz des ZK der SED), Plenarsaal; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Die Machthierarchie der SED“

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 416

Grußwort

Eberhard Diepgen 418

Vorträge

Hermann Weber 421

„Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung – Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR – Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme Ende der vierziger Jahre“

Fritz Schenk 431

„Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung – Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR – Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme in den fünfziger Jahren“

Wolfgang Seiffert 436

„Entscheidungsstrukturen der SED-Führung – Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR – Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme in den sechziger und siebziger Jahren“

Diskussion 446

Vortrag

Thomas Ammer 463

„Fragen zur Struktur und Methoden der Machtausübung in der SED-Diktatur“

Zeitzeugen (Gespräch mit Karl Wilhelm Fricke und Ulrich Schwarz) 471
 Hans Modrow – Günter Schabowski – Karl Schirdewan – Gerhard
 Schürer – Manfred Uschner

Diskussion 494

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die öffentliche Anhörung unserer Enquete-Kommission heute und morgen zum Thema „Die Machthierarchie der SED“ findet, so denke ich, am passenden Ort statt. Wir tagen im Plenarsaal jenes Gebäudes, das als Sitz des Zentralkomitees der SED für viele Bürger in der DDR als Stein gewordener Ausdruck der Macht der führenden Partei der Arbeiterklasse galt. Ich freue mich, Sie alle – auch die Vertreter der Medien – an diesem historischen Ort begrüßen zu können.

Mein besonders herzlicher Gruß gilt dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen, der nachher auch ein Wort der Begrüßung an uns richten wird. Einen besonders herzlichen Gruß richte ich deswegen an ihn, weil sein Hiersein deutlich macht: Berlin und die Berliner, sie freuen sich, und es ist ihnen wichtig, daß wir hier sind und uns diesem Thema stellen. (Beifall)

Ich irre mich wohl kaum, wenn ich feststelle, daß das Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit seit dem 12. Januar dieses Jahres an Intensität wieder gewonnen hat. Mit dem 12. Januar meine ich jenen Tag, an dem der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin den ehemaligen Generalsekretär der SED in rechtsstaatlicher Anerkennung des Grundrechts auf Achtung der Menschenwürde auf freien Fuß gesetzt hat. Viele Bürger unseres Landes haben – die rechtsstaatliche Notwendigkeit dieser Entscheidung anerkennend – gefragt, ob auf diese Weise auch besonders gegenüber den Opfern der SED-Diktatur wirklich Gerechtigkeit geübt wurde.

Ein auf das Grundgesetz der Bundesrepublik verpflichtetes Verfassungsgericht konnte wohl nicht anders entscheiden, als es der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin getan hat. Trotzdem – oder gerade deshalb – bleibt festzustellen: Der ehemalige Generalsekretär der SED gehört für mich zu den großen Verlierern des letzten Drittels unseres Jahrhunderts. Die – so meine ich jedenfalls – für ihn schlimmste Strafe hat er durch die meisten der 16 Millionen DDR-Bürger schon im Herbst 1989 erhalten. Sie haben ihn gestürzt und in Lindow davongejagt.

Weshalb erinnere ich noch einmal an das Schicksal dieses „großen Verlierers“ des letzten Drittels unseres Jahrhunderts? Ich tue das vor allem deshalb, weil in der Reaktion breiter Schichten, von vielen Menschen, auf den Ausgang des Honecker-Prozesses viel von dem sichtbar wurde, was zu den wesentlichen Merkmalen der Machthierarchie der SED gehörte. Die Bürger der DDR

erlebten und erlitten – das ist jedenfalls mein Eindruck – die SED als die alles bestimmende und immer unfehlbare, aber auch weithin anonyme Macht, die das Leben der Menschen in der DDR in allen Einzelheiten vorherzubestimmen und zu beplanen schien, leitete und kontrollierte. Das sorgfältig ausgefeilte Hierarchiesystem der SED sicherte – so schien es zumindest – die Allgegenwart der Partei in praktisch allen Lebensbereichen, mit vielleicht einer Ausnahme – und selbst da sind wir inzwischen skeptisch geworden –, dem der Kirchen.

Keine Aktivität war der SED zu gering, als daß sie sich nicht auch dort offen oder verdeckt eingeschaltet hätte. Elternversammlungen in den Schulen, die Hausgemeinschaftskollektive, der Verband der Kleintierzüchter und Siedler, die Philatelisten und die Numismatiker und nicht zuletzt die Sportclubs – sie alle wurden von der SED in ihrem Tun beeinflußt, vorherbestimmt, angeleitet und mehr oder weniger intensiv kontrolliert.

Ganz genauso wurde dann selbstverständlich auch in den Betrieben, den Verwaltungen, den Schulen und Universitäten verfahren. Die Partei war – oder schien es zumindest zu sein, allgegenwärtig, auch immer wieder in den sogenannten Blockparteien. Wer in der DDR Karriere machen wollte, bekam die Allgegenwart der SED ständig zu spüren.

Vollständig eingebunden in dieses hierarchische Machtsystem der SED waren aber auch und vor allen Dingen jene Organe, die der Sicherung der DDR zu dienen hatten, die Nationale Volksarmee, die Polizei und natürlich der Staatssicherheitsdienst, der sich ganz offen als „Schild und Schwert der Partei“ bezeichnete. Bei unserer letzten Anhörung in der vergangenen Woche ist, glaube ich, sehr gut deutlich geworden: Eigentlich hätte es heißen müssen „Schild und Schwert der Parteiführung“.

Alle diese Institutionen – vom Elternaktiv bis zum Ministerium für Staatssicherheit – hatten der Stabilisierung der SED-Herrschaft zu dienen und waren Werkzeuge des allumfassenden Machtanspruchs dieser Partei. Gerade diese Allgegenwart bewirkte aber, daß die Art und Weise ihrer Machtausübung für den Bürger zumeist undurchschaubar blieb. Auch geschulte Politologen und Zeithistoriker außerhalb der DDR haben sich hier in ihrer Beurteilung nur allzu oft geirrt. Die Undurchschaubarkeit der Machtausübung und Machtsicherung durch die SED führt heute dazu, daß Schuldvorwürfe oft sehr pauschal erhoben werden. Wer so ganz ohne weiteres etwa von den „roten Socken“ spricht, der verkennet, daß es sich bei den gemeinten Funktionären – erstens – um Menschen handelt, die sich im System der Machthierarchie der DDR – zweitens – durchaus sehr unterschiedlich verhalten haben. Auch ihnen gegenüber muß gelten, daß jeder Mensch für sich nach dem zu beurteilen ist, was er getan oder unterlassen hat.

Die Undurchschaubarkeit der Machtausübung und Machtsicherung durch die SED macht es allerdings auch vielen Tätern heute einfach, ihre Bedeutung

herunterzuspielen und ihre Schuld zu verkleinern, wurde und wird doch die SED, weil sie immer recht hatte und recht haben mußte, weil sie sich – wie Robert Havemann einmal bemerkte – als „Institut der ewigen Wahrheit“ verstand und feiern ließ, als allgegenwärtige Institution auch allverantwortlich gemacht. Wer sich als Geber guter Gaben über viele Jahre preisen läßt, der muß es auch ertragen, für alle Fehler und Mißstände verantwortlich gemacht zu werden. Wer – so scheint es – jeden produktiven Meinungsstreit verbieten wollte, muß immer damit rechnen, daß er mit Gewalt – und wenn es auch nur die sanfte Gewalt Tausender von Kerzen ist – eines Tages davongejagt wird.

Die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland ist eine schwierige Aufgabe, an deren Lösung eine rechtsstaatliche Justiz sich nur in Grenzen beteiligen kann, die ihr nämlich die Verfassung und das Recht setzen. Das hat uns auch der Honecker-Prozeß gelehrt.

Um so wichtiger ist heute die Arbeit der Enquete-Kommission. Mit der heutigen Anhörung über die Machthierarchie der SED wird in den Blick genommen, wie die SED-Diktatur überhaupt funktionieren konnte und welchen Anteil einzelne Institutionen und Menschen daran hatten, daß sie über vierzig Jahre lang überdauerte.

Ich danke schon jetzt allen denen, die durch ihre Beiträge in dieser Anhörung anschaulicher machen werden, was die Machthierarchie der SED wirklich darstellte, mit welchen Mitteln sie ihre Position zu wahren suchte und wie sie ihre Macht schließlich verspielte.

Ich hoffe, daß wir, die wir heute hier sind, morgen abend klüger sein werden und differenzierter Bescheid wissen. (Beifall)

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen! Ihr Vorsitzender hat mich ermuntert, aufgefordert, einige Worte zur Begrüßung der Enquete-Kommission hier in Berlin zu sagen. Das tue ich gern. Er hat schon auf die besondere Bedeutung dieser Stadt im Rahmen der Aufgabe hingewiesen, der Sie sich unterworfen haben.

Wenn die Wände dieses Hauses sprechen würden, könnten sie wohl so manche Geschichte erzählen: Hier residierte im Dritten Reich die Reichsbank, hier residierte die SED, hier beriet das einzige frei gewählte Parlament der DDR. Und heute tagen Sie hier, die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages.

Ich glaube, nicht von ungefähr haben Sie sich in die Mitte Berlins begeben. In Berlin spiegelt sich die Geschichte unseres Landes wider. Berlin ist ein geeigneter Ort, um sich auch gerade mit der jüngsten Vergangenheit zu beschäftigen. Aus diesem Grunde heiße ich Sie herzlich willkommen.

Diese Stadt Berlin ist die Bundeshauptstadt eines Landes, das mehr als jedes

andere mit und aus seiner Geschichte lebt. Ihre Aufgabe ist es, einen wichtigen Abschnitt unserer schwierigen und wechselhaften Vergangenheit zu ergründen. Wir wissen: Bei vielem, was geschieht, sind wir nur Ahnende, Vermutende, nur selten Wissende. Wir haben jedoch die Möglichkeit, uns im nachhinein um Aufklärung zu bemühen, können fragen, nachlesen und erforschen, und wir möchten wissen, was sich ereignet hat, wer dafür Verantwortung und Schuld trägt.

Damit ist sicherlich das Vergangene nicht mehr zu ändern oder zu „bewältigen“, aber wir können durch Verstehen mehr Gewißheit über uns und über unsere Mitmenschen gewinnen, und wir können – im glücklichsten Fall – Fehler, die wir erkannt haben, in Zukunft vernünftigt vermeiden.

Dabei stehen Deutsche zum wiederholten Male vor den Trümmern einer Epoche. Ein Regime ist vergangen. In der DDR wurden im Namen einer Idee Menschen unterdrückt, wurde Idealismus mißbraucht, wurden Landschaften vergiftet und Städte dem Verfall preisgegeben. Dies alles ist das Werk von Menschen, die sich – aus welchen Motiven aus immer – einer Partei verschrieben hatten.

Heute sind wir umringt von den Problemen des Alltags. Die Einheit wird als Glück, aber auch als schwere Bürde empfunden. Wir wollen gemeinsam voranschreiten, eine moderne, eine demokratische Gesellschaft, ein europäisches Deutschland zu sein. Aber beim Fortschreiten können wir auf den Blick zurück mit Sicherheit nicht verzichten. Um uns selbst und unseren Nachbarn zu begreifen, müssen wir zurückblicken und versuchen, das Gewesene zu verstehen. Dazu einen Beitrag zu leisten, das ist der Auftrag Ihrer Kommission, der Enquete-Kommission.

Sie haben dabei aus meiner Sicht eine gesamtdeutsche Aufgabe, denn deutsche Geschichte nach 1945 ist unsere gemeinsame Geschichte. Wir sind ein Volk, eine Nation. Es geht nicht darum, daß der Westen dem Osten die Vergangenheit aufarbeiten will. Vergangenheit ist nicht teilbar. Schufte und Edelleute, Wohlmeinende und Verblendete, Erfolgreiche und Gescheiterte hat es auf beiden Seiten, auf allen Seiten gegeben. Die Irrtümer und Verbrechen unserer Geschichte sind deutsche Irrtümer und deutsche Verbrechen.

Ich meine, dies genau sollte der Leitgedanke sein, meine Damen und Herren, wenn wir uns alle gemeinsam auch mit der jüngsten Vergangenheit beschäftigen. Ansonsten könnten wir ja gleich dazu übergehen, unsere gemeinsame, unsere gesamte Geschichte nur aus einem Blickwinkel zu betrachten. Dann wäre Goethe ein ostdeutscher Dichter – oder auch nicht, weil er ja gerade in Frankfurt am Main geboren wurde –, Beethoven ein „Wessi“, und Immanuel Kant – ja, was wäre der denn eigentlich? Also, schon aus diesen Beispielen wird sehr deutlich: Künstliche Teilung unserer Geschichte ist sinnlos und falsch.

Eine andere Überlegung hat meines Erachtens bei der Aufarbeitung der

SED-Diktatur unser Handeln zu bestimmen. Wir sollten versuchen, dem Wesentlichen auf den Grund zu kommen. Dabei will ich eine Eingrenzung machen zu dem, was oftmals die Tagespolitik bestimmt. Die Enttarnung „inoffizieller Mitarbeiter“ des Ministeriums für Staatssicherheit ist meines Erachtens, wenn man sich nur darauf konzentriert, geeignet, falsche Schwerpunkte zu setzen und von dem, was notwendig ist – nämlich der notwendigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit –, abzulenken. Das Wesentliche – das war in der DDR die Partei, die SED; nur wenn dies im Vordergrund steht, wird aus meiner Sicht der Tendenz zu unverantwortlicher DDR-Nostalgie entgegengewirkt.

Spitzeldienste geleistet zu haben, ist – darüber sind wir sicherlich einer Meinung – eine schmutzige Angelegenheit. Doch wenn wir uns nur mit diesen Leuten beschäftigen, verlieren wir leicht das Wesentliche aus den Augen, und das ist die Partei, die die Menschen dazu ermuntert und verführt hat, so zu handeln. Es ist trotzdem nicht überflüssig, zu fragen, was dieser und jener in fraglicher Zeit getan hat. Dort, wo Verbrechen geschehen sind, wo Fehlverhalten anderen geschadet hat, sollten, ja müssen die Betroffenen zur Rechenschaft gezogen werden.

Theo Sommer schrieb zu diesem Thema in der letzten Ausgabe der „Zeit“, es komme auf Lernprozesse an, weniger auf Strafprozesse. Ich meine, hier irrt Theo Sommer; es kommt auf beides an: Lernen aus Fehlern und Strafe für Verbrechen. Aber es muß auch gelten: Menschen haben ein „Recht auf Irrtum“. Es steht uns jedenfalls – das ist meine Überzeugung – nicht zu, einfach nur pauschal über jene zu richten, die einer falschen Ideologie gefolgt sind. Wir müssen uns – so meine Position – differenzierter als bisher der Mühe unterziehen, die komplexen Informations- und Entscheidungswege des Regimes zu untersuchen. Erst wenn wir die Funktionsweise der Diktatur erfassen, lernen wir richtig für die Zukunft und können wir wirklich beurteilen, welche Rolle einzelne darin gespielt haben.

Wir beobachten derzeit eine rasche punktuelle Historisierung der DDR – punktuell, weil die Medien dem außergewöhnlichen, dem besonderen Verbrechen auf der Spur sind. Beinahe täglich konfrontieren sie uns mit Ergebnissen akribischer, jedoch nicht immer ausgewogener Nachforschungen. Mit der Hartnäckigkeit von Spürhunden werden vermeintliche oder wirkliche Übeltäter ermittelt und ins grelle Licht der Öffentlichkeit getrieben – so lange, wie das Thema absatzfördernd aufbereitet werden kann. Und manchmal hat man den Eindruck: Es ist schon fast gleichgültig, welches Ergebnis die Untersuchungen haben, wenn sie denn nur zu Überschriften führen, und viele Menschen sagen: „Nun hört doch mal endlich auf!“ Das wäre auch eine falsche Schlußfolgerung.

Meine Damen und Herren, ich sage hier nichts weiter konkret zu dem Honecker-Prozeß – auch aus meiner Verantwortung in der Politik gegenüber der Justiz heraus nicht –, aber es ist schon bemerkenswert, wieviel wir in den

vergangenen Wochen über Herrn Honeckers Leber erfahren haben und wie wenig über seine Herrschaft. So wichtig der Beitrag journalistischer Arbeit für die Geschichtsschreibung auch sein mag, er reicht nicht aus, um seriöse Forschung zu ersetzen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum ich jedenfalls die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für so wichtig halte, warum ich die Arbeit mit großem Interesse verfolge, warum das viele Menschen in diesem Lande tun und warum die Arbeit so wesentlich ist. Dabei weiß ich. Ihre Aufgabe ist umfangreich. Ich jedenfalls wünsche, daß Ihre Arbeit hilft, unsere Geschichte besser zu begreifen. Wenn dies gelingt, kann die Enquete-Kommission über ihr eigentliches Ziel hinaus einen substantiellen Beitrag zur Verwirklichung der inneren Einheit unseres Landes leisten. Dabei wünsche ich viel Erfolg. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, für Ihr nachdenkenswertes Wort und Ihre guten Wünsche.

Wir wollen uns dem Thema „Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung“ weiter nähern. Wir haben dazu drei Referenten gebeten, die offenbar alle das gleiche Thema haben: Entscheidungsstrukturen in der SED-Führung, Verknüpfung zwischen Partei und Staat in der DDR, Mittel und Wege der sowjetischen Einflußnahme Ende der vierziger Jahre – diesen Teilsaspekt wird uns Herr Professor Weber aus Mannheim nahebringen –, in den fünfziger Jahren – dazu hören wir Fritz Schenk, Zweites Deutsches Fernsehen Mainz – und danach abschließend Professor Dr. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel, zu den sechziger und siebziger Jahren. Bitte, Herr Professor Weber!

Prof. Dr. Hermann Weber: Verehrte Anwesende, fast genau zehn Jahre vor Kriegsende, am 3. Mai 1935, kurz vor den blutigen Säuberungen in der Sowjetunion, hat Stalin einen Ausspruch getan, der in der Folgezeit immer wieder zitiert worden ist und als Leitlinie kommunistischer Parteien gegolten hat. Der Ausspruch lautete: „Die Kader entscheiden alles!“ Dieser Ausspruch zeigte zur damaligen Zeit, daß Stalin der Meinung war: Das Regierungssystem, das Herrschaftssystem, die Diktatur waren so gefestigt, die Institutionen waren herausgearbeitet, die Mechanismen der Macht eingeübt, so daß es, wenn man dieses System längerfristig aufrechterhalten wolle, darauf ankomme, genügend Kader auszubilden, damit die dann die entsprechenden Positionen besetzen könnten.

Im Jahre 1945, als die Rote Armee im Ostteil Deutschlands einrückte, ging die Vorstellung Stalins natürlich nicht nur dahin, hier ein System nach dem Muster seines Sowjet-Systems zu errichten; es gab eine ganze Reihe anderer Problemfelder, die ihn beeinflussten. Nur, als man daranging, dies zu tun, hatte man die Schwierigkeit, beides gemeinsam schaffen zu müssen, sowohl die Institutionen, den Ausbau der Mechanismen, als eben auch die Heranbildung der entsprechenden Kader.

Das heißt also, daß erstens zu berücksichtigen ist, wie in der sowjetisch besetzten Zone von 1945 bis 1949 – das ist ja der Zeitraum der vierziger Jahre – diese Institutionen aufgebaut und ausgebaut worden sind, zum anderen aber auch betrachtet werden muß – und darauf möchte ich einigen Wert legen –, was von dieser Ausbildung der Kader in jener frühen Phase zu halten ist.

Dabei ist klar, daß die Entwicklung nach 1945 nicht synchron verlief; ich kann das nicht im einzelnen belegen, aber in der Kulturpolitik ging man anders vor als im Aufbau von Hierarchien, von Machthierarchien. Es ist auch klar, daß die Änderung des Parteiensystems hier nicht im einzelnen behandelt werden kann; das habe ich bereits an anderer Stelle vor dieser Kommission getan. Hier kommt es darauf an zu sagen: In dieser schwierigen Phase des Übergangs gilt mit Sicherheit das, was Wolfgang Leonhard überliefert hat, der Ausspruch Ulbrichts: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Ich glaube, dieser Kernsatz macht deutlich, wie in der Frage der Machtstrukturen vorgegangen wurde. Er macht zugleich deutlich, daß eben die Voraussetzung dafür war, genügend Kader heranzubilden in einem Deutschland, das nicht nur zusammengebrochen war, sondern wo gerade in der jüngeren Generation mit Sicherheit die NS-Ideologie zumindest noch nicht ausgerottet gewesen ist.

Ich will also zweierlei tun: Ich möchte ganz generalisierend versuchen, kurz einige wesentliche Methoden und Mechanismen vorzustellen, und zum zweiten anhand der Entwicklung dessen, was man die „Kaderschmiede“ der SED nannte, die Parteihochschule „Karl Marx“, auch aus eigenem Erleben zwischen 1947 und 1949 einige Punkte ansprechen. So ist es uns jedenfalls auch vorgeschlagen worden, nicht nur als Historiker hier zu sprechen, sondern auch eigene Erfahrungen mit einzubringen. Meine beschränken sich auf diesen kurzen Zeitraum.

Ausschlaggebendes Merkmal kommunistischer Parteiherrschaft war die Allmacht der Parteiführung in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Das Besondere dieses Systems bestand nun darin, daß in der Sowjetunion der dreißiger Jahre die größte Kommunistenverfolgung aller Zeiten stattgefunden hat – was zeigt, daß es sich hier um ein System handelt, das mit den gleichen Mechanismen, mit denen es gegen Andersdenkende, gegen die Mehrheit der Bevölkerung vorging, auch innerparteilich herrschte. Gleichzeitig macht dies natürlich deutlich, daß von einer innerparteilichen Demokratie in diesem System nicht gesprochen werden konnte, sondern daß es darauf ankam – auch für die spätere Struktur der DDR –, daß die Parteiführung unumschränkt und unkontrolliert herrschte, um eben ihren Machtanspruch als Hegemonialpartei, das heißt als Vorherrschafts- und Führungsorgan, durchzusetzen.

Ich denke, daß die Führung dabei viererlei tat: erstens strebte sie von Anfang an die Sicherung ihrer Hegemonie mit stetig wachsendem Absolutheitsan-

spruch an, zweitens duldete diese Partei keine Teilung der Macht – und erst recht keine legale Ablösung –, drittens unterdrückte und verhinderte sie pluralistische Tendenzen wie auch Ansätze innerer Demokratie, und viertens übte sie ihre Gewalt als Führungsorgan außer im Staat im gesamten öffentlichen Leben aus und wirkte bis in die Privatsphäre der Bürger hinein.

Die Übertragung dieses Systems war nur durch einen singulären Vorgang möglich, nämlich einerseits die Besetzung eines Teils Deutschlands durch die sowjetische Armee und damit die Machtübernahme der Sowjetischen Militäradministration, und andererseits durch die Tatsache, daß sie auf ein relativ breites Reservoir von Kommunisten zurückgreifen konnte, die eben erst unter Hitler blutig verfolgt worden waren und im Widerstand gegen Hitler auch die meisten Opfer gebracht haben, die aber nun ihr Verhalten änderten: die Verfolgten sind nun selbst zu Tätern geworden.

Die Strukturen der KPdSU – um dies kurz einzuführen, was die Führungsmechanismen angeht –, das heißt also Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat als die Führungsorgane, der zentralistische und hierarchisch aufgebaute hauptamtliche Apparat der Partei, seine Kompetenzen sowie insbesondere Kaderarbeit und Nomenklatur wurden von der stalinistischen Führung über die SMAD in die sich wandelnde SED zwischen 1946 und 1949 mit hineingetragen, bis sie eben eine stalinistische Partei nach dem Vorbild der KPdSU war.

Nun war der Ideologie dieser Partei immer ein Feindbild immanent; das heißt, ein Feindbild war wesentlich für den Zusammenhalt der Partei selbst. Es galt, ständig Feinde aufzuspüren, sie zu verfolgen, zu schlagen. Einschüchterungen und Angst waren eben nicht nur Herrschaftsinstrument nach außen, sondern sie sind zunehmend ein Element auch des inneren Organisationsprinzips geworden.

Dieses innere Organisationsprinzip war durch den sogenannten „demokratischen Zentralismus“ gekennzeichnet, eine Organisationsvorstellung, die Lenin entwickelt hatte und die die Effektivität des Zentralismus mit der Möglichkeit des Mitwirkens durch Demokratie verbinden sollte. Als sie nach Deutschland kam, hatte sie sich längst in einen starren und bürokratischen Zentralismus verwandelt, wie ihn Stalin im Sinne der Leninschen Grundvorstellungen bereits durchgesetzt hatte.

Charakteristisch war also für das Herrschaftssystem der SBZ/DDR ein straff hierarchischer Aufbau: Alle Befehlsstränge liefen strikt von oben nach unten. Das galt für alle jene Apparate, mit denen die SED-Führung schon in den vierziger Jahren versuchte, ihre Macht auf- und auszubauen. Das waren

erstens der eigene Parteiapparat mit seinen hauptamtlichen Parteifunktionären und ehrenamtlichen Helfern,

zweitens der Staatsapparat – zunächst die Deutsche Wirtschaftskommission, ab Oktober 1949 dann die Regierung der DDR, Verwaltung, Kultureinrich-

tungen, Armee, Medien, aber selbstverständlich mit der Verstaatlichung auch die Wirtschaft,

es waren drittens die Justizorgane und vor allem das Ministerium für Staatssicherheit und seine Vorläufer, die die unmittelbaren Verfolgungsmaßnahmen durchführten,

und es waren viertens die Massenorganisationen und nach ihrer Umwandlung dann auch die anderen Parteien als Blockparteien, die den Auftrag befolgten, als Transmissionsriemen Verbindungen zu anderen Teilen der Bevölkerung herzustellen.

Ihre Macht hat nun die SED grundsätzlich mit denselben drei Methoden ausgeübt, die sie von Stalin übernommen hat. Ich will die beiden ersten kurz nennen, weil sie in diesem Zusammenhang weniger eine Rolle spielen: Es war der Versuch der Neutralisierung. Man ging davon aus, sogenannte unpolitische Menschen weder zu Gegnern noch zu Anhängern des Systems heranziehen zu können; so wurden Herrschaftsmechanismen entwickelt, um Personen einen Freiraum zu geben, sie passiv zu halten, indem der gewöhnliche Alltag, geprägt von den Freuden und Leiden des Individuums, in den Vordergrund gestellt wurde, um sie von der Diktatur abzulenken. Voraussetzung einer Neutralisierung war freilich eine spürbare wirtschaftliche Besserung, und das war das Handikap dieser ersten Methode.

Die zweite Methode war der Terror. Die Verfolgung zunächst durch die Besatzungsmacht, dann durch den Staatssicherheitsdienst und die Justiz richtete sich gegen jene Minderheit, die aktiv eine Änderung des Systems erstrebte, die gegen die Diktatur opponierte und damals eben noch flüchten konnte, wenn keine anderen Möglichkeiten vorhanden waren. Die befohlene „Wachsamkeit“ sollte jede Nonkonformität überwinden, Unsicherheit und Furcht erregen.

Es kam aber ein drittes Moment hinzu, auf das ich hier jetzt im wesentlichen eingehen will, weil es meines Erachtens in den vierziger Jahren erstmals in dieser Form in Deutschland aufgebaut worden ist und weil die Wirkung zumindest in den vierziger und fünfziger Jahren nicht unterschätzt werden darf: das war das System der ideologischen Indoktrination.

Die Ideologie des Marxismus-Leninismus diente – über die Anleitung des politischen und sozialen Handelns hinaus – als Verschleierungs-, als Rechtfertigungsinstrument; sie sollte aber Bindeglied der herrschenden Eliten werden und durch Erziehung und Bewußtseinsbildung neue Anhänger vor allem aus den Reihen der Jugend gewinnen. Die Schulung der Funktionäre zielte auf ideologisch-politische Konformität. Damit war sie ein wesentliches Mittel, die SED selbst zu festigen, damit diese Partei die Diktatur ausüben konnte.

Um ihre Allmacht abzusichern, war selbst das innere Gefüge der SED nach stalinistischen Prinzipien geformt. Schließlich konnte die Partei ihre

Mechanismen Neutralisierung, Terror, Indoktrination nur dann wirkungsvoll anwenden, wenn die eigene Organisation mit den großen Mitgliederzahlen – die SED zählte ja schon am Anfang über anderthalb Millionen Mitglieder – bedingungslos den Weisungen des Politbüros folgte. „Eiserne Disziplin“, wie man das nannte, war für die Parteimitgliedschaft Voraussetzung. Dies war in den vierziger Jahren keineswegs Realität. Bei dem Funktionärskorps, auf das es ankam, fing es an, eine solche Realität zu werden.

Für Kommunisten galt als entscheidendes Kriterium des demokratischen Zentralismus die freiwillige Parteidisziplin, das heißt die kritiklose Unterordnung unter die Linie der Partei, und die Linie der Partei war nun nichts anderes als die Linie der Führung. Wo freiwillige Unterordnung nicht erreicht wurde, konnte die Führung mit Hilfe der 1949 geschaffenen Parteikontrollkommissionen – eine Art innerparteiliche Polizei – existenzbedrohende Parteistrafen aussprechen oder Verfolgung durch staatliche Organe anordnen.

Ein zweiter Faktor war die Macht des hauptamtlichen Apparates in dieser Partei, der sich hierarchisch gliederte, der die Funktionäre nicht nur ein-, sondern auch absetzte, der in Parteiwahlen ihm genehme Personen in entsprechende Funktionen einsetzte. Außer der straffen Personalpolitik konnte der Apparat mit Beschlüssen, Direktiven, Anweisungen das Parteileben dirigieren und die Aktivität der Organisation nach außen führen.

Allein die oberste Führung – also die Anfang 1949 geschaffenen Organe Politbüro, Sekretariat und der vorher schon bestehende Apparat des ZK – entschied, für welche Probleme sie selbst zuständig war und welche Probleme sie delegierte. Aber immer galt, daß der Parteaufbau „ohne Zentralismus, ohne disziplinierte Unterordnung der örtlichen Leitungen und Organe unter das Zentralkomitee unmöglich ist.“ Das ist sehr viel später gesagt worden, von Dohlus, aber es galt auch für diese frühe Zeit.

Die Auswahl und Heranbildung, also die Schulung der Kader, sorgten gleichermaßen für eine weitere Absicherung der innerparteilichen Struktur. Nach dem Prinzip der Nomenklatur lagen die Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis für die Kader, deren Weiterbildung, Einsatz, Karriere, Ablösung usw. bei der jeweils übergeordneten Instanz. Die hauptamtlichen Funktionäre der Partei in den vierziger Jahren mußten natürlich selbst einem solchen Veränderungsprozeß unterworfen werden. Es kam ja nach dem Prinzip der Parität die Hälfte aus der früheren Sozialdemokratie und nur die andere Hälfte aus der Kommunistischen Partei; aber schon in dieser Phase erkennt man eben sehr deutlich: Nur ein treuer Parteisoldat wird diese Einordnung, diese Unterordnung unter die Führung vornehmen. Dazu brauchte man ein Mittel; dieses Mittel war Indoktrination – oder, wie es offiziell hieß, „Schulung“.

Das völlig ideologisierte Bewußtsein der führenden deutschen Kommunisten sollte Optimismus und Siegesgewißheit vermitteln – Gesetzmäßigkeit der Geschichte als ein solcher Ausdruck –, vor allem aber ein richtiges Verhältnis

zur Macht fördern. Der Anspruch, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein, sorgte bei der Avantgarde für elitäre Überheblichkeit einerseits, verursachte aber auch Realitätsverluste andererseits. Der Marxismus-Leninismus beruhte am Ende der vierziger Jahre auf Stalins primitiven, aber recht einprägsamen Aussagen etwa über dialektischen und historischen Materialismus. Diese Pseudoreligion wirkte jahrelang nach. Die Wurzeln liegen in dieser Phase.

Auch die politische Theorie war im wesentlichen von Klischees und Dogmen durchdrungen, hatte jedoch vorrangig der ideologischen Rechtfertigung zu dienen. Es wurde den Funktionären in diesen Parteischulungen suggeriert, sie seien Vorhut, Elite. Durch selektive Faktenvermittlung wurde ihre Überheblichkeit gestützt, weil sie mehr wußten als andere. Andauernde ideologische Indoktrination sollte dabei in erster Linie keinen Raum für Zweifel, Skrupel oder Skepsis lassen. So blieb als Ausflucht oft nur der Zynismus. Die Ideologie diente insofern auch der Täuschung und Selbsttäuschung.

Die Parteischulung war – neben der Wissensvermittlung, die es selbstverständlich auch gab – vor allem ideologische Bearbeitung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus. Sie brachte Fanatismus, brachte Sendungsbewußtsein, sollte eben einen festen und zuverlässigen Funktionärsstamm schaffen. Dabei bewegte sich diese Schulung auf drei Ebenen: die Schulung von Funktionären in Internatsschulen, die Teilnahme aller Mitglieder an Veranstaltungen des später „Parteilehrjahr“ genannten Systems und die Organisierung und Kontrolle eines sogenannten theoretischen Selbststudiums.

Die Kommunisten haben die Kaderschulung, der sie immer einen hohen Stellenwert beimaßen, sofort 1945 begonnen, und sie konnten erreichen, daß sie innerhalb der SED die wesentlichen Positionen gerade auf dem Ausbildungssektor für Kader einnahmen. Sie gaben in der Schulung den Ton an. Wolfgang Leonhard schrieb bei einer Betrachtung des Schulungssystems, daß vor allem nach der Niederlage der SED bei den Wahlen hier in Berlin am 20. Oktober 1946 die Schulungsarbeit bedeutend verstärkt wurde. Schon 1947 existierten über 100 Kreisparteischulen, sechs Landesparteischulen mit immerhin Drei-Monats-Lehrgängen. Nach einem einheitlichen Lehrplan wurden damals allein 180. 000 Funktionäre geschult.

Bereits 1947 wurde nun die Parteihochschule „Karl Marx“, über die ich berichten möchte, als oberste Einrichtung des Schulungssystems geschaffen. Laut Beschluß des Parteivorstands der SED vom 14. Mai 1946 war ihre Aufgabe „Heranbildung qualifizierter Kader in Verbindung mit theoretischen Forschungsarbeiten und Herstellung von Schulungs- und anderen Materialien“. Der erste Kursus mit 140 mittleren und leitenden Kadern begann am 15. Juli 1946 in Liebenwalde. Bis 1989 – dies nur nebenbei – hat diese Parteihochschule 15. 000 Funktionäre ausgebildet.

Die höchste Kaderschmiede der SED sollte also auf der einen Seite wissenschaftliche Ausbildung insofern garantieren, als eine Wissensvermittlung

Ziel war, andererseits – und das war wohl die Hauptsache – ein ideologisch gefestigtes Führungskorps schaffen. In der Übergangsphase von 1947 bis 1949 zeigt sich nun zugleich, wie diese Änderung der Parteihochschule eine Änderung der Partei war.

Entsprechend den ideologischen Säulen der Parteiideologie bestanden an dieser Parteihochschule vier Fakultäten: Philosophie, Geschichte, Politische Ökonomie und Grundfragen, das heißt Politik des Marxismus oder Leninismus. Am 9. Oktober 1947 wurde der erste Zwei-Jahres-Lehrgang mit 80 Kursanten von Otto Grotewohl eröffnet; am 10. Januar 1948 zog die Parteihochschule mit damals 34 Lehrkörpermitgliedern und 182 Studenten in drei Lehrgängen nach Kleinmachnow um.

Interessant ist schon die Leitung. Leiter war der ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Rudolf Lindau; seine sozialdemokratische „Parität“ Paul Lenzner, ein kulturbeflissener Mann, wurde im folgenden auch sehr rasch auf das Gebiet der Kultur abgedrückt. Trotz der Parität bestimmte also der Kommunist Lindau, was an der Schule geschah.

Die wichtigsten Parteiführer traten als Lektoren auf. Ich nenne Anton Ackermann, Fred Oelssner, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Paul Wandel, aber auch Vertreter der SMAD; Oberst Tjulpanow einer der bekanntesten, für die deutschen Parteien zuständigen Vertreter, hielt auf dieser Parteihochschule die ersten grundsätzlichen Vorlesungen zu Änderungen der Politik, etwa zur Frage der Volksdemokratie.

Am Beginn dieses Zwei-Jahres-Lehrgangs herrschte noch – so kann man sagen – ein liberales Klima. Es war eine typische Parteischule. Man war parteilich – selbstverständlich –, aber das bedeutete nicht, daß man versuchte, das Wissen einzuengen. Beispielsweise konnte jeder im Lesesaal sämtliche Zeitungen – auch noch aus West-Berlin – lesen. In einem Vortrag über Westdeutschland konnte auch die kommunistische Opposition behandelt werden. Ein älterer Schüler hat selbstbewußt erklärt, er sei 1929 aus der KPD ausgetreten, weil die eine falsche Gewerkschaftspolitik gemacht habe.

Das hat sich natürlich mit der Veränderung der SED zur „Partei neuen Typus“ schlagartig geändert, also mit dem Bruch Titos mit Stalin im Jahre 1948. Nun sollte der Geist der Wachsamkeit, der Unversöhnlichkeit das hineintragen, was für die Führung gegenüber den Kadern offenbar maßgeblich blieb: das Mißtrauen. Das heißt, eine Atmosphäre des Mißtrauens schien zweifellos etwas zu sein, mit dem auch die Parteikader selbst gegeneinander, die Führung nach unten, vielleicht auch von unten nach oben, glaubten, das System besser aufrechterhalten zu können.

1948 erschien an der Wandzeitung ein Artikel eines Kursanten gegen den Dozenten Wolfgang Leonhard. Nach einigem Hin und Her hat Leonhard dann eine Antwort gebracht – Sie können das ja in seinem Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ nachlesen –, die die Wogen zu glätten schien. Aber der

dramatische Einschnitt war dann natürlich im Februar 1949 die Flucht von Leonhard nach Jugoslawien.

Nun zeigte sich auf dieser Parteihochschule, daß stalinistische Ideologisierung von Parteikadern doch etwas anderes war als die normale Ausbildung von Funktionären, die Heranbildung eines Funktionärskorps. Kritik und Selbstkritik wurden gewissermaßen zum Hauptfach erhoben, wobei „Kritik und Selbstkritik“ die Formel dafür war, daß sich jeder selbstkritisch zu stellen hatte, daß die Führung die Kritik übte und von unten die Selbstkritik kam. Die Suche nach dem Agenten wurde zu einer Manie, und ich habe ein Dokument herausgesucht, das ich Ihnen gern in längeren Auszügen vorstellen möchte; es handelt sich um ein Schreiben des damaligen Parteisekretärs an der Parteihochschule – auch so etwas gab es – an Wilhelm Pieck, den SED-Vorsitzenden, vom 21. April 1949, also kurze Zeit nach der Flucht Leonhards und einem zweiten, ebenso dramatischen Ereignis: eine Schülerin dieser Parteihochschule hatte im „Neuen Deutschland“ geschrieben – am 20. März 1949 –, die innerparteiliche Demokratie der bolschewistischen Partei während der Verhandlungen zum Brester Frieden sei lobenswert. Daraufhin hat die SMAD – wie wir heute wissen; das wurde kürzlich im „Neuen Deutschland“ in einem Artikel von Kießling festgestellt – Protest erhoben, weil sie sagte: Das war keine innerparteiliche Demokratie, sondern da hat der Erzfeind Trotzki versucht, die Partei unter seine Kontrolle zu bringen. Das hat dann dazu geführt, daß sogar das Zentralsekretariat der SED öffentlich dazu Stellung nahm.

Daraufhin kommt also nun dieser Brief an Wilhelm Pieck vom 21. April, der wohl für sich spricht. Ich zitiere:

„In einer allgemeinen Parteiversammlung der Schüler aller Lehrgänge, der Lehrer und der leitenden Genossen der Parteihochschule hielt der Lehrgenosse Heinz Abraham auftragsgemäß am 29.3.1949 von 15.00 bis 18.00 Uhr eine Vorlesung über den Trotzismus, die sich insbesondere mit der Erscheinungsform des verbrecherischen Charakters des Trotzismus befaßte. Am 30.“

– also am nächsten Tag –

„wurde diese allgemeine Parteiversammlung früh neu – 8.00 Uhr beginnend – fortgesetzt. Genosse Rudolf Lindau hielt ein einleitendes Referat, das sich eingehend mit den Ursachen des Falles Leonhard und der dabei zutage getretenen allgemeinen Unterschätzung des Trotzismus befaßte.

Die Diskussion begann dann um 15 Uhr. Es sprachen erfahrene Kämpfer gegen den Trotzismus.

Vom 2. bis 7. April“

– also weitere vier Tage lang –

„wurde in den Parteigruppen aller Lehrgänge die Diskussion fortgeführt. In drei Versammlungen, deren letzte am 6.4. stattfand und ca. sieben

Stunden dauerte, wurden kritisch und selbstkritisch aus dem Fall Leonhard und den Lehren, die sich daraus für das Gesamtkollektiv der einzelnen Fakultäten ergeben, Schlußfolgerungen gezogen.

Am 10.4.1949 wurde nochmals in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr eine weitere allgemeine Parteiversammlung aller Schüler... und ein Resolutionsentwurf... abgehalten. Danach wurde folgende Resolution gefaßt:“

– Ich bringe daraus einen Absatz –:

„Besonders unter den jüngeren Genossinnen und Genossen aller Lehrgänge muß noch eine systematische Schulungs- und Erziehungsarbeit geleistet werden, um alle Unklarheit über den verbrecherischen Charakter des Trotzismus restlos zu beseitigen... Fernerhin bestehen noch Unklarheiten in der Einschätzung des Sozialdemokratismus, ob Sozialdemokratismus und Trotzismus gleichzusetzen sind . . . Schon der provokatorisch-trotzkistische Artikel der Genossin Erna Stracke“

– das war jener eben erwähnte Artikel über die Brester Friedenskonferenz –

„im 'ND' muß als ein ernstes Signal dafür dienen, daß an der Parteihochschule 'Karl Marx' die trotzkistische Gefahr stark unterschätzt wurde. Der Ernst dieses Versäumnisses wird dadurch unterstrichen, daß sich das Politbüro der Partei genötigt sah, zu dieser Angelegenheit in einer öffentlichen Erklärung Stellung zu nehmen. Wie berechtigt diese Mahnung zur Wachsamkeit war, kam noch erschreckender dadurch zum Ausdruck, daß ein Lehrer der Parteihochschule, Wolfgang Leonhard, als niederträchtiger trotzkistischer Agent der imperialistischen Reaktion an der Parteihochschule sein Unwesen treiben konnte.“

Das geht immer so weiter. Ich glaube aber, der Tenor ist klar: Man merkt hier, daß etwas Brisantes kommt, nämlich nicht nur das Mißtrauen der Parteiführung gegen die eigenen auszubildenden Kader, sondern auch die Befürchtung, daß eine nicht genügend drakonische Auseinandersetzung zu „Abweichungen“ führen könnte.

Dies führte dazu, daß der Dekan für Philosophie, Victor Stern, einstmals immerhin Mitglied des Politbüros der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, vor den Lehrkräften seiner Fakultät Selbstkritik üben mußte, weil ihm eine „gewisse Scheu vor selbständiger praktischer Anwendung des Marxismus-Leninismus“ vorgeworfen wurde. Das war natürlich schon nahe am „Verbrechertum“, und so hat offenbar die Fakultät gemerkt, daß sie zu weit ging; sie hat dies dann auf der nächsten Sitzung abgeschwächt und Sterns Parteitreu unterstrichen.

Üblich war nun die Einengung der Schulung der Kader an dieser Spitzenausbildungsstätte auf dogmatische Indoktrination. Wissensvermittlung wurde zweitrangig. Das Meisterwerk stalinistischer Fälschung, die „Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang“, wurde nicht nur an der Parteihochschule,

sondern für alle Mitglieder in den Vordergrund gestellt. Ich nenne zwei Themen, um einfach einmal zu zeigen, wie die Schulung auf das Niveau billiger Agitation gesunken war: Ein Thema vom Oktober 1949 war „Die SPD-Führung als imperialistische Agentur“, ein anderes Thema lautete „Stalin als Freund und Helfer des deutschen Volkes“.

Wie sich nun das Mißtrauen gegen diese jüngeren Kader auswirkte, mögen Sie daran ermessen, daß der offizielle Bericht von Ende September 1947 über die Gründung des Kominform von den Schülern 1949 abgeliefert werden mußte. Als sie ihn von der Lehrmittelabteilung zurückbekamen, fehlten drin die Seiten 31 bis 50; das war nämlich das Referat des Jugoslawen Kardelj, das nun nicht mehr gelesen werden durfte.

Ich habe aus der Bibliothek der Parteihochschule „Karl Marx“ antiquarisch erworben „Die Einheit“ – das theoretische Organ der SED für „Theorie und Praxis des Sozialismus“, Heft 20 vom Dezember 1951. Da ist im Inhaltsverzeichnis etwas geschwärzt. Weiter hinten ist in diesem Exemplar tatsächlich auch ein Artikel herausgeschnitten worden. Dieser Artikel stammte von Franz Dahlem, der zu dieser Zeit – 1951 – gewissermaßen noch der zweite Mann nach Ulbricht war, aber Anfang 1953 abgesetzt worden ist. Offensichtlich wurde zu diesem Zeitpunkt dann auch das Exemplar dieser Zeitschrift „gesäubert“.

Ich denke, ich kann es dabei belassen. Sie ersehen daraus, daß hier eine radikale Veränderung der Vorstellungen, wie ideologische Ausbildung des Nachwuchses der Kader sein sollte, festzustellen ist. Innerhalb kürzester Zeit zeigt sich eben, daß wir es mit einem Schulungssystem zu tun haben, das Wert darauf legt, auch den eigenen Kadern gewissermaßen nicht mehr die Möglichkeit zu geben, anderes zu lesen als das, was vorgeschrieben ist, selbst wenn es vorgestern noch die offizielle Linie war.

An der Parteihochschule „Karl Marx“ wurden dann ab 1950, als man das ganze Parteischulungssystem auf diese Grundlage gestellt hatte, Drei-Jahres-Lehrgänge durchgeführt. Die SED besaß dann ab 1952 15 Bezirks- und 185 Kreisparteschulen. Sie hat allein bis zum Jahre 1954 600.000 meist junge Menschen so indoktriniert, und ich glaube, daß diese Indoktrination dann ihre Wirkung zeigte.

Wir haben auch innerhalb des Apparates – das ist nun meine Schlußfolgerung aus diesen Beispielen – ein System von Über- und Unterordnung, von Befehl und Gehorsam. Auch innerhalb der Partei werden solche Verhaltens- und Denkweisen vorgeschrieben und eingeübt, die den Anforderungen moderner Gesellschaft zwar widersprechen, aber den Gesetzen einer solchen stalini-stischen Apparat-Partei zugrunde liegen. Was gebraucht wird, ist – statt Kritikfähigkeit und Konfliktbewältigung – der folgsame, doktrinäre, vielleicht auch elitäre, auch intolerante Funktionär, der sich jederzeit den übergeordneten Autoritäten unterstellt, sich deren Vorstellungen zu eigen macht. Er brauchte ja

nur die in seinen Kaderplänen entsprechend vorgegebenen Aufgaben auszuführen, um mit Privilegien belohnt oder korrumpiert zu werden. Andererseits aber hat ihn eben die Furcht vor Repressalien gehindert, eigenständig zu handeln, und ihn veranlaßt, selbst erkennbar falsche Weisungen ohne Widerspruch hinzunehmen.

Die Folgen erwiesen sich als verheerend. Ich ende mit einem Zitat von Rudolf Bahro aus dem Jahre 1977: „Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz.“ (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weber! Bei Ihnen – das merkte man – war das ganz anders mit der Kompetenz.

Wir bitten den zweiten Referenten, Herrn Fritz Schenk aus Mainz, zum Zeitraum der fünfziger Jahre das Wort zu nehmen!

Fritz Schenk: Herr Vorsitzender, Meine Damen und Herren! Meine Versetzung in die Staatliche Plankommission der DDR Anfang 1952 aus dem Sachsenverlag in Dresden fiel in die Hoch- und Endzeit der Herrschaft Josef Stalins. Ich sollte ursprünglich dort das Drucksachen- und Formularwesen für die Planwirtschaft entwickeln, betreuen usw.; dazu ist es nicht gekommen, weil jenes Frühjahr 1952 von zwei wichtigen politischen Ereignissen geprägt war: Das eine war die Note Josef Stalins an die Westmächte mit dem Angebot einer möglichen Wiedervereinigung unter dem Aspekt der Neutralisierung Deutschlands, das zweite war der Beschluß, im Sommer 1952 die Zweite Parteikonferenz der SED abzuhalten, die dann den Übergang zum Sozialismus beschließen sollte.

Das erste Ereignis hat im Innenleben der Partei nach meiner Erinnerung überhaupt keine Rolle gespielt. Dies war eine Sache der Agitatoren und Propagandisten. Die große Idee des großen Stalin wurde auch in innerbetrieblichen Schulungen und bei sonstigen Gelegenheiten erwähnt.

In der praktischen Arbeit aber stand ganz und gar die Vorbereitung der 2. Parteikonferenz im Vordergrund, und dies war nach der ersten Umwandlung Mitteldeutschlands/der Sowjetzone hin zur DDR die zweite wirklich große Veränderung, weil sie der Schritt war, die DDR in ihrer Gesamtstruktur, Arbeitsweise und inneren Ordnung dem Sowjet-System stalinistischer Prägung völlig anzugleichen.

Ich habe in dieser Zeit die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) – später wurde daraus die Hohe Kommission; nach 1955 übernahm deren Aufgaben dann allein die sowjetische Botschaft, aber am Prinzip und an der Arbeitsweise hat sich nicht geändert –, also die sowjetischen Instanzen als Ausgangspunkt aller Initiativen für Veränderung und Entwicklung in der DDR erlebt.

Mein Chef, Bruno Leuschner, hatte seinen ständigen Partner in der SKK – Chomjakov hieß er damals –, Leiter der Wirtschaftsabteilung der SKK. Alle Initiativen brachte er in die Sitzungen der Staatlichen Plankommission

zunächst als seine eigenen Überlegungen ein; ihm seien da diese und jene Gedanken gekommen, und man müßte und könnte jetzt doch in dieser und jener Richtung einen Schritt weitergehen.

Nach diesem groben Anreißen des Problems ergingen dann die konkreten Aufträge an die einzelnen Ressortleiter, deren Aufgabe es war, zu den Mitarbeitern Chomjakows zu fahren, um dort die Details zu beraten, die wir dann praktisch nur in unsere Notizbücher schrieben und im Prinzip nach den entsprechenden Hinweisen – es hieß immer „Empfehlungen“ – wörtlich so in Beschlußvorlagen einfließen ließen.

Diese Empfehlungen, die die Staatliche Plankommission damals regelmäßig freitags – an diesem Tag fanden ihre Kollegiumssitzungen statt – beriet, wurden dann zu Beschlußvorlagen für das Politbüro ausgearbeitet. Das dauerte oft bis in die späten Abendstunden. Kopiergeräte hatten wir damals noch nicht; wir schrieben noch auf Matrizen. Mit dem Durchschlag fuhr ich in der Regel am späten Nachmittag oder noch am Abend entweder in das Büro oder in die Wohnung von Walter Ulbricht, der die Vorlagen überflog. Geringfügige, rein redaktionelle sprachliche Veränderungen spielten keine Rolle; hatte er zu einzelnen Punkten konkretere inhaltliche Einwände, telefonierte er mit Leuschner. Dann wurde dies entweder noch korrigiert und berücksichtigt, oder Leuschner konnte ihn überzeugen, warum das so sein mußte und warum die sowjetischen Freunde es so haben wollten.

Dann wurden die Matrizen am späten Abend – oder, wenn es die Nacht durchging, am frühen Morgen – in das Büro des Politbüros gebracht zu Otto Schön, abgezogen und kamen dann am frühen Nachmittag – um die Mittagszeit oder früh am Nachmittag – als Beschlußvorlagen für das Politbüro, das am kommenden Dienstag zusammentrat, zurück.

Meine Arbeitswoche begann also im Grunde eigentlich mit dem Samstagnachmittag. Da warteten wir die Materialien ab.

In den Politbürounterlagen befand sich nun eben nicht nur das, was die Wirtschaft anging; da gab es Vorlagen zu Ideologie, Bildung, Industrieentwicklung, Verteidigung, Außenpolitik, bis hin zu Vorlagen, die die Staatssicherheit, die Justiz – überhaupt die Sicherheitsbehörden – betrafen, mit Vorschlägen für Prozesse, wie sie abzulaufen hatten, auch schon Vorschläge für Strafen und dergleichen mehr.

Aber es war schon damals strenge Sitte der einzelnen Mitglieder des Politbüros und aller übrigen Ressortchefs, sich ganz konsequent auf die Probleme ihrer Ressorts zu konzentrieren. Dem Bruno Leuschner war es also höchst unangenehm, wenn ich in die Tasche griff und vielleicht einmal Sachen von Justiz und Staatssicherheit erwischte; das sollte weg, es gehe uns nichts an. Wir sahen die Unterlagen in der Richtung durch, was aus anderen Ressorts eingereicht war und eventuelle finanzielle, material-, arbeitskräftemäßige und andere derartige Konsequenzen haben könnte. Dazu

wurden entweder am Samstag oder über den Sonntag, spätestens aber am Montag früh die entsprechenden Experten zusammengeholt, so daß der Montag im großen und ganzen ein Tag war, an dem wir uns mit Stellungnahmen, Gegenstellungen usw. auf die Sitzung des Politbüros am kommenden Dienstag vorbereiteten.

Am Dienstag fand dann die Politbürositzung statt. Diese habe ich im großen und ganzen als eine Veranstaltung des Politbüros unter sich erlebt, das heißt, daß bei Rückfragen Experten hinzugezogen werden mußten. Es ist nur in ganz seltenen Fällen vorgekommen, daß ich selber mit anderen Experten ganz kurzfristig im Raume war, etwas vorgetragen oder nachgereicht habe. Wenn sich die Beratungen fortsetzten oder wenn es gar zu Beschlußfassungen gekommen ist, war in meiner Zeit – so habe ich es erlebt – das Politbüro konsequent unter sich – auch die engsten Mitarbeiter von Ulbricht und Grotewohl waren nicht dabei –, so daß ich nicht sagen kann: Ist dort überhaupt abgestimmt worden? Wie wurde das beschlossen? Dies fand im Allerheiligsten unter sich statt.

Die dann am Dienstag im Politbüro gefaßten Beschlüsse wurden am Mittwoch früh in kurzer Folge im Apparat der Plankommission – und in den anderen Ressorts geschah dies ähnlich – in Auftrag gegeben; das war vom Tisch. Für den Staatsapparat – speziell also die Staatliche Plankommission – hieß das, nun diese Dinge als Beschlußvorlagen für den Ministerrat oder das Präsidium des Ministerrates vorzubereiten, der am Donnerstag zusammentrat. Das war der nächste Sitzungstag.

Am Mittwoch-Nachmittag hatten Leuschner und die anderen Mitarbeiter ihre regelmäßigen Termine in der Sowjetischen Kontrollkommission. Dies war eine Zwischenstufe, die es ermöglichte – nachdem im Politbüro bestimmte Beschlüsse gefaßt worden waren und in den Staatsapparat zur Beschlußfassung als Verordnung, Anordnung etc. gehen sollten –, noch ein Veto einzulegen, Vorgänge anzuhalten, sie mit dem Einspruch der Sowjets noch einmal in das Politbüro zurückgehen oder sie eben so laufen zu lassen, weil sich höhere Instanzen in der Sowjetischen Kontrollkommission vielleicht durchgesetzt hatten und dies dann so absegneten.

Die wichtigeren Dinge wurden am Donnerstag erst am Nachmittag in der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats behandelt, weil dieses Gremium kleiner war. Die Hauptsitzung des gesamten Ministerrates – zu meiner Zeit immerhin eine Veranstaltung, die schon Teilnahmestärken von 40 bis 60 Leuten erreichte und in der große intime Debatten nicht möglich waren – diente eigentlich der Absegnung der bereits vorgefertigten Materialien. Diese wurden dann in den Apparat gegeben.

Ein bißchen intensiver wurde am Nachmittag im Präsidium des Ministerrates diskutiert. Dort wurden die entsprechenden Verordnungen, Anordnungen oder Vorlagen, die zum Gesetz werden sollten und an die Volkskammer gingen,

behandelt. Solche Vorlagen umfaßten aber zur damaligen Zeit nur ganz wenige Dinge – Staatshaushaltsplan, Volkswirtschaftsplan usw.. Sie gingen auch nur in einer Akklamationsveranstaltung über die Bühne; das alles spielte keine Rolle. Das Wesentliche waren Verordnungen, Anordnungen und Aufträge an die Institutionen, und entscheidend dabei war, daß dies auch wieder die Ressorts getrennt für sich betrachteten und eigentlich jeder bestrebt war, nach Möglichkeit nichts Wesentliches über seine Ressortverantwortung hinaus überhaupt zu erfahren oder sich darum zu kümmern. Jeder begrenzte sich auf sein Aufgabengebiet.

Die relative Bedeutung des Ministerrates ging auch daraus hervor, daß Walter Ulbricht – obwohl zu dieser Zeit offiziell der ständige Vertreter des Ministerpräsidenten, also der einzige Erste Stellvertretende Ministerpräsident – seine Parteifunktion als Generalsekretär wichtiger nahm und Grotewohl bei Abwesenheit nur in ganz wenigen Ausnahmefällen bei repräsentativen Anlässen vertreten hat. Er leitete auch kaum Ministerratssitzungen, dort amtierten in der Regel vielmehr eher Heinrich Rau oder Willi Stoph, weil sein Gewicht als Parteisekretär größer war als das eines amtierenden Regierungschefs.

Auch die Unterrichtung von Grotewohl in dieser Zeit war nur eine Randinformation. Das Entscheidende war nach meinem Eindruck, daß die wichtigsten Informationen – nach einzelnen Ressorts – einzig und allein auf den Generalsekretär zuliefen. Er entschied, was wer erfahren und wer wozu hinzugezogen werden sollte. Dies betraf auch Otto Grotewohl, der damals ja noch Ministerpräsident war, und übrige Politbüromitglieder – und dies, wie gesagt, völlig gleichgültig, ob es sich um Funktionäre des Staates oder der Partei handelte. Dabei muß ich hinzufügen, daß in der damaligen Zeit – aber dies mag daran liegen, daß insbesondere Leuschner und Ulbricht auch ein ganz besonderes, weitreichendes persönliches Verhältnis hatten – die damaligen Wirtschaftssekretäre der Partei bei weitem nicht die Rolle spielten, wie es – das habe ich dann später erfahren – bei Günter Mittag gewesen ist, weder Franz Ulbrieg noch später Gerhart Ziller. Sie waren eigentlich diejenigen, die zu Leuschner kamen, und nicht etwa die, zu denen er hinging – ein ganz wichtiges Zeichen in dieser hierarchischen Ressortstruktur: Wer mußte zu wem kommen, oder wer sollte zu wem gehen? Dies waren immer ganz deutliche Hinweise für Hierarchien.

Die Unterscheidungen innerhalb des Ministerrates richteten sich nach Parteipräferenzen und auch nach Rang im Zentralkomitee. Das hieß: Unsere direkten Ansprechpartner waren zunächst die der SED angehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten oder Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates. Die Mitglieder aus den bürgerlichen Parteien waren geduldet, wurden umgangen, und da sie in der Regel einen Staatssekretär oder Stellvertreter aus der SED hatten, war der der Ansprechpartner. Konkretes Beispiel: Hans Loch war offiziell Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident; mit dem haben

wir überhaupt nichts zu tun gehabt. Das war von Anfang an Willy Rumpf, sein Staatssekretär, und nur er hatte die Übersicht über die Finanzwirtschaft.

In der nächsten Stufenfolge kamen die der SED angehörenden Minister und Staatssekretäre, während die der Blockparteien ebenfalls wieder eher Randfiguren waren, als daß sie in das Ganze einbezogen wurden.

Die Beschlüsse des Sommers 1952 auf der Zweiten Parteikonferenz der SED brachten dann die völlige Angleichung des damals noch aus heutiger Sicht verhältnismäßig leicht reformierbaren Systems der DDR – es bestanden noch die fünf Länder; wesentliche Teile der Wirtschaft, Verwaltung usw. waren den Ländern unterstellt und hätten folglich ebenfalls reformiert werden können – an die Ressortstruktur der UdSSR. Das hieß für die Staatliche Plankommission, daß die Grundaufgabengebiete – Wirtschaft, Finanzen, Arbeitskräfte, Materialversorgung usw. – nach dem System der sogenannten komplexen Leitung und Planung der Volkswirtschaft auf die Fachressortabteilungen aufgeteilt wurden – Maschinenbau, Leichtindustrie, Lebensmittel; wir haben ja über vierzig Abteilungen gehabt – und diese in sich dann wieder die sogenannten Querschnittsgebiete – Finanzen, Arbeitskräfte, Löhne usw. – vereinigten. Entsprechend wurde auch die Regierungsstruktur in der Zentrale weiter auseinandergetrieben. Das wiederum hatte zur Folge, daß die Leitung der Betriebe über Vereinigungen Volkseigener Betriebe – und dann später über die Schaffung der Kombinate, eigentlich ohne örtlichen, regionalen Unterbau – zu dieser zentralistischen Verwaltungswirtschaft geführt hat, wie wir sie noch am Ende haben feststellen können und wie sie schließlich auf dieser Basis untergegangen ist.

Ich fasse zusammen und muß sagen: Ich habe das System in dieser Zeit und an dieser Stelle eigentlich als ein dreigliedriges System erlebt. Das hieß: Als tragende Säule in der Mitte stand die SED als die Staatspartei dieses Gebildes – später auch nach der Verfassung –, in ihrem Zentralkomitee hier in diesem Hause in eine Vielzahl von Ressortstrukturabteilungen aufgegliedert, die in der zweiten Säule, dem Staatsapparat, ihre korrespondierenden Ministerien, Staatlichen Kommissionen, Staatskomitees und dergleichen hatten. Die dritte Säule schließlich – mein Begriff dafür war immer die „parlamentarisch-demokratische Attrappe“ – war die Volkskammer mit ihren Ausschüssen, Parteien, Massenorganisationen, Blockparteien. Die Partei als die zentrale Säule verwirklichte also einmal das Beschlossene über den Staatsapparat, majorisierte über ihren eigenen Apparat Parteisekretäre, örtliche Einrichtungen usw. zur Organisation sogenannten Massenbewegungen, Wettbewerbe, machte Parteisekretäre, Auszubildende in den Betrieben zu Motoren dieser Entwicklung, und sie ließ schließlich dieses ganze propagandistisch-organisatorisch über die Massenorganisationen und die übrigen Parteien begleiten und wurde damit zum Motor bis hinunter in die letzte Gemeinde und kleine Wohneinheit.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren: Hierüber – das, was Hermann Weber vorgetragen hat, und natürlich viel mehr, als ich in dieser kurzen Zeit vortragen kann – habe ich, haben andere vor dreißig Jahren geschrieben, und es gibt über das, was wir bis zu diesem Zeitpunkt wußten, ein umfangreiches Schrifttum, das ich über Jahre – tätig im Gesamtdeutschen Institut in Bonn – auch noch selber mit begleitet und vertrieben habe, so daß ich eigentlich mit einem Appell enden möchte, der vielleicht von der Enquete-Kommission ausgehen könnte: Wir müssen, soviel ich weiß, nicht alles völlig neu entdecken. Ich halte es für wichtig, wenn von hier der Impuls ausginge, eine Menge von diesem Bekannten in erschwinglichen, preiswerten, vielleicht sogar vom Staat initiierten Sonderschriften unseren neuen Bundesbürgern zur Kenntnis zu bringen. Denn bei dem herrschenden Nichtwissen über so viele Details, über die wir ja nicht reden durften – gerade die Emigranten- und Flüchtlingsliteratur stand ja auf dem Index und gehörte zu der Literatur, die ihm am härtesten unterworfen war –, könnte man dadurch noch eine Menge an Informationen erst einmal vorgeben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Schenk, auch für Ihren Hinweis auf den unterschiedlichen Wissensstand Ost/West, was Details und Interna der SED angeht.

Wir kommen zum dritten Zeitabschnitt, und zwar zu den sechziger und siebziger Jahren. Wir hören dazu Herrn Professor Seiffert aus Kiel. Danach haben die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit, alle drei Referenten zu befragen.

Bitte, Herr Professor Seiffert!

Prof. Dr. Wolfgang Seiffert: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sechziger und siebziger Jahre, über die ich hier etwas sagen soll, sind angefüllt mit Ereignissen, die das Schicksal der DDR in sehr wichtigen Fragen und Entscheidungen betroffen haben, wie der Mauerbau 1961, das „Neue Ökonomische System“ – von etwa 1963 bis 1971 –, die Annahme der zweiten Verfassung der DDR 1968 und ihre Revision 1974, der Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971, der neue Freundschafts- und Beistandsvertrag der DDR mit der UdSSR 1975, der Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland 1972, die neue Krise der DDR 1976 bis etwa 1979/1980.

Ich selbst habe in dieser Zeit zunächst an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, später als ordentlicher Professor für internationales Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung und Direktor des Instituts für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg gearbeitet, war Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR und habe in der „Rechtsberatung“ – wie es offiziell hieß, aber vielleicht in besserer deutscher

Übersetzung: in der juristischen Kommission – des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau von 1967 bis 1977 gewirkt.

Es ist natürlich nicht möglich, auf alle diese Ereignisse hier einzugehen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß ich keine staatlichen Funktionen hatte, sondern aus dieser Tätigkeit im Wissenschaftsbereich der DDR heraus auf speziellen Gebieten die Dinge etwas subjektiv sehe. Aber als Wissenschaftler insbesondere auf dem Gebiet des Staats-, Völker- und Wirtschaftsrechts versuche ich natürlich, die Dinge etwas prinzipieller auf den Punkt zu bringen. Auch deshalb nutze ich die Gelegenheit dazu, weil jetzt ja viel Literatur erscheint und sich viele mit der vergangenen DDR befassen – da hat Herr Schenk als mein Vorredner völlig recht –, die vieles nicht gelesen haben, was darüber alles schon erschienen ist, und man trifft da auf alle möglichen neuen, längst widerlegten und eigentlich unhaltbaren Thesen über die Entwicklung und das Schicksal der DDR.

Vielleicht kann ich bei dieser Gelegenheit meiner persönlichen Biographie noch eines hinzufügen, was in der Öffentlichkeit manchmal völlig falsch dargestellt worden ist: Ich bin nicht aus der DDR geflohen; ich bin kein Republikflüchtling gewesen. Ich bin auch nicht bei einer wissenschaftlichen Veranstaltung in der Bundesrepublik einfach weggeblieben, sondern ich hatte eine offizielle Einladung zu einer Professur an der Universität Kiel erhalten. Die habe ich angenommen und habe sie dann – da lernen Sie gleich ein Beispiel kennen, wie die Hierarchie „SED-Staat“ in der damaligen DDR funktioniert hat – offiziell dem Rektor der Akademie in Babelsberg vorgelegt; der hat – als ich daruntergeschrieben hatte: „Ich nehme diese Einladung an.“ – die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gemeint, das könne er nicht entscheiden.

Es ist dann auch in diesem Hause entschieden worden – nicht in diesem Saal, aber eben in diesem Gebäude –, und zwar von drei Personen in einer gemeinsamen Sitzung: Herr Honecker, Herr Mielke und Herr Mückenberger. Bei den ersten beiden brauche ich nicht darzustellen, wer das gewesen ist. Manche werden vielleicht nicht wissen, wer Herr Mückenberger war: das war der Vorsitzende der SED-Partei kontrollkommission, und da ich der SED angehörte, lag es sozusagen auf der Hand, daß auch dieser Herr an der Entscheidung mitwirkte.

Ich will jetzt keinen Roman über diese ganze Sache erzählen – das würde auch viel zu lange dauern –, aber man hat sich dort darauf geeinigt, es sei besser, diesen Wissenschaftler aus der DDR herauszulassen, als ihn weiter in der DDR zu behalten. Denn nachdem er der Universität Kiel schon mitgeteilt hatte, daß er die Professur annehme, würde das nur einen politischen Eklat geben, und wenn man ihn hier behielte und nicht reisen ließe, könnte man ihn ohnehin nicht mehr als Professor herumlaufen lassen, und wahrscheinlich – dieser Meinung war Honecker damals – würde er ein neues Oppositionszentrum

werden – siehe Havemann –, und dann würden wir, die SED, ihn hinaushaben wollen, und er würde nicht mehr gehen wollen. Folglich war man der Meinung, man sollte ihn lieber hinauslassen.

Ich bin also auf ganz normalem Wege von der einen deutschen Universität an die andere deutsche Universität per Eisenbahn gewechselt.

Daß dies aber nicht ohne die SED ging, lag an dem System, und damit komme ich zum Thema.

In dem Zeitraum, der hier für meine Darstellung vorgesehen ist, kam es zu einem verstärkten Ausbau der SED als dem Zentrum des politischen Systems der DDR. Zum grundlegenden Verständnis ist es nach meiner Auffassung allerdings notwendig, hier und da – da unterscheide ich mich ein bißchen von den beiden Vorrednern, ohne gegen sie zu polemisieren – vielleicht die Akzente etwas anders zu setzen und Präzisierungen vorzunehmen, denn nach meiner Erfahrung und Analyse ist die SED zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz eine Staatspartei gewesen, sondern nach ihrer Struktur und Funktion eine über Staat und Recht stehende Organisation, die Anspruch auf die uneingeschränkte Macht über alle Teile des Gesamtsystems erhob und in gewissem Umfange auch durchgesetzt hat.

Das oberste Herrschafts- und Entscheidungszentrum war das Politbüro, das alle Macht bei sich konzentrierte. Bei solchem Anspruch und solcher Realität blieb für Staat, Recht, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft nur noch die Funktion, Element, Bestandteil, Instrument eines einheitlichen Mechanismus zu sein, der dem Willen des Zentrums unterworfen ist.

Dies verringert nicht die Verantwortung solcher Institutionen wie des Ministeriums für Staatssicherheit, des Nationalen Verteidigungsrats, der Justiz usw., aber es schließt einfach die Möglichkeit aus, einzelne Elemente des Systems zur Rechenschaft zu ziehen, die Zentrale, das Haupt, aber ungeschoren zu lassen. Es gab kein MfS, keine „sozialistische Justiz“, keine „Urteile gegen Klassenfeinde“, ohne daß das Politbüro der SED dies gewollt hätte.

Die SED war auch zu keinem Zeitpunkt eine Partei im herkömmlichen Sinne eines parlamentarisch-demokratischen Systems, und sie wollte das in ihrem eigenen Selbstverständnis auch überhaupt nicht sein. Sie wollte sich ganz bewußt von parlamentarischen Parteien unterscheiden und ist ja, wenn man ihre Ursprünge bis auf die Kommunistische Partei 1919 zurückführt, überhaupt im Widerspruch und in Abgrenzung zu den Parteien des parlamentarisch-demokratischen Systems entstanden. Deshalb war die SED in bewußter Abgrenzung zu solchen Parteien als ein politischer Orden mit eigener Weltanschauung, entsprechender Hierarchie, mit Ordensregeln und einer eisernen Disziplin der bedingungslosen Unterwerfung aller Mitglieder unter die von oben nach unten gefaßten Beschlüsse organisiert, jede Fraktionsbildung war verboten und ein Austrittsrecht eines einzelnen Mitgliedes bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Statut der SED überhaupt nicht vorgesehen. Das ist

erst hineingekommen, als immer mehr Bürger der DDR, die Mitglied der SED waren, ersuchten, in die damalige Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln. Das wurde ja in einer Reihe von Fällen genehmigt, und nun stand die SED vor der Frage: Was macht man mit deren SED-Mitgliedschaft? Da hat man das Statut dahingehend geändert und die Möglichkeit der Streichung von der Mitgliederliste geschaffen. Man konnte den DDR- Bürger ja nicht auf staatlicher Ebene ausreisen lassen – legal – und ihn andererseits deswegen aus der SED ausschließen. Aber das war die einzige Abweichung von der klassischen Struktur einer kommunistischen Partei, die in der SED überhaupt erfolgt ist.

Unter solchen Umständen kann keine Rede davon sein, daß die DDR zu irgendeinem Zeitpunkt ein Rechtsstaat gewesen ist. Alle für die Entwicklung der DDR wesentlichen Beschlüsse wurden nirgendwo anders gefaßt als im Politbüro der SED oder im Sekretariat des ZK der SED. Ihre Umsetzung in staatliche Entscheidungen hatte allein den Zweck, diese Beschlüsse des Politbüros der SED für alle Staatsbürger bindend zu machen, also auch für jene, die nicht Mitglied der SED waren.

Man kann im Grunde genommen sagen: Die Verfassungstexte – das war 1949 noch ein bißchen anders, aber für die Verfassung von 1968 und insbesondere für die revidierte Verfassung von 1974 gilt das – waren weiter nichts als das in staatliche Norm umgesetzte Parteiprogramm der SED mit Verbindlichkeit nun für alle, nicht nur für Mitglieder der SED, sondern auch für die Bürger dieses Staates, die ihr nicht angehörten.

Das Recht hatte folglich in diesem System eine sehr begrenzte Funktion, und zwar eben nur im Rahmen des Systems. Es wurde dann auch grundsätzlich in der Literatur der damaligen DDR als – ich zitiere – „normatives Instrument“ der Leitung der Gesellschaft durch die SED betrachtet. Offen wurde von der SED betont – ich zitiere eine bestimmte Schrift –, daß die Politik der SED – wörtlich – „Wesen, Inhalt und Formen des Staates, der staatlichen Tätigkeit sowie des Rechts, seiner Anwendung und Verwirklichung“ bestimmt. Eine der SED besonders verpflichtete Rechtswissenschaft faßte diese Orientierung in die Worte – ich zitiere hier den als führenden Rechtstheoretiker der DDR geltenden Karl Polak wörtlich –: „Wir führen die Massen dahin, wohin sie gehen müssen...“ Das war nicht eine dumme Formulierung, sondern das war innere Überzeugung der SED-Leute und derjenigen, die so etwas geschrieben haben.

Man könnte praktisch sagen, wenn man historische Vergleiche sucht, daß das Recht in der DDR nach dem Prinzip funktionierte, das wir schon aus der Zeit der Fürstentümer und des Feudalismus kennen, nämlich nach dem Prinzip „princeps regibus solutus“ – man könnte das ganz frei übersetzen und sagen: „Der Souverän, also der Herrscher ist das Recht.“ Die SED ging hier noch ein

Schrittchen weiter. Sie verstand ihre Beschlüsse bewußt nicht als Rechtsquelle, sondern sie war die unmittelbare Macht.

Man könnte hier vielleicht zu dem Staatswesen „DDR“ noch hinzufügen: Die DDR war überhaupt kein normaler Staat wie beispielsweise Frankreich oder Polen, die unabhängig von ihrer jeweiligen Regierungsform, selbst wenn die Bürger dort diktatorische Verhältnisse hatten oder jetzt wieder – die Polen jetzt wieder, die Franzosen schon immer – rechtsstaatliche Verhältnisse, immer der Staat der gesamten Nation waren.

Das war die DDR nie, konnte sie auch nicht werden, sondern man mußte das wohl so formulieren, wie ich es schon vor vielen Jahren geschrieben habe: Die DDR ist von ihrer Entstehung wie von ihrer inneren und äußeren Entwicklung her nicht nur ein Staat in Deutschland, sondern auch sonst kein normaler Staat wie andere Staaten auch, etwa Frankreich oder Polen; sie ist vielmehr als Produkt und Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik im Ergebnis des Ost-West-Konflikts in der Periode des Kalten Krieges entstanden und ist zugleich die Staat gewordene Organisation der Kommunisten in Deutschland. Als solche ist die DDR ein Produkt der stalinistischen Außen- und Deutschlandpolitik der Sowjetunion und selbst trotz mancher Modifikation ein in jeder Hinsicht stalinistisches System.

Man könnte bei dieser instrumentalen Rolle von Staat und Recht eigentlich nur fragen, warum man dann überhaupt an dem, was Herr Schenk vorhin als „parlamentarisch-demokratische Attrappe“ bezeichnet hat, an solchen Forminstitutionen festgehalten hat. Wenn man die Dokumente nicht nur der SED, sondern auch der Ideologen, auf die sie sich berufen hat, durchliest, müßte man eigentlich zu dem Schluß kommen: Wir brauchen gar kein Recht mehr; dann wäre man ungefähr auf dem Niveau des Islam angelangt, nur unter einem anderen Vorzeichen.

Wenn man über diese Frage nachdenkt, kommt man einfach zu dem Schluß: In der öffentlichen Meinung in West- und Mitteleuropa jedenfalls hat sich jetzt schon seit Jahrhunderten eben das parlamentarische System mit freien Wahlen als die Form der Legitimation durchgesetzt, so daß nicht einmal ein Staat, wie ihn die SED wollte, auf eine solche Legitimation – wenigstens in der Optik – verzichten konnte.

Die SED verstand sich aber auch nicht als isolierte nationale Partei, sondern als eine Sektion innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, die früher von einem internationalen Zentrum, der Kommunistischen Internationale, später vom Kominformbüro und in den hier zu behandelnden sechziger und siebziger Jahren durchaus in Richtung auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion gelenkt und geleitet wurde.

Allerdings mußte – und das ist die Kehrseite der ganzen Sache, die man bei der Analyse nicht unterschlagen darf – eine solche rigorose Übertragung der inneren Strukturen einer klassischen kommunistischen Partei auf die gesamte

Gesellschaft – und das ist ja das, was in der DDR passiert ist – zwangsläufig zur Folge haben, daß diese Partei nun auch selbst Gesellschaft wurde mit allen Konsequenzen für ihre innere Entwicklung. So legte die SED im Grunde genommen mit diesem Konzept der Gesellschaftsordnung selbst den Grund für zwangsläufig auftretende Abweichungen von den von ihr vorgegebenen Strukturen und Funktionen innerhalb und außerhalb der SED.

Für alles das liefern die Entwicklungen in diesen Jahren vielfältige Beispiele. Der Ausbau des Systems zunächst unter Ulbricht führte bekanntlich zur Massenflucht und zwang auf diese Weise zum Bau der Mauer.

Sie haben völlig recht, Herr Schenk, wenn Sie sagen, daß der Wissensstand in der DDR-Bevölkerung in vielen Dingen viel schlechter war als in Westdeutschland; aber daß die Mauer nicht wegen der Absicht der Bundeswehr gebaut worden ist, durch das Brandenburger Tor zu marschieren, wie es die SED-Propaganda gesagt hat, das war auch jedem DDR-Bürger völlig klar.

Mir hat damals Werner Lamberz vom Politbüro auf eine Frage, die ich an ihn gerichtet habe, gesagt: Das ist sicherlich eine politische Niederlage, was wir hier mit dem Bau der Mauer erleben; aber er selbst verband damit die Hoffnung: Das dauert vielleicht 20, 25 Jahre; dann sind die Verhältnisse in der DDR so stabil, daß wir die Mauer wieder abbauen können. – Wie die Wirklichkeit verlaufen ist, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die vorübergehende innere Stabilisierung der DDR, die die Errichtung der Mauer tatsächlich ermöglicht hat, erzwang und ermöglichte das „Neue Ökonomische System“, mit dem Ulbricht damals zugleich eine gewisse Eigenständigkeit der DDR – auch gegenüber Moskau – zu erreichen glaubte. Diese relative Abweichung rief aber Argwohn und Widerstand sowohl unter der Nomenklatura in der DDR als auch in Moskau hervor.

Ich will als Beispiel dafür anführen: Damals wurde über das „Neue Ökonomische System“ ein dickes Buch ausgearbeitet, das im Politbüro diskutiert worden ist. Wenn ich richtig informiert bin, ist man es Seite für Seite durchgegangen und hat darüber abgestimmt. Dieses Buch ist erschienen, und etwa vier Monate später – ich war gerade in Moskau – erschien dazu auf Seite zwei der „Prawda“ – das war das Parteiorgan der damaligen KPdSU – ein zweispaltiger Kommentar. In der linken Spalte wurde ungefähr sinngemäß gesagt: „Eine interessante, thesenreiche Arbeit!“ – Und in der zweiten Spalte wurden alle wichtigen Thesen in Frage gestellt.

Damit war eigentlich für uns schon ziemlich klar: Dieses System ist zu Ende; es geht bald zu Ende. Und das ist dann auch allmählich so gelaufen.

Honecker hat anfangs einen Kurs – ich glaube, ich zitiere ihn damit wörtlich aus dem Kopf – „des Gleichklangs mit Moskau“ verfolgt. Es ist ja vielleicht historisch interessant, daß beide Chefs der SED, Ulbricht wie Honecker, mit

der Beschwörung des Moskauer Vorbildes angefangen haben, am Ende davon aber immer abgekommen und darüber dann auch gestürzt sind.

Honecker hat das also am Anfang ebenfalls versucht, und diese Politik führte ihn ebenso zum Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland unter Einschluß der sowjetischen Führung – er mußte diesen Weg gehen, sonst wäre Helsinki nicht machbar gewesen; hinzu kam dann der Berlin-Vertrag, auf den ich hier nicht eingehen will –, wie sie Honecker zur staatsstreichartigen Revision der Verfassung der DDR von 1968 veranlaßte, nämlich zur Streichung aller gesamtdeutschen Bezüge aus der Verfassung der DDR.

Hier kann ich persönlich sagen: Wir sind in der Akademie Babelsberg von dem damaligen Rektor Schüßler gefragt worden – ich persönlich auch –, ob das denn geht, daß man die Verfassung von 1968 durch ein einfaches Gesetz ändert. Ich habe damals zum Ausdruck gebracht, daß das formalrechtlich – also nach dem geltenden Verfassungsrecht – eigentlich ein Staatsstreich ist, denn bei aller geringen Bedeutung, die die Tatsache politisch hatte, daß die Verfassung der DDR von 1968 durch Volksentscheid angenommen worden ist, so war es doch ein Fakt, eine Tatsache, daß es damals eine Volksentscheidung gab, und in dieser Volksentscheidung wurde eine Verfassung angenommen, die sich zur Einheit der Nation und auch zum Ziel der Wiedervereinigung – wenn auch unter kommunistischem Vorzeichen – bekannte.

Nun wurde hier von Honecker der Versuch unternommen, das alles aus der Verfassung zu streichen. Wenn Sie in den Dokumenten der damaligen Volkskammer nachlesen, werden Sie in der Begründung – die Rede hat Honecker gehalten – kein Wort darüber finden, daß er die Verfassung von den gesamtdeutschen Bezügen befreit, sondern er hat gesagt: Das ist eine neue Entwicklungsperiode, Ausrichtung auf die Sowjetunion und dergleichen mehr. Aber praktisch wurde die Verfassung in einem essentiellen Punkt geändert – im Widerspruch zu dem Volksentscheid –, und das wurde durch ein einfaches Gesetz beschlossen. Die damalige Zusammensetzung der Volkskammer brachte natürlich keine Probleme für Honecker; die Mitglieder haben zugestimmt.

Bei uns in Babelsberg gab es einige wenige wie mich, die das nicht nur für einen Staatsstreich hielten, sondern ich habe dort auch – mir war völlig klar, daß juristische Argumentation nicht das Entscheidende in diesem Staat ist – meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß jede Partei in Deutschland – ob sie nun kommunistisch, sozialdemokratisch, christlich-demokratisch oder wie immer sein will –, die das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgibt, eine Partei ist, die sich selbst zum Untergang verurteilt. Nun, das hat natürlich zu meinem Weggang sehr viel beigetragen.

Vielleicht einige Beispiele praktischer Art, wie sich dieses System der SED und Staat und Recht als Instrumente dieses Systems abgespielt haben, und

zwar sowohl Beispiele ganz einfacher Art als auch Beispiele auf hoher politischer Ebene:

Für uns in der Akademie Babelsberg war wichtig, daß es im Zentralkomitee der SED, in diesem Haus, eine Abteilung „Staat und Recht“ gab, die wohl bis zuletzt von einem Dr. Klaus Sorgenicht geleitet wurde, der übrigens auch nicht aus dem Territorium der ehemaligen DDR, sondern aus Essen stammte. Alle wichtigen Beschlüsse, die auf dem Gebiet der Gesetzgebung der DDR – ganz gleich, ob Wirtschaftsrecht, ob Strafrecht oder dergleichen – gefaßt wurden, wurden in dieser Abteilung vorbereitet. Die Babelsberger Akademie stand unter ständiger Kontrolle dieser Abteilung „Staat und Recht“, und es gab sogenannte Nomenklaturkader des Zentralkomitees, das waren in Babelsberg drei Personen, nämlich der Rektor, der erste Prorektor und der SED-Sekretär der Babelsberger Akademie. Wenn das Nomenklaturkader des Zentralkomitees waren, dann heißt das einfach: diese drei Funktionen wurden vom Zentralkomitee selbst besetzt.

Eine andere, vielleicht wichtigere, auf der politischen Ebene liegende Angelegenheit war der Mauerbau 1961. Dazu möchte ich hier auch ein paar thesenartige Bemerkungen machen, die sich doch mit dem allgemeinen Bild, das man von dieser Entwicklung hat, nicht so ganz decken.

Der Mauerbau war – wie ich vorhin schon sagte – eine Reaktion auf die Krise der DDR. Ihr liefen praktisch ihre Bürger weg, und wenn einer Regierung das Volk wegläuft, ist es schlecht um die Regierung bestellt. Also gab es Überlegungen: Wie kann man das Volk wenigstens weitgehend behalten?

Die erste schärfere Reaktion darauf kam von Chruschtschow gegenüber Ulbricht. Es haben sich dann bei den Gesprächen zwischen Ulbricht und Chruschtschow drei Varianten für die Lösung des sogenannten Berlin-Problems herausgebildet. Die erste Variante bestand darin, die Westmächte aufzufordern, ihren Flugverkehr nach Berlin auf militärische Flüge zu beschränken und den Flugverkehr für die zivilen Passagiere ausschließlich über den Flughafen Schönefeld zu leiten. Das war die Hauptvariante, die Ulbricht vertreten hat. Diese Variante hätte es ermöglicht, eine totale Kontrolle des Verkehrs mit Ausnahme der westlichen Militäreinheiten nach West-Berlin zugunsten der DDR zu formieren, und man hätte keinen Mauerbau quer durch Berlin benötigt.

Die zweite Variante bestand darin, die Mauer quer durch Berlin zu bauen, aber an den ersten Tagen zu versuchen, das mit Stacheldraht zu machen; wenn der Westen so reagierte, daß er das auch nicht duldete, dann mußte man eben ein bißchen verhandeln und notfalls als Ausweichvariante die Mauer um Berlin herum bauen.

Zwischen dem 2. und 5. August 1961 fanden im Warschauer Pakt in Moskau Verhandlungen über diese Frage statt. Dort war das Verhältnis zwischen Partei, Staat und Recht etwas anderes als innerhalb der DDR. Es gab da schon

internationale Bedingungen – aus Ungarn war Kádár im Warschauer Pakt vertreten; das war ein ganz anderer Kommunistenführer, als es Ulbricht oder später Breschnew oder vorher Stalin waren –, und dort befeißigte man sich doch auch der völkerrechtlichen Formen.

Das Abstimmungsprinzip des Warschauer Paktes – also die Vertragsgrundlagen, ich habe das als Völkerrechtler vor vielen Jahren ausführlich analysiert, auch bei der Verlängerung 1985 wieder – war ein Einstimmigkeitsprinzip. Dort konnte eigentlich nach der formellen Regelung im Warschauer Pakt nichts beschlossen werden, wenn einer der Mitgliedsstaaten dagegen auftrat.

Chruschtschow hat dann Ulbricht, schon als er in Moskau eintraf, mitgeteilt: Deine Variante I – also Flughafen Schönefeld – geht nicht, weil die Amerikaner das nicht wollen.

Daraus ist mehreres ersichtlich. Erstens ist daraus ersichtlich, daß es darüber vorher Verhandlungen mit dem Westen gegeben hat. Zweitens ist daraus ersichtlich, daß es eine Legende, eine historische Legende ist, zu sagen: Wenn Kennedy weiter gegangen wäre, als er damals gegangen ist, hätte es Krieg gegeben. Mit anderem Vorzeichen hat Honecker ja das gleiche behauptet. Nichts dergleichen stimmt.

Die Westmächte haben drei Essentials aufgestellt; die hat Chruschtschow alle akzeptiert. Hätten die Westmächte ein viertes Essential aufgestellt, das da gelautet hätte, „Der freie Verkehr zwischen allen vier Sektoren der Stadt Berlin darf nicht gestört werden.“, hätte Chruschtschow ganz sicher auch das vierte Essential akzeptiert, und die Mauer durch Berlin wäre nicht gebaut worden.

Ich habe das zum 25. Jahrestag zum erstenmal im „Spiegel“ in einer Kolumne geschrieben; zwei Tage später hat der damalige amerikanische Präsident Reagan in einer Rede – ebenfalls zum 25. Jahrestag – gesagt: „Wir haben damals einen Fehler gemacht; wir hätten den Stacheldraht wegräumen müssen!“

Natürlich ist es richtig, wenn von den verschiedensten Seiten behauptet wird: Wenn die SED-Führung da nicht mitgemacht hätte, wäre eben sofort ein anderer an die Stelle von Ulbricht getreten. Natürlich waren die Machtverhältnisse so, aber das schließt nicht aus, daß man dagegen auftreten konnte. Lückenlos war das System jedenfalls nicht.

Ich habe meine These auch schriftlich vorgelegt und habe darin auf ein paar frühere Arbeiten von mir hingewiesen, nicht um zu zeigen, „Der hat ja viel veröffentlicht!“ – dann müßte ich Ihnen eine viel größere Liste vorlegen –, sondern mir geht es darum, auch mit diesen Thesen zu belegen: Die historische Wahrheit gebietet es, die Vergangenheitsbewältigung der DDR in jeder Hinsicht als eine gesamtdeutsche Angelegenheit zu betrachten! So lautet ja auch der Auftrag des Bundestages an die Enquete-Kommission. Das heißt aber auch, zu akzeptieren: Die DDR wäre nicht entstanden, sie hätte sich

nicht so entwickelt, wie sie sich entwickelt hat, und sie hätte nicht so lange bestanden, wie sie bestanden hat, wenn der Westen eine andere Politik in der deutschen Frage und gegenüber Osteuropa überhaupt betrieben hätte, als er es tatsächlich getan hat.

Die Hauptschwäche war meines Erachtens im Westen eine ausgesprochene Stabilitätsideologie. Hier muß ich noch einmal auf Herrn Diepgen zurückkommen; er hat auch von „falscher Ideologie“ gesprochen. Leider ist er nicht mehr hier. Aber eine „falsche Ideologie“ ist natürlich nicht möglich. Ideologie ist ja nur etwas, was zumindest in einem wesentlichen Element nicht mit der Realität übereinstimmt, sondern unwahr ist und nur aus einseitiger Interessensicht oder dergleichen betrachtet wird. Für die wissenschaftliche Analyse kann man einen solchen Ideologiebegriff überhaupt nicht akzeptieren.

Aber hier, in der Deutschlandpolitik, hat es auch in der damaligen Bundesrepublik eine ausgesprochene Ideologie der Stabilisierung und eine pragmatische Politik des Status quo gegeben. Daran hat die SED-Führung bis zuletzt – auch noch, als Honecker weg war – festgehalten, trotz dieser persönlichen Erklärung von Herrn Modrow, der hier im Saal sitzt: „Unser gemeinsames deutsches Vaterland.“ Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie das nicht ehrlich gemeint haben, aber es war, wie Sie selber gesagt haben, eine persönliche Erklärung; es war keine offizielle Erklärung der SED.

Ich möchte sagen, alle in der SED-Führung haben bis zuletzt, auch als sie in der deutschen Frage anfangen, etwas zu variieren, nur eines im Kopf gehabt: den Bestand der DDR unter allen Umständen zu bewahren. Damit fehlte die Bereitschaft, sich dem Votum des gesamtdeutschen Volkes zu stellen und einen demokratisch, rechtsstaatlich zustande gekommenen Staat zu akzeptieren.

Auf jeden Fall gab es auch in der alten Bundesrepublik nach dem Mauerbau keine offensive Wiedervereinigungspolitik mehr, sondern eine am Status quo orientierte pragmatische Politik. Folglich ist auch die staatliche Vereinigung, die wir dann nach der politischen Wende erreicht haben, eher ein unerwartetes Naturereignis denn das Resultat einer offensiven beständigen Wiedervereinigungspolitik gewesen.

Ich erwähne dies nicht aus nostalgischen Gründen oder historischer Rückschau, sondern weil ich glaube, daß auch hier eine der wesentlichen Ursachen für Fehlkalkulationen der heutigen Bundesrepublik über die ökonomische Situation der damaligen DDR liegt. Wir erleben ja ihre Auswirkungen bis heute.

Ich erwähne dies nicht zuletzt deshalb, weil es manchem in der alten Bundesrepublik, wie ich weiß, heute sehr schwerfällt, die sich aus solidarischer Verpflichtung notwendigerweise jetzt und für längere Zukunft ergebenden Opfer gegenüber den Deutschen in den neuen Bundesländern zu tragen. Vielleicht hilft es dabei ein wenig, wenn deutlich gemacht wird, daß die alten Bundesländer so lange so gut gelebt haben, weil sie den anderen Teil

Deutschlands mit einer Status-quo-Politik, mit Päckchen und Besuchsreisen zufriedenzustellen glaubten.

Man konnte es aber wissen – und als Juristen würden wir sagen: man mußte es bei sorgfältiger Prüfung wissen –, daß das zu kurz gegriffen ist, daß man eine längere Sicht im Auge haben muß, und man hätte dann anders vorbereitet in die Vereinigungsprozesse hineingehen können, als man praktisch hineingetreten ist. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Seiffert! – Wir haben jetzt drei Referate zum gleichen Thema unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitabschnitte gehört. Die Mitglieder der Enquete-Kommission haben jetzt – einschließlich der für die Antworten nötigen Zeit – eine gute halbe Stunde Zeit, Fragen zu dem Gehörten zu stellen. Der erste Fragesteller ist Herr Professor Soell!

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Seiffert und betrifft insbesondere seine These, wenn der Westen 1961 ein viertes Essential aufgestellt hätte, dann hätte es keine Mauer durch Berlin gegeben.

Meine Frage an Sie: Reicht der Schluß, den Sie aus der Äußerung Chruschtschows gezogen haben, die Sie zitiert haben, aus, um eine solche These zu formulieren, wenn man die Gesamtpolitik Chruschtschows einbezieht – sein riskantes Manöver ein Jahr später in Kuba, bei dem er dann einen Teil zurückgewichen ist, mit dem er aber, was meist verschwiegen wird, natürlich auch Erhebliches bekommen hat?

Erstens: Amerikanische Mittelstreckenraketen in der Türkei sind abgebaut worden, die sowjetischen Mittelstreckenraketen alter Art – SS 5, SS 6 – blieben zunächst dort und wurden später sogar durch die SS 20 „modernisiert“. Zweitens hat er eine Garantie bekommen, daß die USA nicht mehr so etwas unternehmen würden wie wenige Monate vor dem Berlin-Ereignis in der Schweinebucht, als dort nämlich eine Landung von Exilkubanern stattfand, unterstützt durch die CIA. Daß das alles künftig nicht mehr stattfinden sollte, wurde ihm garantiert.

Wenn man das bedenkt und überlegt, was der Westen in Berlin – außer den drei Essentials für West-Berlin – hätte geben können, muß man sich natürlich fragen, was der Westen in diesem System von Geben und Nehmen unter dem nuklearen Patt hätte weggeben können. Dazu müßte man wohl die amerikanischen Dokumente studieren, soweit sie freigegeben sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Müller, bitte!

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich habe zu einem ganz anderen Thema eine Frage an Herrn Professor Weber.

Herr Professor Weber, Sie haben in Ihrem Referat davon gesprochen, daß es nach dem Krieg – 1947, 1948 – an der Parteihochschule eine gewisse Liberalität in dem Sinne gegeben habe, daß man alle möglichen

Zeitungen auch westlicher Herkunft habe lesen können, was eigentlich all dem widersprochen hat, was die anderen Referenten anschließend für die spätere Zeit gesagt haben.

Das System, wie sich die Partei darstellte, hat es ja schon vor 1945 gegeben, vor allem in der Emigration in der Sowjetunion, denken Sie nur an die Säuberungen. Da war es ja ganz klar, wie es hier abgelaufen ist.

Meine Frage ist nun: War das 1947, 1948 nur eine kurzfristige taktische Variante, oder war man gezwungen – auch durch den Zwangsvereinigungsprozeß mit der SPD –, für eine gewisse Zeit das strikte Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ aufzugeben, um dann später um so härter zuzuschlagen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe noch zehn Wortmeldungen. Herr Dr. Mitter und dann Hans Modrow!

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Bemerkungen betreffen die Referate von Herrn Schenk und von Herrn Seiffert.

Herr Schenk, ich finde, Sie haben für uns sehr intensiv und sehr prägnant die Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich und die gegenseitige Beeinflussung – gerade auch im Blick auf das, was von sowjetischer Seite erfolgte – dargestellt. Ich glaube aber, daß sich gerade das, was die politischen Strukturen betrifft – und überhaupt den ganzen Bereich Sicherheitspolitik –, in den fünfziger Jahren doch an einigen Stellen wesentlich gewandelt hat. Insbesondere nach dem 17. Juni hat eine völlige Reorganisation des Sicherheitsapparates – überhaupt des Macht- und Disziplinierungsapparates – stattgefunden, der nicht mehr nach sowjetischem Vorbild organisiert werden konnte, da die inneren Gegebenheiten in der DDR auch nicht deckungsgleich waren mit den Gegebenheiten in der UdSSR.

Beispielsweise gab es keine Blockparteien in der UdSSR, die evangelische Kirche hatte eine viel, viel höhere Bedeutung in der DDR als die Kirche in der Sowjetunion – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zum anderen stellt sich da für mich auch die Frage, ob sich der sowjetische Einfluß auf die Politik der DDR-Regierung nicht doch auch in den fünfziger Jahren gewandelt hat. Wenn man gerade die Phase 1952, 1953, 1954 bis zum IV. Parteitag der SED untersucht, so ist doch klar feststellbar, daß an vielen Stellen die Sowjetische Militäradministration viele Funktionen der DDR-Führung überträgt, und zwar eindeutig auch aus der Erfahrung heraus, daß der 17. Juni beziehungsweise die Demonstrationen im Juni und die Aktionen im Juni/Juli 1953 für alle überraschend kamen, letztlich auch deshalb, weil der Sicherheitsapparat nach sowjetischem Vorbild in der DDR eben nicht funktioniert hat. Das hieß, man hat größere Befugnisse beispielsweise auch im Justizwesen – ich könnte noch weitere Bereiche nennen – auf die DDR-Behörden übertragen.

Die zweite Bemerkung: In der Tat, Herr Schenk, ist die Literatur aus den fünfziger Jahren sehr wertvoll, vor allen Dingen auch die autobiographische Literatur, die in dieser Zeit zur DDR-Geschichte im wesentlichen von Emigranten geschrieben worden und in der Bundesrepublik erschienen ist. Ich hätte mir gewünscht, daß mancher DDR-Forscher in den sechziger und siebziger Jahren diese Bücher mehr zur Hand genommen hätte.

Nur zeigt das letztlich auch die Grenze dieser Literatur, denn wenn die Literatur so gut war, dann stellt sich natürlich die Frage, wieso die DDR dann so überraschend – auch für die Bundesrepublik – zusammengebrochen ist, wenn man in der Bundesrepublik so gut über die DDR Bescheid gewußt hat. Ich glaube schon, daß es da erhebliche Defizite in der Wahrnehmungsfähigkeit der DDR auch in der Bundesrepublik gegeben hat, und gerade bei dem, was Herr Professor Seiffert mit Stabilisierungsdenken oder Stabilisierungspolitik der Bundesrepublik bezeichnet hat, sind ganz entscheidende Defizite auch in der Forschung vorhanden gewesen.

Dieses Stabilitätsdenken ist meines Erachtens nicht bloß aus geopolitischen Motiven heraus entstanden, sondern auch aus der Unkenntnis der eigentlichen Verhältnisse in der DDR. Ich möchte das an einem Beispiel darlegen.

Herr Seiffert, Sie werden es mir erlauben; ich habe da ein paar andere Auffassungen, was den 13. August anbetrifft. Ich denke, man kann das nicht nur als ein Problem der internationalen Politik sehen.

Wer weiß zum Beispiel, daß zwischen dem 1. Januar und dem 13. August die Zahl der Streiks in der DDR, in den DDR-Betrieben enorm zugenommen hat? Sie lag etwa zwischen 80 und 120. Wer weiß, daß sich die LPG Typ III in einer desolaten Situation, in einer Auflösungsphase befand? Wer weiß beispielsweise, daß in den Betriebsversammlungen bis in die Parteiversammlungen hinein freie Wahlen gefordert wurden, und zwar vor dem Hintergrund des sogenannten Friedensvertrages? Die SED hat damals den Kurs propagiert, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden muß. Das wurde von der breiten Bevölkerung zum Anlaß genommen, in vielen Versammlungen – auch im offiziellen Rahmen – immer wieder freie Wahlen in den Vordergrund zu stellen.

Das alles befindet sich in den Akten der ehemaligen SED, ist dort auch sehr klar nachzulesen. Dort ist auch die Stimmung unter der Bevölkerung sehr klar nachvollziehbar.

Gerade die innere Geschichte der DDR – schon ab den fünfziger Jahren – ist meines Erachtens mit den jetzt zugänglichen Quellen auf völlig anderer Basis zu untersuchen, und ich glaube nicht, daß man primär mit sehr veralteten Darstellungen, die ihre Wichtigkeit in der Forschung behalten werden, noch weiterkommt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Mitter, auch

für Ihre Information! Ich muß aber darum bitten, die Fragen ein bißchen kürzer zu formulieren, sonst kommen wir nicht einmal mehr zum Stellen der Fragen, geschweige denn zu ihrer Beantwortung. Herr Dr. Modrow, bitte!

Abg. Dr. Modrow (PDS/Linke Liste): Ich habe drei Fragen an Herrn Weber. Die erste Frage: Herr Weber, welche Rolle spielen in Ihrer Betrachtung die Tatsache und der Umstand, daß sich die SED sehr stark mit Kaderausbildung beschäftigte und ein Großteil der Eliten der Kader der KPD und der SPD von den Faschisten ermordet wurde, ein gewisser Teil dann auch in Moskau durch Stalin selbst?

Zweitens – bezogen auf meine eigene Nachkriegsgeneration –: Wie werten Sie den Umstand, daß wir durch die faschistische Ideologie nach 1945 dann ein bestimmtes Maß an Aufgeschlossenheit für Schulung und für übermittelte neue Überzeugungen hatten? War das nach Ihrer Meinung nun einfach eine Bauernfängerei oder war das eine Situation, die in sich eine bestimmte Aufgeschlossenheit gebot. Und wie bewerten Sie auch den Umstand, daß wir im Prinzip während der Zeit des Faschismus in den Schulen im Krieg ja kaum eine Bildung hatten und uns natürlich hier auch eine Möglichkeit von Bildung eröffnet wurde?

Drittens: Welche Rolle spielt nach Ihrer Meinung die Erziehung anhand all der Dinge, die mit dem Kalten Krieg und der Zuspitzung verbunden waren? Ich denke zum Beispiel an die Weltfestspiele 1951, die Sie gewiß auch in Erinnerung haben, als ein Marsch von – wenn ich es noch recht weiß – fast 100.000 Menschen nach West-Berlin stattfand. Dort wurden keine Scheiben und nichts zerschlagen, aber mancher ist mit einer Beule von dort zurückgekommen und hatte damit natürlich auch wieder eine ganz bestimmte Haltung zur Erziehung, die dann im System der Schulung der SED ablief.

Zwei kurze Bemerkungen zu Herrn Seiffert: Wenn es um die Erziehung geht, Herr Professor Seiffert, hat natürlich Ihr Schicksal, wie Sie in die DDR gekommen sind, auf mein Denken einen beachtlichen Einfluß ausgeübt, nämlich die Tatsache, daß wir als FDJler damals für Ihre Freiheit und für die Freiheit von Jupp Angenfort demonstrierten, und dann kamen Sie aus dem Gefängnis der Bundesrepublik in die DDR; das prägte mit.

Ein Zweites – was den 1. Februar betrifft –: Es gab am 1. Februar 1990 keine SED mehr. Ich kam aus Moskau von einer Konsultation mit Michail Gorbatschow zurück, die am 30. Januar war. Wenn ich eine solche Initiative in die Öffentlichkeit tragen wollte, nach „Konsultation“ – nehmen wir wieder einmal das Wort – mit Moskau, dann gab es nur die Chance, es persönlich zu tun, denn die „Regierung der nationalen Verantwortung“ war gerade vereinbart, aber noch nicht gebildet, und der „Runde Tisch“ wäre für eine solche Initiative natürlich auch nicht in Übereinstimmung gewesen – wahrscheinlich! – mit dem damaligen Ministerpräsidenten Modrow.

Also ergab sich auch in der Taktik, die wir in Moskau beraten haben, daß es

zu einer persönlichen Initiative geworden ist, die ich aber nicht aus taktischen Gründen, sondern sehr wohl nach dem damaligen historischen Verständnis der Situation entwickelt habe.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Hansen, und dann Herr Dehnel!

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Weber; er sprach von Indoktrination und Schulung und sagte, beide hätten die Folgewirkung des intoleranten Funktionärs gehabt.

War es auch die Absicht, über die Schulung der eigenen Kader hinaus bis hin zur Erziehung im Schulwesen einen jeden gewissermaßen eines Tages so weit zu bringen, daß es die gleiche Wirkung wie etwa bei den Kaderleuten gehabt hätte?

Eine Frage an Herrn Seiffert: Darf ich Ihr Modell, wonach die SED eigentlich keine Staatspartei gewesen sei, sondern über Staat und Recht stehend, gewissermaßen metaphysisch, so verstehen, daß es nicht das vertikale Drei-Säulen-Modell von Herrn Schenk war, sondern mehr ein anderes klassisches horizontales Modell von Überbau und Unterbau – Sie haben den Islam angesprochen, Sie haben von Ordensregeln und ähnlichem gesprochen –, daß also diese SED in ihrem Selbstverständnis – ich nenne es einmal so – ausdrücklich metaphysische, quasi religiöse Züge getragen hat?

Und die zweite Frage an Herrn Seiffert: Sie haben zu Recht davon gesprochen und zitiert, daß es der Auftrag der Enquete-Kommission ist, die Vergangenheit der DDR in einem gesamtdeutschen Rahmen zu sehen und die Geschichte der DDR selber darin auch einzubeziehen. Würden Sie so weit gehen zu sagen – oder hätte ich Sie da mißverstanden? –, die DDR sei gewissermaßen eine Bedingung der westlichen Politik gewesen?

Und eine letzte Bemerkung zu Ihnen, Herr Seiffert: Ich glaube nicht, daß man so weit gehen kann – es sei denn, man hängt eben doch metaphysischen Vorstellungen an – zu sagen, die Wende 1989/90 sei ein zwar unerwartetes, aber ein Naturereignis gewesen. Sind Sie nicht doch eher der Auffassung, daß auch dieses Ereignis politische Bedingungen hatte, die sicherlich in den Jahren zuvor auf verschiedene Weise gesetzt worden waren, natürlich auch durch westliche Politik?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dehnel, bitte!

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Wir haben an der Basis immer etwas von Machtkämpfen auch innerhalb der SED-Führungsstrukturen gehört. Inwieweit spielten Machtkämpfe immer eine Rolle, und gab es innerhalb der Führungsstrukturen auch Wahlen, Personalwahlen, die dann zu dem Machtwechsel geführt haben? Und wenn es die überhaupt gab, waren die denn geheim?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Markus Meckel und dann Frau von Renesse!

Abg. Meckel (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Weber. Gab

es in diesen ersten Jahren nach Kriegsende gemeinsame Strategieguppen der deutschen Kommunisten und der russischen Besatzungsoffiziere? Wie weit ging der Einfluß der Kommunistischen Partei, der Gruppe Ulbricht etc.? Wo wurden die Strategien entwickelt? Wo fielen die zentralen politischen Entscheidungen? Kamen die mehr als Weisungen oder waren sie eigene Politik der kommunistischen Führer?

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich habe noch eine Frage zum sowjetischen Einfluß. Gab es, Herr Schenk, spezifische Unterschiede zwischen der Einflußnahme der sowjetischen Hochkommissare oder der Hohen Kommission auf die inneren Angelegenheiten der DDR zu dem, was die Hohen Kommissare der Westalliierten bis zu den Pariser Verträgen in der Bundesrepublik konnten, durften und machten? Hat sich diese Einflußnahme der sowjetischen Seite in der ehemaligen DDR, nachdem sich die Bundesrepublik jetzt ihrerseits als souveräner Staat verstehen durfte, nennenswert geändert?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Schröder und dann folgt Wolfgang Thierse!

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Es ist immer wieder die Allzuständigkeit des Politbüros herausgestellt worden, seine Einmischung in zahlreiche Dinge. Herr Seiffert hat gesagt, es habe keinen Schauprozeß gegeben, ohne daß das Politbüro zustimmte.

Da hat mich nun sehr überrascht, daß Sie, Herr Schenk, ausgeführt haben, eigentlich habe sich niemand innerhalb des Politbüros in die Dinge des anderen einmischen wollen und jeder habe gesagt: Laß mich damit zufrieden; mir reichen meine eigenen Probleme. – Darin sehe ich einen gewissen Widerspruch. Hat dann jeder nur für sich entschieden?

Wie sind dann diese Allmacht und diese starke Einmischung des Politbüros als solche zu erklären?

Abg. Thierse (SPD): Herr Seiffert, Sie haben die These vertreten: Das Recht war nur eine Funktion der SED-Macht. – So weit, so gut! Sähen Sie sich in der Lage, diese These zu differenzieren a) nach den verschiedenen Rechtsbereichen und b) auch nach zeitlichen Entwicklungen, in welcher Weise dies in einem besonders starken Ausmaß der Fall und und in welcher Weise und wann es da Verschiebungen gegeben hat?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Wolf und dann als letzter Fragesteller Gert Weisskirchen.

Sv. Prof. Dr. Herbert Wolf: Ich habe zwei Fragen.

Zuerst an Herrn Professor Weber: Sie haben sehr eingehend die Schulungsprozesse innerhalb der Partei geschildert, und in Ihren Thesen sagen Sie: Die Schulung der Mitglieder und Funktionäre zielte auf ideologisch-politische Konformität, insbesondere Schulung im Marxismus.

Meine Frage – es waren ja immerhin schon etwa anderthalb Millionen, wenn

nicht noch mehr Mitglieder –: Gab es da unterschiedliche Motivationen, zum Beispiel auch eine gewisse Identifikation aus Interessen, aus Überzeugung oder – was bei Herrn Seiffert anklang – aus einer Art religiösen Glaubensbekenntnisses? Gab es Karrieresucht, Angst, Unterordnung, oder was hat nach Ihrer Meinung damals eigentlich die Hauptrolle gespielt?

Meine persönliche Erfahrung war, daß vor allem die ersten beiden Dinge – das verstandene Interesse und die Überzeugung davon – eine Rolle gespielt haben, ungeachtet dessen, was dann später daraus wurde.

Eine zweite Frage richtet sich an Herrn Schenk; sie schließt etwas an die eben von Herrn Professor Schroeder gestellte Frage an. Nach Ihrer Darstellung auch in den Thesen – dort kommt es noch deutlicher heraus – sieht es so aus, als ob der Entscheidungsmechanismus eine Art Einbahnstraße war, von der Sowjetischen Kontrollkommission zu Walter Ulbricht mit einsamen Einzelentscheidungen, dann SPK, Vorlage Politbüro usw..

Meiner Meinung nach fehlt darin völlig eine Aussage zu der Frage: Gab es überhaupt Wechselwirkungen? Gab es vorher Initiativen, und wie sind die entstanden? Ich glaube, daß das noch nicht so sehr viel von einem Mechanismus, Entscheidungsmechanismus in der Machtstruktur aufhellt.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Nach dem, was Sie drei uns beschrieben haben, habe ich eine Frage, die sich mir aufdrängt, an alle drei Referenten: Wie erklären Sie sich angesichts der ungeheuren Brüche und der inneren Brüchigkeit dessen, was Sie an SED-Herrschaft beschrieben haben, dennoch die doch unglaubliche Langlebigkeit der DDR, und inwiefern können Sie den wesentlichen Grund dafür nennen, den Sie im Rückblick herausfinden können?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. – Als allerletzter Fragesteller der Herr Abgeordnete Böhm!

Abg. Böhm (CDU/CSU): Herr Seiffert, ich habe gehört, daß Sie sich sehr stark auf die westliche Politik zur Stabilisierung der gesamteuropäischen Ordnung bezogen haben. Wie ordnen Sie den KSZE-Prozeß in diesem Zusammenhang ein? War er nach Ihrer Auffassung ein Instrument zur Erhaltung des Status quo, das dann von Oppositionellen innerhalb des damaligen Ostblocks gewissermaßen umfunktioniert wurde, oder sehen Sie auch Motive im Westen in einer aktiven Politik der Einwirkung auf die gesamte Ordnung im Osten Europas bei der Konzeption des KSZE-Prozesses?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zum Abschluß dieser Runde sollten die drei Referenten die Möglichkeit haben, die Fragen, die ihnen gestellt worden sind, zu beantworten.

Ich schlage vor, daß wir das in der historischen Reihenfolge tun, daß also zunächst Herr Weber, dann Herr Schenk und zum Schluß Herr Seiffert das Wort nimmt.

Prof. Dr. Hermann Weber: Wenn ich versuche, mit einem Satz zu erklären, was da eigentlich ausgebildet werden sollte, dann lautet dieser Satz: Erreichen wollte man – so merkwürdig das für eine atheistische Partei klingt – Gläubigkeit, aber mit dem Wissen, was dem Ketzer passiert!

Das heißt also: Dieses Ausbildungssystem ist eine Mischung; es will zwar den überzeugten Anhänger – selbstverständlich! –, aber andererseits – und das haben die Beispiele, glaube ich, doch gezeigt – den überzeugten Anhänger, der so sehr von der Sache überzeugt ist, daß er nicht danach fragt, was der Gegner, der Feind, derjenige, der gestern noch etwas zu sagen hatte, sagt, sondern nur das akzeptiert, was die Führung heute bestimmt.

Daß dies nicht durchzuhalten ist, habe ich am Ende zu zeigen versucht. Dies war auch eine der Schwächen des Systems. Wenn die Kader nach Stalin alles entscheiden, dann Kader in dieser Form erziehen zu wollen, ist eine ganz andere Frage. Aber ich glaube, das war die Zielsetzung.

Nun sagen Sie, Herr Müller, mit Recht: Wieso war es dann aber 1947/Anfang 1948 anders? Da haben Sie die beiden Hauptpunkte genannt. Es war noch die Einheitspartei. Noch war Rücksicht zu nehmen, nicht nur auf Sozialdemokraten – das ist ja das Interessante –; es sind ja in diese Partei eine große Zahl früherer sogenannter „Abweichler“ zurückgekehrt, und wenn „Sozialdemokratismus“ schon schlimm war, dann war natürlich „Trotzkismus“ – das war ja das Sammelwort – noch sehr viel schlimmer. Diese Leute befanden sich ja bis zu den Säuberungen von 1949/1950 noch mit in dieser Partei. Auf dieser Parteihochschule gab es zahlreiche Lehrer, die in der SAP oder KPO waren. Wer die Dinge kennt, weiß, was das bedeutet. Also, es war klar, daß hier dieser Einfluß eine Rolle spielte.

Zum zweiten war es Taktik. Man wollte beweisen – ich erinnere noch einmal an das Ulbrichtsche Wort –, daß es hier demokratisch zugeht.

Der Bruch Titos mit Stalin einerseits und der Kalte Krieg andererseits sind dann die beiden Einschnitte, die die radikale Veränderung der Parteipolitik, der Organisationspolitik und damit der gesamten SED bringen. Das schlägt nun durch auf diese Ausbildung von Kadern.

Natürlich haben Sie, Herr Modrow, völlig recht, wenn Sie fragen, was alles eine Rolle dabei gespielt hat, daß die Leute nach 1945 dort hineingingen! Wie haben sie es aufgenommen, wie Herr Wolf auch zu Recht sagt?

Es ist differenziert. Darauf kam es mir nicht an. Mir kam es darauf an zu zeigen, wie innerhalb eines Jahres – so könnte man fast sagen –, 1948 und Anfang 1949 praktisch die Führung selbst die gesamten Kriterien für diese Schulung verändert hat. Zunächst ging es selbstverständlich um parteiliches Wissen – es war ja eine Partei, die ihre Leute hier erzog –, aber doch immerhin auch um „Wissen“, das heißt also, durchaus auch das aufzunehmen, was andere sagen, was selbst der Gegner sagt. Dann aber ging es darum, den eigenen

Nachwuchs nur so zu erziehen, daß er in blinder Gläubigkeit – anders kann man das ja gar nicht nennen – folgt.

Natürlich ist auch Marx gelesen worden, natürlich ist Lenin gelesen worden, ab und zu auch Rosa Luxemburg, aber in einer Art und Weise, die eigentlich ohne Bedeutung für einen Schüler einer solchen Institution war, der dann erkennen mußte: Er hat allein der Parteiführung recht zu geben! Dieser Anspruch der Partei, „sie hat immer recht“, wurde also einfach weitergetragen.

Die Frage ist natürlich, welche Rolle der Kalte Krieg in diesem Zusammenhang spielt. Selbstverständlich hat der Kalte Krieg dies alles noch sehr verschärft. Nur weigere ich mich aus meiner Kenntnis heraus zu sagen, diese Veränderungen zum Stalinismus seien eine Folge des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg hat diese Wandlungen verschärft, aber nicht hervorgebracht. Hier ist der Bruch im Weltkommunismus einzubeziehen, nämlich das Abtrünnigwerden von Tito, der plötzlich diese These hineingebracht hat: Alle können verschiedene Wege gehen, nicht das sowjetische Modell allein ist ausschlaggebend. In dem Moment, in dem das umschlägt – wie damals mit Jugoslawien –, muß man selbstverständlich die Disziplinierung vornehmen, und Disziplinierung ist eben nicht nur eine Sache der Überzeugung, sondern auch – ich wiederhole: Ketzertum weiß, was ihm droht – der Angst, die bis in die Partei hineinreicht. Das ist hier zu berücksichtigen.

Eine andere Frage war die von Herrn Hansen, ob die Kaderschulung auf die ganze Bevölkerung übertragen werden sollte. Das glaube ich nicht, denn da kommt das Moment zum Tragen, daß man es hier eben mit der „Avantgarde“ zu tun hat. Dieser Stolz, dieses Selbstbewußtsein kommt da auch mit hinein. Es ist eben ein vielschichtiges Problem. Nur, für die Gesamtbevölkerung galten sicherlich andere Vorstellungen – das zeigen auch die Anfänge etwa des Schulsystems – als diese ausgesprochene Kaderausbildung.

Die Frage der Strategien, nach denen Herr Meckel fragte, kann ich zwar nicht aus eigenem Erleben, aber aus den Funden in Archiven inzwischen doch wohl so beantworten, daß – wie in ganz Deutschland – 1945/46 die Besatzungsmächte allein bestimmten. Das ändert sich schrittweise in den Jahren 1947/48. Aber natürlich hatte in der Sowjetischen Besatzungszone die Besatzungsmacht immer noch das Sagen. Wenn man sich das Parteiensystem – wir haben bei der letzten Anhörung darüber gesprochen – anschaut, sieht man das. Wenn die SMAD bei der Absetzung von Kaiser und Lemmer im Zweifelsfall selbst noch Ende 1947 in das Parteiensystem eingreift, merkt man das deutlich, Ähnliches gilt selbstverständlich für die Strategien.

Natürlich haben die deutschen Kommunisten, insbesondere Ulbricht, versucht, auch in den vierziger Jahren ihre Vorstellungen, die im einzelnen nicht immer mit denen der Sowjetunion identisch sein mußten, zu verfolgen. In den Grundsätzen war das selbstverständlich, aber wenn es etwa um die Frage ging, ob nun ein eigener Staat errichtet werden soll, so kennen wir inzwischen eine

Reihe von Dokumenten, aus denen man ersieht: Die deutschen Kommunisten waren sehr viel mehr bestrebt, so etwas zu machen, als die Sowjetunion aus ihrer Deutschlandpolitik heraus es unbedingt wollte. Es hat ja einige Zeit gedauert, bis etwa auf die Vorstellung, in der SBZ bestehe Volksdemokratie, verzichtet wurde. Das wurde auf sowjetischen Druck hin zurückgenommen, aber es gab diese Unterschiede.

Nur, letztendlich kann man für die vierziger Jahre ganz klar sagen: Es war die Sowjetunion, die bestimmt hat. Ulbricht war nicht einmal „Juniorpartner“, sondern er hat die Weisungen entgegengenommen – was nun nicht heißt, daß er nicht versucht hätte, auf diese Weisungen Einfluß zu nehmen, manchmal in recht fataler Weise.

Eine Frage, die uns allen gestellt wurde, lautete: Warum war die DDR so langlebig? Nach meiner Auffassung war sie es deswegen, weil sie von der Sowjetunion garantiert war. Das war immer meine These: Solange die Sowjetunion die Existenz der DDR garantiert, so lange wird die DDR existieren. Als der Kalte Krieg zu Ende war und die Sowjetunion das nicht mehr tat, ist ein Staat, der aus dem Kalten Krieg heraus entstanden war, dann eben von der Bildfläche verschwunden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schenk, bitte!

Fritz Schenk: Ja, ich schließe da gleich an: Das ist auch meine Meinung. Erstens war es die Garantie der Sowjetunion, die die DDR so lange hat leben lassen. Zum anderen dann – übertragen auf die Sowjetunion –: Sie lebte so lange, wie die tragende Schicht, die Nomenklatura, glaubte, an dem System noch etwas retten zu können und darin noch Verteidigungswürdiges sah. Sie konnte sich nach meinem Dafürhalten nur so friedlich verabschieden, weil am Ende der tragende Kern, die Nomenklatura, eben nichts Verteidigungswürdiges mehr sah und das Regime praktisch kampfflos aufgegeben hat.

Der Ursprung aber, daß sie zunächst einmal dazu standen, war ja das Ringen zweier unterschiedlicher sozialökonomischer Systeme und der Glaube, mit dieser Form des Sozialismus – dem, was Marx und Lenin gesagt haben: im ersten Schritt eine höhere Produktivität als der Kapitalismus und als Folge daraus ein höherer Lebensstandard usw. – eine bessere Sozialordnung erreichen zu können.

Ich muß sagen, bei den Altfunktionären, mit denen ich zu tun hatte und die aus dem wirtschaftlichen Bereich kamen, ist der Groschen, wie ich finde, erst sehr spät gefallen, daß Sozialismus unter dem Vorzeichen des östlichen Systems, wie sie ihn gestaltet haben, ja nicht nur die Enteignung der großen Kapitalisten, des Kapitals schlechthin bedeutete, sondern eben bedeutete, mit der Schaffung dieser Staatswirtschaft alle zu enteignen.

Das ist den meisten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als alles Geld verloren war, als auch der Westen seine Währungsreform durchführte, gar nicht bewußt

geworden. Aber daß mit der Enteignung der großen Kapitale die vielen kleinen Spar-, Renten- und Versicherungsansprüche und sonstigen Ansprüche, die es ja zu dieser Zeit alle schon gegeben hatte, ebenfalls futsch waren und welche ungeheuren Familientragödien dadurch ausgelöst worden waren, war meinem damaligen Chef Bruno Leuschner, der am Anfang auch noch Vorsitzender der Sequesterkommission gewesen war und mit dessen Unterschrift die vielen Enteignungen stattgefunden hatten, durchaus bewußt. Er hat deshalb immer wieder – es gab ja viele Härtefälle, bei denen ich ihn dann bemuttert habe – gesagt: Das muß doch funktionieren! Wir können uns doch nicht geirrt haben! Was habe ich angerichtet!

Dieses Bewußtsein war durchaus vorhanden. Nur, am Ende sah man nichts Verteidigungswürdiges mehr; genau das Hauptziel, eine bessere, effektivere Ordnung auf die Beine zu stellen, war nicht erreicht worden.

Damit komme ich zurück auf die Frage: Warum dann so lange? – Da sehe ich einen wesentlichen Teil des Verschuldens eben auch auf der westlichen Seite, und zwar nicht in der Form, daß ich jemals eine Embargo- oder Blockadepolitik befürwortet hätte, sondern ich habe eigentlich immer dazu angeregt, die Wirtschaftsbeziehungen mit der östlichen Seite eher zu liberalisieren und die andere Seite zu zwingen, sich unseren Modalitäten anzupassen, statt daß wir uns ihren anpassen – mit dem ganzen staatlichen Anteil, den Warenlisten usw..

Dann kam in den siebziger und achtziger Jahren die Kreditgroßzügigkeit noch hinzu, so daß man sich über eine ganze Reihe von Transferleistungen und die hohe Verschuldung, wie ich finde, über die letzten zehn Jahre gerettet hat, so daß nach meiner Überzeugung ohne die westliche Großzügigkeit erstens die Hochrüstung nicht möglich gewesen wäre und das System zum anderen wahrscheinlich auch eine ganze Weile früher zusammengebrochen wäre.

Zum nächsten Punkt, den Sicherheitsfragen: Sind nicht auf die DDR ganz bestimmte Dinge übertragen worden? – Ja und nein! Als erstes muß ich hinzufügen, daß wir die Voraussetzungen für die Mauer, die technischen und sonstigen Voraussetzungen, in jener Zeit des Frühjahres 1952 und über 1952 hinaus geschaffen haben. Praktisch war alles schon einmal am 17. Juni gelaufen: Trennung des Berliner Telefonnetzes, die Umkehrweichen an den S- und End-Bahnhöfen, die Störung der Wasser- und sonstigen Versorgung usw., so daß Berlin während des Aufstandes am 17. Juni und danach schon einmal 14 Tage geteilt war. Das funktionierte durchaus; das war technisch vorbereitet, und ich kenne es nicht anders, als daß es eine der Bestrebungen von Ulbricht war, das alles so vorzubereiten: Auf Dauer werden wir uns nicht halten können, ohne daß die Mauer kommt!

Das zweite war dann aber zu aller Zeit das Wissen, daß sich ohne die sowjetischen Bajonette – siehe 17. Juni, siehe später Ungarn, siehe später Tschechoslowakei – die einzelnen Satellitenstaaten nicht hätten halten können.

Das wäre nicht gegangen. In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion ihre absolute Dominanz über die Staaten zurückzog – siehe Ungarn, Polen usw. –, kam es zu den Reformen, brachen sie aus, und dann war es schließlich passiert.

Letzter Punkt – die Entscheidungen im Politbüro –: Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich nicht weiß, ob ausdrücklich beschlossen worden ist, wie Beschlüsse zustande gekommen sind. Ich kenne die Dominanz des Generalsekretärs, die freiwillige Einbindung in dieses Kollektiv, die Angst davor, als Sektierer, Ausbrecher etc. angesehen zu werden. Denn eine wesentliche Rolle spielte auch: Wer herausfiel aus diesen Höhen, stürzte tief und war isoliert mit allen Konsequenzen, so daß es im Grunde genommen über die weitesten Strecken eine freiwillige Einbindung war.

Die sogenannten Fraktionsgeschichten in den fünfziger Jahren – das waren Nachtragsgefechte mit Dahlem und anderen aus stalinistischer Säuberungszeit, Spanienkrieg, Kriegszeit, unterschiedliche Gruppen usw. und hatte nicht so sehr etwas mit Differenzen um die gegenwärtige Politik zu tun.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nun noch Herr Professor Seiffert!

Prof. Dr. Wolfgang Seiffert: Ich beginne mit der Langlebigkeit, weil ich mich da gleich meinen Vorrednern anschließen kann: Nach meiner Überzeugung hat die Sowjetunion immer die machtpolitische Garantie für den Bestand der DDR gegeben. Das war die einzige Garantie, die bestand. Die hat ziemlich lange bestanden. Aber man muß hinzufügen: Sie war nicht auf ewig festgeschrieben, sondern sie war auch von der Interessenlage der Sowjetunion abhängig. Insofern hätte sie auch früher beendet sein können, als sie beendet worden ist.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Das ist aber Spekulation!)

– Nein! – Neben der machtpolitischen gab es auch noch eine ökonomische Bestandsgarantie. Wie lange die Sowjetunion diese Garantie aufrechterhalten konnte, hing überhaupt nicht vom Willen der Führung in Moskau ab, sondern von ganz harten ökonomischen Fakten. Diese Garantie ist schon viel früher zusammengebrochen.

Damit sind wir bei der zweiten Frage, nämlich nach dem Verhalten des Westens und bei der Frage – sie kam, glaube ich, von Ihnen, Herr Hansen – nach der Einordnung der KSZE; Sie meinten dabei ja wohl vor allen Dingen den Dritten Korb.

Dazu müßte man natürlich mehr sagen, als sich jetzt in zwei Sätzen begründen läßt. Aber daß die Westmächte mit dem Dritten Korn eine bewußte Politik mit den Resultaten, die dann in Osteuropa eingetreten sind, betrieben hätten, trifft ganz sicher nicht zu, sondern man war über die Wirkung, die dieser Korb III ausgelöst hat, im Westen genauso überrascht wie im Osten.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Nein, darüber hat man jahrelang verhandelt! Da haben Sie wirklich keine Ahnung.)

– Herr Soell, ich habe das Wort, um auf die Fragen zu antworten. Sie müssen damit ja nicht einverstanden sein. Das setze ich überhaupt nicht voraus.

Das zweite ist: Bei der KSZE gibt es nach meiner Überzeugung noch einen zweiten Denkfehler, nämlich die Annahme, daß diese KSZE-Konferenz insbesondere mit dem Korb III im Schlußdokument von Helsinki die Entwicklung in Osteuropa erst ausgelöst hätte. Das ist meines Erachtens eine völlige Fehleinschätzung, denn die Menschenrechtsbedingungen in der KSZE-Schlußakte können doch nur dort eine solche Wirkung erzielen, wo entsprechend negative Verhältnisse vorhanden sind. Die Dokumente sind doch ohne weiteres in der Bundesrepublik, in Frankreich usw. ebenfalls veröffentlicht worden und haben hier überhaupt keine Bewegung ausgelöst, weil sie nicht auf einen Zustand getroffen sind, der der Abänderung im Interesse der Menschen bedurfte. Also lagen die Ursachen für diese Entwicklung in den Verhältnissen in Osteuropa selbst.

Was mit der KSZE-Akte und den weiteren Folgekonferenzen geschehen ist, ist praktisch die Schaffung außerordentlich günstiger Bedingungen, die von außen gesetzt worden sind, die aber nur Wirkung haben konnten, wenn im Innern entsprechende Verhältnisse vorhanden waren.

Was das vierte „Essential“ angeht, so wundert es mich überhaupt nicht, daß das hier so auf – na, sagen wir einmal – Verwunderung stößt. Zunächst einmal, Herr Dr. Mitter, habe ich das keineswegs ausschließlich international begründet, sondern ich habe am Anfang zur Begründung dieser These ausdrücklich gesagt: Es herrschte eine tiefe innere Krise in der DDR, die Menschen sind weggelaufen, und man mußte ernsthaft darüber nachdenken: Wie kann man verhindern, daß das Volk weiter davonläuft? Ich bin also von den inneren Bindungen ausgegangen.

Aber ich gebe Ihnen, Herr Soell, recht: Allein mit den paar Sätzen, die ich dazu gesagt habe, kann man meine These nicht begründen. Ich habe sie ja schon öfter begründet, nicht nur hier, sondern auch an anderer Stelle, und es gibt genügend Analysen, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Ich denke nur an das dicke Buch „The Wall“, in dem darüber geschrieben wird, oder an die Untersuchung von Hans Peter Schwarz, der auch eine ausführliche Dokumentation über die Versuche des damaligen bundesdeutschen Botschafters Grewe in den Vereinigten Staaten, bei Kennedy ein solches viertes Essential durchzusetzen, veröffentlicht hat. Das ist nicht deshalb gescheitert, weil ein solches viertes Essential strategisch prinzipiell falsch war, sondern deshalb, weil eben die politische Zusammensetzung in Washington damals so war; Eleanor Dulles hat in einem Interview zum 25. Jahrestag des Mauerbaus ausdrücklich bestätigt, daß Grewe damit nicht durchgekommen ist.

Also, es gibt genügend weitere und andere Begründungen für diese These. Wenn Sie beispielsweise auf Kuba verweisen, dann möchte ich sagen: Wenn der Westen damals in der Frage des Mauerbaus zum Beispiel mit dem vierten Essential aufgetreten und damit durchgekommen wäre, dann hätte sich Chruschtschow wahrscheinlich bezüglich Kuba gar nicht mehr getraut, denn Chruschtschow ist ja gescheitert, weil er über die Kräfte, über die die Sowjetunion überhaupt verfügte, hinausgegangen ist und etwas getan hat, was nach russischen Vorstellungen – ob in kommunistischen oder zaristischen Zeiten – immer das Schlimmste ist, was man machen kann: Rußland selber in das Risiko einzubringen.

Das war der entscheidende Grund, warum Chruschtschow gehen mußte und warum sich Kennedy in Kuba durchgesetzt hat.

(Widerspruch des Abg. Prof. Dr. Soell (SPD))

– Ich sage nochmals: Mir geht es nicht darum, Sie von Ihrer Meinung abzubringen. Ich sage nur, welches die Begründung dafür ist, und mit dieser Meinung stehe ich nicht etwa als Outsider allein da, sondern selbst der amerikanische Präsident Reagan hat diese Auffassung vertreten und Kennedy in diesem Punkt kritisiert. Er hat nicht wörtlich von dem „vierten Essential“ gesprochen, aber kritisiert, daß er nicht den Stacheldraht weggeräumt hat.

Es ist deswegen meines Erachtens so wichtig, über diese Fragen zu diskutieren – von mir aus auch nicht heute, wegen der Zeit, aber weiterhin zu diskutieren –, weil ohne den Mauerbau – ich meine den quer durch Berlin –, wenn er verhindert worden wäre, zum Beispiel mit dem vierten Essential, die politische Landschaft der Parteien in der alten Bundesrepublik eine andere gewesen wäre, und auch die Entwicklung in der DDR. Die Änderung, die Willy Brandt für sich selbst oder die damalige Sozialdemokratie für sich vorgenommen hat, ist erst nach dem Mauerbau und aus Enttäuschung darüber erfolgt, daß der Westen nicht so prinzipientreu gewesen ist, wie es zum Beispiel Willy Brandt geglaubt hat. Lesen Sie seine Briefe. Ich habe selbst mit ihm darüber gesprochen.

Niemand würde heute zum Beispiel wissen, wer Egon Bahr ist, wenn das vierte Essential durchgesetzt worden wäre. Sie kennen die bekannte Formel für seine Politik der Änderung; ohne den Mauerbau wäre sie ihm nie über die Lippen gekommen. Deswegen ist das eine – wie zum Beispiel auch Stürmer schreibt – Zäsur in der Deutschlandpolitik in der Geschichte nach 1945 gewesen. Unter diesen Umständen halte ich es für eine prinzipielle Angelegenheit, darüber zu diskutieren und Klarheit zu schaffen. Ob man meine Meinung teilt oder nicht, ist eine ganz andere Frage; die ist nicht so bedeutend. Entscheidend ist, sich über diese Frage einmal klar zu werden.

Und es ist doch die Frage: Wie begegnet die Demokratie den Diktaturen? Wo ist die Grenze, an der man sozusagen die eigene Existenz leichtsinnig aufs Spiel setzt, und wo ist umgekehrt die Grenze, an der man durch eine zu

schnelle Nachgiebigkeit die Entwicklung negativ beeinflußt? – Das also zu dieser prinzipiellen Frage!

Zu der Frage von Herrn Modrow: Ich habe mit meiner Feststellung nur noch einmal unterstreichen wollen, daß es in der SED – und in jener Zeit hieß sie dann ja SED/PDS oder PDS/SED – auch in dieser Übergangszeit keine offizielle Stellungnahme dieser Partei gab, nach der sie zu einer nationalen Politik zurückgefunden hat. Es geht jetzt auch nicht um die Frage, wer recht hatte, sondern es ist eine prinzipielle Frage, warum die DDR gescheitert ist.

Ich habe es vorhin in einem kurzen Satz anzudeuten versucht: Eine Partei, die sich von ihrer eigenen Nation löst und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit ihrer Nation aufgibt, verurteilt sich selbst zum Untergang.

In diesem Zusammenhang möchte ich zu der Frage, warum die DDR so lange existiert hat, noch einen anderen Gedanken über das hinaus, was hier schon gesagt worden ist, was ich teile und nicht wiederholen möchte, anmerken. Ich glaube, es hat in den Jahren unmittelbar nach 1945 – ich bin allerdings erst im Dezember 1949 nach Deutschland zurückgekommen – bei Menschen wie mir – ich bin mit 18 Jahren in den Krieg gegangen, mit 19 Jahren in Kriegsgefangenschaft geraten, mit 25 Jahren wieder nach Hause gekommen –, bei vielen Menschen meiner Generation natürlich ernsthafte Überlegungen gegeben: Was ist das für eine politische Ordnung, die – wie Deutschland – zweimal in solche Weltkriege hineingeschlittert ist? Und gibt es etwas anderes, was man an diese Stelle setzen kann? Da bot sich eine andere Ordnung zunächst einmal an.

Wer in russischer Gefangenschaft war wie ich oder wer in Ostdeutschland, in der Sowjetischen Besatzungszone lebte, für den bot sich das an. Wenn Sie dann aus der Weimarer Republik feststellen mußten, daß es zwei Parteien gab, die im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur besondere Blutopfer gebracht haben – das waren die Sozialdemokraten und die Kommunisten, die Kommunisten sogar prozentual in noch höherem Umfang –, dann war es doch logisch, daß man sich mit diesem System befaßte und daß dann in dem Gebiet der SBZ beziehungsweise der späteren DDR viele aus solchen Gründen in die Sozialistische Einheitspartei eingetreten sind.

Ein weiterer Grund für die Langlebigkeit der DDR war natürlich auch folgendes: Das Politbüro der SED – gleichgültig, wie besetzt – hat später ja eine fleißige Bevölkerung vorgefunden, die arbeiten konnte und arbeiten wollte und die immer wieder die Hoffnung aufgerichtet hat: Vielleicht schaffen wir es doch, besser zu werden.

Das „Neue Ökonomische System“ beispielsweise ist ja damals von weiten Teilen der Bevölkerung als ein solcher Versuch aufgegriffen und mit sicherlich illusionären Hoffnungen verbunden worden, aber die Bevölkerung hat nicht nur gesagt, „vielleicht wird es was“, sondern sie hat gearbeitet und versucht, in diesem Sinne tätig zu werden.

Nun noch zu Herrn Thierse wegen der Rolle des Rechts: Natürlich kann man das differenzieren, aber – so möchte ich sagen – innerhalb des Platzes, den ich generell für das Recht in einer solchen politischen Ordnung zu finden versucht habe. Natürlich war es im Blick auf das Wirtschaftsrecht der DDR nicht nur der Wunsch, Macht auszuüben, sondern dort setzte sich auch – zum Teil durch den Einfluß bestimmter Wissenschaftler auf diesem Gebiet – die Erkenntnis durch, daß man auch eine so organisierte Staatswirtschaft überhaupt nicht ohne rechtliche Ordnung funktionstüchtig betreiben kann. So wurden entsprechende Rechtsordnungen ausgearbeitet.

Aber wenn es darum ging, die SED – oder vor allen Dingen das Politbüro – an das Recht zu binden, so gab es nicht einmal eine Bindung innerhalb des Wirtschaftsrechts. Es gab einmal einen Entwurf einer Stabilisierungsverordnung der DDR, die lag bei Stoph auf dem Tisch; der hat sich das durchgelesen und hat gesagt: „Das kommt doch überhaupt nicht in Frage, daß wir so etwas machen!“

Ein anderes Beispiel: Wir haben für die Rechtsberatung des RGW in Moskau Abkommen über Spezialisierung und Koordinierungsabkommen vorbereitet. Da wurde ich gefragt – damals war der Vertreter der DDR Dr. Gerhard Weiß –: „Wenn also die Polen ihre Verpflichtung hier nicht erfüllen, dann können wir sie nach dieser Ordnung im RGW mit Sanktionen – Schadensersatz usw. – belegen?“ „Ja, selbstverständlich!“ – Dann hat er drei Minuten überlegt und gefragt: „Ja, und wenn wir verletzen?“ – Ich sagte: „Na, das ist im Recht so; das ist dann umgekehrt auch so!“ – „Ja, dann wollen wir uns das noch einmal überlegen, ob wir das machen.“

Also, selbst in diesen an sich ganz pragmatischen Fragen – wenn man einmal die Eigentums- und Wirtschaftsordnung als gegeben ansieht und darüber nicht diskutiert, sondern nur einmal systemimmanent die Frage stellt –, selbst in diesem Bereich herrschte eine absolute Scheu davor, der Zentrale der SED usw. die Hand zu binden. Man wollte sozusagen frei sein: Wir haben am Freitag dies und jenes beschlossen, die Untertanen sind daran gebunden, und Montagfrüh kommt das Politbüro, Dienstag tagen wir, und wir sehen das wieder anders; dann wird das eben abgeändert.

Wenn Herr Hansen gefragt hat, ob das so eine metaphysische Geschichte ist, dann möchte ich sagen: Ja, sicher, das ist es; deswegen mein Vergleich mit den Fürsten! Die Macht waren sie selber. Souverän war nicht der Staat, sondern der Fürst; der machte die Gesetze. Und wenn er am Montag sagte: Herr Hansen, Sie haben jetzt die und die Rechte, und am Dienstag sagte, Sie haben sie nicht mehr, dann war das alles völlig in Ordnung. So – ganz vereinfacht – hat das Politbüro die Dinge gesehen.

Dann kam noch etwas hinzu, was Herr Weber aus seiner langjährigen Untersuchung der Geschichte des Kommunismus in Deutschland sicherlich weiß, daß nämlich die Kommunisten in Deutschland mit dem Recht nie viel

im Sinn hatten, sondern es eigentlich als etwas Bürgerliches, an die bürgerliche Gesellschaft Gebundenes angesehen haben.

Bei einer Diskussion im Politbüro hat Hanna Wolf – da wurde über irgendwelche Abweichungen diskutiert – gesagt: „Ja, die sind aber kluge Anwälte!“ Da hat Ulbricht gesagt: „Na ja, Juristen waren die Abweichler immer.“ – Darin kam so die ganze innere Einstellung zum Recht zum Ausdruck.

Deswegen glaube ich schon: Der Vergleich sowohl mit dem Fürstentum als auch mit dem Islam ist gar nicht so sehr von der Hand zu weisen, auch wenn Analogien immer irgendwo ein bißchen hinken.

Die letzte Frage, die mir gestellt wurde, bezog sich auf den Begriff „Naturereignis“. Ich habe nicht gesagt, daß es ein Naturereignis gewesen sei, ich habe nur gesagt: Es ist über bestimmte politische Kräfte in der früheren Bundesrepublik hereingebrochen „wie ein unerwartetes Naturereignis“. Natürlich hat es in allen Parteien unterschiedliche Positionen zur deutschen Frage gegeben und mit unterschiedlichem Gewicht in den einzelnen demokratischen Parteien. Die einen waren der Meinung: Die Zeit ist so weit vorangeschritten, daß es am besten ist, wenn wir die Präambel des Grundgesetzes ändern.

Ich habe hier das Buch „Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes“, herausgegeben von den Abgeordneten Dieter Haack (SPD), Hoppe, Lintner und mir. Da haben sich damals alle Parteivorsitzenden zu meinem größten Erstaunen selber hingestellt und einen Artikel geschrieben. Ich hätte nie geglaubt, daß ich einmal ein Buch herausgebe, in dem Herr Kohl einen Artikel schreibt. Es ist erschienen zum 35. Jahrestag des Grundgesetzes. Lesen Sie einmal nach, wie sich darin die Parteien alle geäußert haben.

Ich habe damals eben immer – das muß ich sagen – in der Bundesrepublik auch als gewisser Outsider gesagt: Leute, das System ist nicht lebensfähig, nicht nur das in der DDR, sondern auch das in der Sowjetunion; es ist nicht lebensfähig, und innerhalb der nächsten zehn Jahre, in diesem Jahrhundert, wird die Wiedervereinigung kommen! Dann sage ich mir: Ich bin doch nicht ein kluger Mann; es gibt doch viele Männer und Frauen, die viel klüger sind als ich. Wenn man das nicht sehen wollte oder konnte, dann hat man irgend etwas anderes im Sinn gehabt. Und das war die Status-quo-Politik.

Die Status-quo-Politik, die ja in gewissen Aspekten und Zeiten ihre Berechtigung hatte – ich bestreite das gar nicht –, ist dann eben in eine Ideologie übertrieben worden, wenn es hieß: Jede Änderung des Status quo bedeutet Instabilität in Europa und darf folglich nicht stattfinden. Damit sagte man ja eigentlich: Die Wiedervereinigung darf nicht stattfinden, denn sie ist eine gravierende Veränderung des Status quo.

Es gibt heute sicherlich manche, die sagen bei der Entwicklung a) in Jugoslawien, b) in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und c) bei den

Schwierigkeiten, die wir jetzt mit der inneren Vereinigung haben: Wir haben vielleicht recht gehabt; wir hätten das trotz Seiffert nicht machen sollen!

Aber meine These lautet ja nur: Man konnte das voraussehen und war wider besseres Wissen nicht rechtzeitig auf diese Entwicklung vorbereitet.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Weber, Herr Schenk und Herr Seiffert, ganz herzlichen Dank für Ihr Mitwirken hier. Ich danke Ihnen auch, daß Sie so viel Selbstbewußtsein hatten, daß Sie es ausgehalten haben, als Sie feststellten, daß bei uns einige anderer Meinung waren als Sie. Aber was hat eine Anhörung für einen Sinn, wenn wir uns immer nur wieder das sagen, was wir selber alles schon wissen? Von daher jetzt nochmals ganz, ganz herzlichen Dank!

Wir unterbrechen jetzt kurz die Anhörung und möchten um 17.05 Uhr fortfahren.

(Unterbrechung von 16.50 Uhr bis 17.05 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Einstimmung auf die dann folgende Fragerunde mit Zeitzeugen haben wir einen Mitarbeiter des Sekretariats der Enquete-Kommission, Herrn Thomas Ammer aus Bonn, gebeten, einige Ausführungen zu Strukturen und Methoden der Machtausübung in der DDR zu machen. Ich möchte Sie um Ihre Aufmerksamkeit für diesen Vortrag bitten.

Thomas Ammer: Es geht bei der Anhörung, die wir heute durchführen, u. a. um zwei Problemkreise, die bei der Machtausübung und Machterhaltung der SED-Führung eine wichtige Rolle spielten: Das ist erstens die Frage, wie die Machthierarchie in der Funktionärsschicht aufgebaut, erhalten und regeneriert wurde und wie die Zuverlässigkeit dieser Schicht zu garantieren war. Der zweite Problemkreis ist, wie Entscheidungen vorbereitet, gefällt, ausgeführt und kontrolliert worden sind.

Natürlich sind dies Problemkreise, die für die Existenz der DDR nicht allein maßgeblich waren. Andere Dinge, die vorhin schon angesprochen wurden – der sowjetische Einfluß, die Wirtschaftslage usw. – spielten auch eine Rolle. Davon wird jetzt nicht die Rede sein.

Ich befasse mich im wesentlichen mit Vorgängen nach dem IX. Parteitag der SED 1976. Frühere Ereignisse werde ich nur ausnahmsweise ansprechen.

Eine ganz entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren der SED-Diktatur war die Existenz einer ganz eng mit der Parteispitze verbundenen Schicht von Partei- und Staatsfunktionären, die die Politik der Führung ausführte, sie gegenüber den Bürgern insgesamt vertrat und erforderlichenfalls auch mit Zwangsmitteln durchsetzte. Nach Schätzungen, die ich jetzt nicht im einzelnen belegen kann, aber nach verschiedenen Berechnungen herausbekommen habe, dürfte diese Funktionärsschicht etwa einen Anteil von

3 % der erwachsenen DDR-Bevölkerung von ungefähr 12 Millionen Bürgern umfaßt haben, also eine Zahl von etwa 350.000 bis 400.000 Funktionären. Das sind weit weniger als die 2,3 Millionen SED-Mitglieder im Jahre 1989, aber immerhin noch eine ganz respektable Zahl.

Diese Funktionärsschicht kann man nun wieder in zwei Gruppen untergliedern. Das sind nur Arbeitsunterscheidungen. Insbesondere darf man die Zahlen der einzelnen Gruppen nicht addieren, weil beide sich überschneiden.

Das sind einmal die SED-Mitglieder als Funktionäre in der SED selbst, in den Massenorganisationen und in den Volksvertretungen. Da kommt man auf die immense Zahl von etwa 1,8 Millionen Funktionärsträgern. Dabei sind von den Massenorganisationen hier nur die beiden wichtigsten, FDGB und FDJ, berücksichtigt. Als Angehörige der Funktionärsschicht, die hier für uns von Interesse ist, kann man allenfalls etwa 300.000 Personen ansehen. Dazu könnte man die etwa 100.000 Parteisekretäre und Mitglieder von SED-Bezirks- und -Kreisleitungen, die meisten der etwa 44.000 hauptamtlichen SED-Parteimitarbeiter – eine Zahl, die Gysi 1989 genannt hat – und etwa 150.000 Funktionäre in den Massenorganisationen und anderen gesellschaftlichen Organisationen zählen.

Die zweite Gruppe sind die Bediensteten im Militär- und Sicherheitsapparat, soweit es sich um Offiziere und Parteifunktionäre handelt, also insbesondere die große Mehrzahl der Angehörigen des MfS – ich schätze, etwa 100.000 kann man dazu zählen –, Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei – vielleicht etwa 30.000 – und außerdem etwa 150.000 Funktionäre im Staats- und Sicherheitsapparat.

Es gibt einige Hinweise aus den Zeiten vor 1989 auf die zahlenmäßige Stärke dieser Funktionärsschicht, die für das Funktionieren des SED-Regimes wirklich von Bedeutung war. Das sind Zahlenangaben über das sogenannte Parteiaktiv – etwa 250.000 bis 300.000 – und Zahlen über die Nomenklaturkader.

Dazu eine kurze Erklärung: Das Parteiaktiv war eine Gruppe von besonders zuverlässigen und einsatzbereiten Funktionären, teilweise ein fester Kern, teilweise eine flexible Gruppe, die die Partei für besonders dringende Aufgaben heranzog, auch im Krisenfall, also etwas wie eine Eingreiftruppe. Die Nomenklaturkader, von denen viele gleichzeitig dem Parteiaktiv angehörten, waren jene Funktionäre in SED, Massenorganisationen, Staatssicherheit und Wirtschaftsapparat, die die Parteileitungen der jeweiligen Ebenen als geeignet ansahen, bestimmte Positionen in diesen Apparaten, die in den Nomenklaturen, also sehr differenzierten Verzeichnissen, aufgeführt waren, auszufüllen.

Der Personenkreis, der vom Nomenklatursystem erfaßt war, umfaßte auch um 300.000 Funktionäre. Das kann man aus Angaben über die Schulungen entnehmen, die für diese Nomenklaturkader stattfanden. Von 1971 bis 1980 sind da in Weiterbildungslehrgängen 339.000 erfaßt worden, von 1981 bis

1986 wiederum 320.000. Das gibt eine ungefähre Vorstellung über die Größenordnungen, die hierbei eine Rolle spielen.

Die Regeln, die die Aufnahme in diese Funktionärsschicht und die Laufbahn der Angehörigen bestimmten, sind mit wenigen Ausnahmen in der DDR nie allgemein veröffentlicht worden. Eine der ganz wenigen Ausnahmen ist ein Beschluß des ZK-Sekretariats vom 7. Juni 1977, der die Pflichten dieser Nomenklaturkader aufführt, und zwar ähnlich umfassend und unerfüllbar, wie man sie auch im Statut und im Programm der SED findet. Aus der Praxis ist allerdings durchaus bekannt, welche Kriterien die Karrieren von Kadern bestimmten: politisch-ideologische Zuverlässigkeit, sehr oft auch fachliche Qualifikation, familiärer Hintergrund – charakteristisch ist, daß sich große Teile der Funktionärsschicht aus sich selbst heraus regeneriert haben –, keine Westverwandtschaft oder Verzicht auf jegliche Westkontakte, Loyalitäts- und Leistungsnachweise. Hier hat z. B. der bekannte Ordenssegen durchaus seine Bedeutung als Signalgeber.

Dabei muß man natürlich berücksichtigen, daß solche Kriterien nicht absolut Gesetz waren. Persönliche Beziehungen etwa eines höheren Funktionärs, der jemanden haben wollte, haben sehr oft eine große Rolle spielt und diese Regeln durchbrechen können. Es konnte also durchaus passieren, daß jemand in den Justizapparat aufstieg, auch wenn ein Elternteil im Lager oder im Gefängnis war, oder daß jemand in einem Ministerium eine hohe Position behielt, auch wenn die Ehefrau sich weigerte, die Westkontakte abzubreaken. Aber das waren Ausnahmen. Für die große Masse der Funktionäre galten solche Regeln.

Heute stellt sich nun für uns die Frage, die man vielleicht nachher diskutieren kann und in Zukunft noch länger diskutieren muß, in welchem Ausmaß das Nomenklatursystem und die Praktiken der Kaderpolitik der SED in der Masse der Partei- und Staatsfunktionäre bekannt waren, inwieweit der einzelne Funktionär eigentlich über seinen Platz in diesem System und den Entwicklungsweg, den man ihm in seinen Kaderakten vorgezeichnet hatte, die ihm normalerweise nicht voll zugänglich waren, informiert war.

Interessant wäre auch, zu erfahren, in welchem Ausmaß dieses System in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR-Geschichte noch dem sowjetischen Vorbild entsprach und welche Motive manchen Details zugrunde lagen, z. B. der gigantischen Aufblähung dieses Systems, die eine riesige Kaderbürokratie mit der Folge schwerfälliger Abläufe von Personalentscheidungen, Hemmnissen für den Aufstieg befähigter Funktionäre usw. zur Folge hatte.

Schließlich sollte man auch danach fragen, welche Möglichkeiten ein Spitzenfunktionär, also etwa ein ZK-Sekretär, ein Politbüromitglied, ein wichtiger Minister eigentlich hatte, sich seine nächsten Mitarbeiter persönlich auszusuchen, also zu entscheiden, wen er haben und wen er eventuell vom Vorgänger

nicht übernehmen wollte, welche Möglichkeiten er also hatte, da die Regeln des Nomenklatorsystems zu durchbrechen.

Die Funktionärshierarchie ist durch eine Fülle von Regeln, Strukturen und Einzelmaßnahmen gestaltet und für lange Zeit stabil gehalten worden. Ich möchte nur einige der wichtigsten an dieser Stelle nennen.

Allgemein bekannt – und darüber wird viel geredet – sind die Privilegien, wie sie nur unter den Bedingungen einer Mangelversorgung, wie sie in der DDR bis 1989 bestand, zu verstehen sind, also bevorzugte Wohnraumzuweisung, Zuweisung hochwertiger Konsumgüter, teilweise bessere Entlohnung als im Durchschnitt, berufliche Karrierechancen, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder und, zumindest teilweise, ein gewisser Schutz vor den Augen und Ohren des Mfs, sofern man eine bestimmte Höhe in der Funktionärshierarchie erreicht hatte.

Wenn man all diese Privilegien betrachtet, so waren sie für die große Masse der Funktionäre keineswegs besonders beeindruckend und konnten sicherlich die Belastungen, die mit der Ausübung von meist mehreren politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Funktionen verbunden waren, nicht ausgleichen: erheblicher Freizeitverlust, teilweise Isolierung in der Bevölkerung, Verbot von Westkontakten, damit also auch Verbot des Besitzes von Westdevisen, Verbot von Westreisen usw. Wenn man sich die zeitliche Belastung im Zusammenhang mit Wahlkampagnen, Parteilehrjahr, gesellschaftlichen Einsätzen usw. ansieht, stellt man sich immer wieder die Frage, wieso eigentlich Hunderttausende von Funktionären das haben mit sich machen lassen für das bißchen, was sie davon gehabt haben. Diese Frage kann ich nicht beantworten, das müssen andere tun.

Tatsache ist jedenfalls, daß der Besitz dieser echten oder auch scheinbaren Funktionärprivilegien die Besitzer in eine Art Abhängigkeitsverhältnis von der SED und dem Apparat brachte, aus dem man sich nur schwer lösen konnte, weil eben bei Insubordination der Privilegienverlust drohte, also Verlust des der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatzes, eventuell Verlust des Ausbildungsplatzes der Kinder, Auswirkungen auf den Ehepartner und dergleichen mehr – also alles Verluste, die doch recht schwer wogen und viele daran gehindert haben, einmal ein deutliches Wort zu sprechen.

Mit Hilfe der bekannten Prinzipien von der stets zunehmenden Führungsrolle der Partei – gemeint ist natürlich die der Parteispitze – und des „demokratischen Zentralismus“, also der absoluten Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die unteren einschließlich Vorgaben der Kaderpolitik, ergab sich eine Kompetenzhierarchie für die Funktionäre, wobei die Staatsfunktionäre und die Funktionäre der Massenorganisationen immer hinter den Parteifunktionären rangierten, sofern sich nicht eine wichtige Staatsfunktion mit einer wichtigen Parteifunktion, etwa bei Politbüromitgliedern und einem Teil der ZK-Mitglieder, deckte.

Regeln wie „demokratischer Zentralismus“, Parteidisziplin, Fraktionsverbot und wie das alles heißt, haben nicht nur für die Erhaltung der Hierarchie gesorgt, sondern bis unmittelbar vor dem Ende des Regimes weitgehend offene Diskussionen verhindert, dringend nötige Entscheidungen verzögert oder unmöglich gemacht, das Abschieben von Verantwortung zur Folge gehabt usw.

Bis heute ist die Frage noch nicht vollständig beantwortet, warum die große Masse des Funktionärskorps, der ja doch etwas an der Erhaltung des bestehenden Machtsystems lag, bis zum letzten Moment oder bis vier Wochen vor dem Ende der DDR ausgehalten und diese starren Regeln befolgt hat, obwohl man doch ohne weiteres sehen konnte, daß gerade die Befolgung dieser starren Regeln das Ende des Systems herbeiführen mußte.

Am Ende trat dann die Situation ein, daß die Loyalität des Funktionärskorps verlorenging. Diese Loyalität konnte nur so lange gewährleistet werden, wie die Spitzenfunktionäre imstande waren, das bestehende Herrschaftssystem und die tatsächliche oder scheinbare Machtbeteiligung der Funktionäre zu erhalten. Als die Unfähigkeit der Spitze von niemandem mehr übersehen werden konnte, lief alles in der bekannten Weise auseinander.

Die Parteiführung hat es verstanden, ihre Funktionäre und zum Teil auch die einfachen Mitglieder durch Kataloge letztlich unerfüllbarer Anforderungen in Programm und Statut der SED und in anderen Grundsatzbeschlüssen der Kaderpolitik und sonstigen Normen in ein drückendes Abhängigkeits- und Schuldverhältnis zur Zentrale zu versetzen. Wer sich die Mühe macht, die Anforderungen an die Mitglieder im Statut der SED durchzulesen, kann nur in einen psychologischen Zustand der Bedrückung verfallen, denn diese Anforderungen sind von keinem zu erfüllen, auch vom Engagiertesten nicht, so daß also jedes Mitglied, das irgendwann in Konflikt mit höheren Leitungen geriet, eine Angriffsfläche bot und jederzeit attackiert werden konnte, daß es dieses und jenes, was das Statut verlangte, nicht erfüllt hat.

Zu dieser Taktik, das gesamte Parteivolk und die Masse der Funktionäre in moralische und psychologische Abhängigkeit von der Führung zu bringen, gehörten die bekannten Mitgliederüberprüfungen, die sich im letzten Jahrzehnt der DDR häuften. Eine war 1981, eine 1985, und eine sollte im Herbst 1989 stattfinden, scheiterte aber am Ende der SED. Diese Überprüfungen waren nicht mehr wie im Jahre 1951 eine großangelegte Säuberung, trafen also nicht mehr Hunderttausende, sondern nur noch wenig tausend. Aber durch die sogenannten „vertrauensvollen persönlichen Gespräche“ – jeder, der einmal in der SED war, wird das kennen – wurden die Mitglieder in Gesprächen mit höheren Funktionären in ein Abhängigkeitsverhältnis hinsichtlich ideologischer Zuverlässigkeit und Parteitreu gebracht, verbunden mit moralischem Druck zur Übernahme von Parteiaufträgen und Selbstverpflichtungen, die

immer und immer wieder allgemeines Unbehagen verbreitet haben, obwohl in Wirklichkeit gar nichts Dramatisches passiert ist.

Es wäre heute danach zu fragen, ob dieses ausgeklügelte System von politischem und moralischem Druck über Statut, andere Beschlüsse, über Kontrollorgane wie Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, MfS, Mitgliederüberprüfungen usw. wirklich ein umfassendes Konzept gewesen ist, um die SED-Mitglieder zu lenken und zu disziplinieren.

Da schließt sich natürlich die Frage an, ob und gegebenenfalls warum irgend jemand im ZK-Apparat einmal auf die Idee gekommen ist, die Kosten-Nutzen-Relation dieser Kampagnen nachzurechnen und sich zu überlegen, was das alles eigentlich gebracht hat: wahrscheinlich nur eine ungeheure Belastung der Finanzen und der Materialressourcen der SED selbst und der DDR als Ganzes, ohne etwas Vernünftiges zu bewirken.

Ein wesentliches Mittel zur Aufrechterhaltung der Funktionärshierarchie war die innerparteiliche Informationspolitik, also die differenzierte Information der Funktionäre in Beratungen mit höheren Parteileitungen, die Ausgabe interner Informationsmaterialien, z. B. der vielen hier bekannten DIN-A-5-Blättchen ohne Verfasser- und Herausgeberangaben, in denen man etwas mehr über Reisefreiheit, Parteidisziplinierung, Menschenrechte, den neuen „Wartburg“ und solche Dinge erfuhr, als der Normalbürger zu hören bekam.

Zu dieser Informationspolitik gehörte dann auch das mehrstufige System der Parteischulen und des Parteilehrjahres, wobei es im Parteilehrjahr, diesem riesigen Massenbetrieb für ungefähr 1,5 Millionen Teilnehmer, eine kleine Veranstaltungsreihe für etwa 50.000 Teilnehmer gab, nämlich „Vorträge und Seminare für leitende Kader und Parteisekretäre“, die denen dann etwas Besonderes bieten sollte. Ob es sehr viel Besonderes an Information war, ist aus heutiger Sicht allerdings fraglich.

Bekannt ist die extreme Zentralisierung der SED und der DDR insgesamt. Wohin das aber geführt hat, kann man sehen, wenn man sich die Mühe macht – und wir mußten das im Gesamtdeutschen Institut ja tun –, die Berichte des Politbüros an ZK-Plena durchzuackern. Wenn man sich dann ansieht, was das Politbüro über seine Tätigkeit in der Periode seit dem vorgangegangenen Plenum für berichtenswert hielt und was da an Themen abgehandelt wurde, so kann man sehr merkwürdige Dinge finden, wie etwa Beschlüsse über die Volksbildungsaktivs, über irgendwelche Kulturmaßnahmen oder, was Schabowski berichtet hat, über das hundertjährige Jubiläum des Gleitflugs von Lilienthal im Jahre 1891. Wenn man das so liest, kann man eigentlich verstehen, daß dieses Organ in den Jahren 1987/88/89 nicht mehr führungsfähig war.

Die Führungsrolle der Partei ist in allen nur irgendwie denkbaren Rechtsnormen und ähnlichen Regeln verankert gewesen. Zum Beispiel kann man auch in allen Statuten und statutenähnlichen Bestimmungen der Ministerien und

zentralen Staatsorgane lesen, daß die Parteibeschlüsse immer vor allen anderen Normen rangieren, die zu befolgen sind. Die SED hat in allen Behörden, Betrieben und Leitungen von Massenorganisationen ihre Organisationen gehabt, in den wichtigsten Ministerien, wie Außenministerium, Innenministerium, Staatssicherheit, eigene Kreisleitungen und Kreisorganisationen. Funktion, Rolle und Entscheidungsbefugnisse dieser Kreisleitungen in den Ministerien liegen bis heute noch sehr im Dunkeln und sind nicht genau erforscht.

Ähnliches gab es in Großbetrieben wie Leuna, Buna, Zeiss mit eigenen Kreisleitungen und einem von der Zentrale eingesetzten Parteisekretär, der sich dann „Parteiorganisator des ZK“ nannte und über den die SED-Zentrale einen unmittelbaren Zugriff auf den jeweiligen Betrieb hatte.

Es gab dann die Parteigruppen z. B. in den Volksvertretungen, in denen man alle SED-Mitglieder zusammenfaßte, und zwar nicht nur die der Fraktion der SED, sondern auch die in den Fraktionen der Massenorganisationen, womit man wieder alles unter einem Hut hatte und auf diese Weise über die Massenorganisationen die Politik bestimmen konnte.

Schließlich eigentlich mehr ein Kuriosum: Selbst wenn irgendwo ein Kongreß von drei Tagen stattfand, bildete man auf diesem Kongreß eine zeitweilige Parteigruppe der SED mit einem Parteisekretär, und sie funktionierte dann so, wie eine Parteiorganisation zu funktionieren hat, und führte die Beschlüsse der Zentrale aus. Das hat also dazu geführt, daß in der letzten Zeit nur noch sehr wenig funktionierte.

Bei all dem, was man inzwischen weiß, wie Beschlußvorlagen im ZK-Sekretariat ihren Weg in die Ministerien genommen haben, wie das verabschiedet wurde, gibt es natürlich noch eine ganze Menge Fragen, die weiter zurückreichen. Wenn so eine Vorlage entsteht, muß es dazu schließlich einen Auftrag geben. Bei vielen Entscheidungen weiß man darüber im Grunde genommen sehr wenig.

Wer hat z. B. die Idee gehabt, die Verschärfungen des politischen Strafrechts von 1977 und 1979 auf den Weg zu bringen, 1978 den Wehrunterricht für die 9. und 10. Klassen einzuführen oder – das letzte und vielleicht bekannteste Beispiel – 1989 die Botschaftsflüchtlinge aus Warschau und Prag in Eisenbahnzüge zu setzen, die über DDR-Territorium liefen und nicht direkt in den Westen? Alles das waren Entscheidungen, die sich für die DDR äußerst nachteilig ausgewirkt haben, und man fragt sich wirklich, ob es in dem riesigen ZK-Apparat von mehr als 2.000 Personen hier in Berlin niemanden mit einer gewissen psychologischen Ausbildung gegeben hat, der die Parteiführung auf das, was aus solchen Entscheidungen hervorgehen mußte, aufmerksam gemacht hätte.

Zu fragen ist schließlich auch nach den Modalitäten, wie Vorlagen im ZK-Apparat ausgearbeitet worden sind, weil durchaus berechtigte Zweifel an der Qualität dieser Ausarbeitungen und Vorlagen bestehen. Übrigens gilt

das nicht für alle Gebiete. In der Deutschlandpolitik ist das zum Teil mit Raffinesse und sehr guter Kenntnis der Bundesrepublik gemacht worden, in anderen Dingen aber eben mit einer Beschränktheit, die wirklich erstaunlich ist. So hat Honecker in einer Rede vor den Kreissekretären – solche Reden wurden meist einmal jährlich gehalten – im Februar 1988 auf mehreren Schreibmaschinenseiten zum Thema Menschenrechte wörtlich genau das wiederholt, was er im Jahre 1987 gesagt hat, und zwar wirklich bis auf Punkt und Komma, so daß man sich fragt: Hat hier der Referent, der das ausarbeitete, nur seine Arbeit rationalisiert, was man ja verstehen kann, oder hat er das so tun müssen, weil die SED demonstrieren wollte, daß sie wirklich bis auf Punkt und Komma zum Thema Menschenrechte vom Jahre 1987 auf 1988 absolut nichts ändern wollte?

Eine weitere Frage, die wir heute vielleicht noch ansprechen können, ist die nach den Spielräumen von Spitzenfunktionären oder auch nachgeordneten Funktionären. Es gibt eine ganze Menge Beispiele für solche Spielräume, die entweder erkämpft worden sind oder um die man gekämpft hat. Wir finden ständige Klagen in den Berichten an die ZK-Plena über Eigenmächtigkeiten von Staats- und Parteifunktionären hinsichtlich Wirtschaftsplanung, Bauprojekten, Konsumgüterverteilung und solchen Dingen mehr. Am bekanntesten ist der Konflikt der Zentrale mit der Bezirksleitung Dresden unter Leitung von Hans Modrow im Jahre 1989, als man eine Instrukteurgruppe hinschickte, um da Ordnung zu schaffen, wie man sich das so vorstellte.

Als letztes ist hier vielleicht noch einmal nach der Rolle des MfS zu fragen. Darüber haben wir bei der letzten öffentlichen Anhörung schon gesprochen, aber vieles konnte da nicht geklärt werden. Es wäre zu fragen, in welchem Ausmaß das MfS wirklich mitregiert, mitverwaltet hat, vielleicht aus Not, weil die SED allein es in den Jahren 1985 bis 1988 nicht mehr konnte, vielleicht aus anderen Motiven heraus. So etwas läßt sich für die Wirtschaft, die Wissenschaftspolitik, die Kulturpolitik und alle möglichen anderen Bereiche nachweisen, und ich habe den Eindruck, daß über die „Offizierte im besonderen Einsatz“ und die „Inoffiziellen Mitarbeiter mit Einflußmöglichkeiten“ hier durchaus regiert und nicht nur für Sicherheit gesorgt worden ist. Es ist auch einfach schwer vorstellbar, daß das MfS auf die Überwachung des hauptamtlichen Funktionsapparates von 44.000 Personen verzichtet hat oder daß sich das MfS etwa nicht um Funktionäre gekümmert hätte, die irgendwann einmal Ärger mit der Zentrale hatten. Wenn man mit einzelnen Politikern und Funktionären der damaligen Zeit spricht, kann man auch ganz konkrete Beispiele hören, daß das MfS durchaus da seine Finger mit im Spiel hatte.

Das waren nur einige konkrete Fragen, die man heute und sicherlich bei vielen anderen Gelegenheiten ansprechen muß. Abschließend kann man sagen, daß das Regime so konstruiert war, daß es sich eigentlich aus der Sicht seiner Schöpfer auf unabsehbare Zeit hätte halten können, ohne Rückhalt

von außen halten sollte: Kaderpolitik, Machthierarchie, mehrfach angelegtes Kontrollsystem, Entscheidungsstrukturen usw. usw. Wie wir seit 1953 wissen konnten, war es trotz aller erdenklichen Vorkehrungen ohne den sowjetischen Einfluß nicht lebensfähig. Aber der sowjetische Einfluß hat es doch lebensfähig gemacht.

Der menschliche Faktor hat in diesem System nicht kalkuliert werden können. Nicht kalkuliert werden konnten die charakterlichen und intellektuellen Schwächen der Führung, die dann eben in ihren Sesseln bis 5 Minuten nach 12 sitzen blieb. Nicht kalkuliert werden konnten die Grenzen der Manipulierbarkeit der Beherrschten und auch vieler Funktionäre. Und nicht kalkuliert werden konnte die Wirkung unkontrollierter Informationen von außen auf die Bürger, auch wenn man sich noch so viel Mühe gab, das abzuschotten.

Die Tatsache jedenfalls, daß wir heute hier im Zentrum der ehemaligen SED-Macht über die Konstruktion und das Funktionieren dieser Macht frei diskutieren können, sollte nicht unbedingt Anlaß für ein großes Triumphgefühl sein, aber doch für eine gewisse Zufriedenheit der Demokraten in den neuen und in den alten Bundesländern, daß sie einen langen, sehr belastenden und gefährlichen Konflikt mit der zweiten Diktatur dieses Jahrhunderts in Deutschland glücklich überstanden haben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Ihnen jetzt einige kurze Sätze zur Struktur der nächsten etwa 2 1/2 Stunden sagen. Wir haben uns das so gedacht, daß die fünf Zeitzeugen des heutigen Abends zunächst etwa eine gute Stunde von zwei Journalisten befragt werden und daß dann in einem zweiten Teil die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit haben, jeweils einzeln ebenfalls Fragen an die fünf Zeitzeugen zu stellen.

Die zwei, die wir bitten, die fünf Zeitzeugen zunächst zu befragen, sind auf den ersten Blick zwei Altbundesbürger. Darum muß, glaube ich, zu dieser Auswahl etwas gesagt werden. Es sind beides Menschen, die mit ihrer Biographie und ihrem Tun mit der Deutschen Demokratischen Republik, mit den Menschen und den Ereignissen in diesem Land eng verbunden waren. Der eine, Karl Wilhelm Fricke, Journalist beim Deutschlandfunk, zumindest von einem Teil der Regierenden der DDR – ich sage das jetzt einmal ein wenig salopp – so sehr „geliebt“, daß sie ihn entführten, um ihn endlich unter sich zu haben, so daß er dann jahrelang in der DDR im Knast gewesen ist; der zweite, Ulrich Schwarz, hatte ebenfalls von seiner Biographie her lange mit der DDR zu tun, ist zweimal als Korrespondent des „Spiegel“ in der DDR gewesen und liebte die DDR oder ihre Menschen so sehr, daß er, obwohl er einmal hinausgeworfen worden ist, dann wiederkam.

Ich möchte Sie beide ganz herzlich begrüßen und wünsche Ihnen für das Tun der nächsten Stunde viel Glück und gutes Fingerspitzengefühl.

Ich bitte jetzt die fünf Zeitzeugen in der Reihenfolge, wie sie auf dem Zettel

stehen, nach vorn: Herrn Modrow, Herrn Schürer, Herrn Schabowski, Herrn Schirdewan und Herrn Uschner.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die nun folgende Anhörung von Zeitungen aus der Machthierarchie der SED steht natürlich in unmittelbarem Kontext zu den vier Referenten, die wir heute nachmittag gehört haben und in denen mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben wurden, insbesondere auch zur Rolle der SED in Staat und Gesellschaft der DDR.

Ich stimme mit vielem, was Wolfgang Seiffert hier ausgeführt hat, nicht überein, aber in einem Punkt durchaus, nämlich als er die Allgewalt der SED in Staat und Gesellschaft charakterisierte. Siegfried Mampel – er ist unter uns – hat dafür den Begriff „Suprematie“ der SED geprägt, der die Machtverhältnisse genau kennzeichnet, die nämlich so waren, daß der Staat für die SED Hauptinstrument zur Durchsetzung ihrer Politik war und daß das Recht, das sie dazu nutzte, nichts anderes war als der zum Gesetz erhobene Wille der Herrschenden, wobei ihre Gesetzlichkeit, die „sozialistische Gesetzlichkeit“, als Ausdruck historischer Gesetzmäßigkeit gedeutet, begriffen wurde, um so eine gewisse Legitimation zu schaffen. Um so wichtiger also angesichts dieser Rolle der SED die Beschäftigung mit der Machthierarchie, mit den leitenden Parteiorganen, mit ihren Strukturen.

Ich bin deshalb sehr froh, in dieser Runde kompetente Zeitzeugen begrüßen zu dürfen, die alle im Zentrum der Macht tätig gewesen sind. Ich darf von der linken Seite anfangen: zunächst Karl Schirdewan, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED in den Jahren 1953 bis 1958; an seiner Seite Herr Dr. Manfred Uschner, stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der SED; sodann Günter Schabowski, Kandidat des Politbüros seit 1981 und Mitglied seit 1984; zu meiner Rechten Herr Dr. Gerhard Schürer, Mitglied des Politbüros seit 1973, lange Zeit Vorsitzender der Staatlichen Plankommission; und last but not least Dr. Hans Modrow, 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, Mitglied des Politbüros allerdings erst seit 1989.

Meine erste Frage: Was war denn nun eigentlich das Politbüro, das laut Statut vom ZK der SED gewählt wurde zur politischen Leitung der Arbeit des Zentralkomitees zwischen den Plenartagungen? War das Politbüro wirklich das eigentliche Entscheidungszentrum? Wurde wenigstens hier kontrovers diskutiert? Kam es hier überhaupt zu Entscheidungsprozessen auch im Wege von Mehrheitsabstimmungen? Wie gut waren die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros informiert?

Das ist die erste Frage, mit der wir uns beschäftigen wollen. Ich darf vorschlagen, daß wir die Anhörung ein bißchen strukturieren, nach der Abhandlung des Politbüros vielleicht die Position des Sekretariats des Zentralkomitees beleuchten, und beides im Zusammenhang gesehen in ihrem Verhältnis zum

Zentralkomitee der SED, sodann die Rolle der Partei im Staatsapparat und schließlich die vertikale Struktur, das heißt: Welchen Einfluß hatten Politbüro und Sekretariat des ZK auf die ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED, inwieweit hatten die Parteichefs in den Bezirken überhaupt die Möglichkeit zu eigenverantwortlicher Entscheidung in ihrer Region?

Aber zurück zu meiner ersten Frage an Karl Schirdewan: War das Politbüro das eigentliche Machtzentrum der SED, jedenfalls in der damaligen Zeit, in der Sie es erlebt haben, oder war damals das Politbüro noch nicht so autonom wie in späteren Jahren der Ulbricht-Ära und der Honecker-Zeit?

Karl Schirdewan: Das Politbüro war das höchste Machtorgan, gewählt vom Zentralkomitee. Es gab ordentliche Mitglieder und Kandidaten in diesem Politbüro. Kandidaten konnten nicht abstimmen, aber sie nahmen an den Beratungen teil.

Der Arbeitsstil sah so aus: Von den einzelnen Abteilungen oder dem Sekretariat wurden Vorlagen ausgearbeitet, so wie es in jedem anderen Kabinett, auch im Kohlschen Kabinett, der Fall ist. Diese Vorlagen sollten beraten werden. Dafür bekam man sie schon am Sonnabend abends als Unterlage. Man studierte sie am Sonnabend und Sonntag. Zu manchen Bereichen konnte man wenig sagen, aber zu Wirtschaftsproblemen oder auch Kulturproblemen konnte man schon viel sagen. Aber es gab eben doch eine ganze Reihe Fragen, die von einzelnen Politbüromitgliedern diskutiert werden konnten. Das ist zunächst einmal das Wesentliche.

Man darf aber nicht vergessen, daß im Politbüro zu meiner Zeit, als ich als ordentliches Mitglied da hinkam, bereits eine innere Unruhe und eine innere Problematik vorhanden waren, nämlich die tiefe Differenz zwischen Walter Ulbricht als dem Ersten Sekretär, der auch das Sekretariat führte, das aus einer Reihe von Mitgliedern und besonders aus den Abteilungsleitern bestand – später wurden das Sekretäre, vorher waren es die Mitglieder des Sekretariats, das war ein qualitativer Unterschied, denn die Sekretäre hatten einen größeren Einfluß –, und anderen Mitgliedern des Politbüros. Ulbricht machte viele Faits accomplis und übergab die Mitglieder des Politbüros.

Es entfaltete sich eine zunehmende Kritik, die nach der Unterredung mit Grotewohl, Ulbricht und Oelssner Anfang 1953 in Moskau ihren schärfsten Ausdruck fand, wo eine exakte Analyse über die Situation in der DDR vorgelegt wurde und entsprechend auch scharfe Maßnahmen zur Änderung des Kurses vorgeschlagen worden sind. In dieser Zeit hatte Berija noch das Sagen, aber Malenkov, eine relativ farblose Figur, war der Vorsitzende.

Unsere Leute waren auf eine solche Einschätzung überhaupt nicht vorbereitet. Sie waren regelrecht hilflos, wie mir Oelssner sagte. Sie hatten selbst keine solche Analyse über diese Republik nach einem Jahr beschleunigten sozialistischen Aufbaus erarbeitet. Die Sowjets aber hatten sie erarbeitet. Ihre Konsequenz war damals – und das war nicht nur Berija –, zunächst einmal

Stopp mit dem Sozialismus und Rücknahme aller repressiven Maßnahmen, die die Arbeiter in bezug auf die Löhne bzw. die Arbeitsproduktivität und die Normen betrafen, aber auch die Angehörigen des Mittelstands, die von der Lebensmittelkartenversorgung gänzlich ausgesperrt worden waren und sich die Lebensmittel selbst besorgen mußten. Es war eine unmögliche Situation entstanden, die an Schärfe zunahm und zu der großen Krise im Juni 1953 führte.

Das Jahr 1953 ist insofern bemerkenswert, als im März 1953 Stalin starb und damit eine völlig neue Situation entstand. Dieser Monat ist auch durch die Machtkämpfe gekennzeichnet, die im Politbüro der KPdSU stattfanden, wobei sich Berija immer mehr in den Mittelpunkt drängte, die auswärtige Politik zu bestimmen versuchte, aber vor allen Dingen dafür eintrat, die sozialistische Entwicklung in der DDR zwar nicht völlig aufzuheben, aber sie zu unterbrechen, von ihr im Augenblick nicht zu reden, sich möglicherweise auf gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten, wenn der Vorschlag Stalins in irgendeiner Weise noch einmal zur Diskussion gestellt worden wäre, was natürlich nicht der Fall war.

Das also war die Situation bezüglich des Politbüros, das sich nun in einer sehr heftigen Auseinandersetzung befand. Ulbricht wurde schwerstens kritisiert. Auch in Moskau wurde er kritisiert. Berija hat dann aber gesagt: Beide Teile sind ja am Aufbau des Sozialismus schuld.

Gesprächspartner Ulrich Schwarz: Herr Schirdewan, dürfen wir Sie unterbrechen? So interessant die Ausführungen sind, die Sie machen, uns interessiert aber heute in erster Linie nicht ein historischer Abriß über den 17. Juni und wie er entstanden ist, auch nicht über den Mauerbau, sondern über die Machtstrukturen der SED. Sie haben vorhin die Situation im Politbüro so geschildert, daß diskutiert worden sei. Dann haben Sie aber damit Schluß gemacht und sind auf die Historie gekommen. Uns interessiert: Hat das Politbüro denn zu jener Zeit kollektiv beschlossen? War es wirklich das kollektive Führungsorgan, das den Kurs bestimmte? Wie war das Verhältnis des Politbüros als Kollektiv zu Walter Ulbricht bei den Entscheidungsprozessen?

Karl Schirdewan: Nach der Entwicklung im Jahre 1953 war es so, daß Walter Ulbricht als Erster Sekretär im Politbüro blieb, Wilhelm Pieck und Grotewohl aber als Vorsitzende der Partei das Politbüro führten. Dadurch – so möchte ich sagen – kam es zu einer sachlichen Arbeit im Sinne der Probleme, die dort der neue Kurs stellte.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Das war in den fünfziger Jahren so. Herr Schabowski, Sie haben das Politbüro von 1981 bis 1989 erlebt. Hat es zu dieser Zeit auch kontroverse Diskussionen im Politbüro gegeben? Wurde um Entscheidungen gerungen? Gab es differierende Meinungen und Gegensätze, oder hatte sich das im Vergleich zu dem, was in den 50er Jahren – wie Herr Schirdewan eben ausgeführt hat – gang und gäbe war, geändert?

Günter Schabowski: Ich kann nicht beurteilen, wie sich die Arbeit im Politbüro in den fünfziger Jahren abgespielt hat. Ich will auch nicht in Abrede stellen, daß sich aus dem Selbstverständnis eines Mitglieds des Politbüros in jener Zeit die Sache so dargestellt hat, daß es also sachliche Arbeit war. Daß da Diskussionen in größerem Umfang stattgefunden haben, möchte ich fast bezweifeln, denn der Stil dieser Führung ist ja nicht ausschließlich durch die Personen gesetzt gewesen, die diesem Gremium vorstanden oder die in ihm waren, sondern vielmehr – Sie haben diesen Begriff gebraucht – durch die Strukturen, die dieses System im Laufe vieler Jahrzehnte hervorgebracht hat. Das Politbüro ist ja keine Erfindung der SED gewesen, sondern es sind ganz eindeutig Strukturen, die von dem sowjetischen Vorbild, von dem russischen Vorbild, von der KPdSU übernommen wurden. Daraus resultiert auch die besondere Rolle des Politbüros.

Formell ist das Politbüro nicht das höchste Organ der Partei. Wenn ich das etwas auseinanderklammern darf: Dem Buchstaben nach ist das höchste Organ der Partei natürlich der Parteitag. Der Parteitag ist gewissermaßen die Legislative. Auf dem Parteitag wird ein Zentralkomitee gewählt, und das Zentralkomitee ist eigentlich das höchste Organ der Partei zwischen den Parteitagungen. Es wählt aus seiner Mitte den Generalsekretär und die Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats, die dann, wie das in einer normalen zivilisierten Partei üblich ist, die Geschäfte in den Phasen zu leiten haben, wo der Parteitag oder das Zentralkomitee bzw. der Parteivorstand nicht tagen.

Formell ist das Politbüro also dem Zentralkomitee rechenschaftspflichtig. Ein gut funktionierendes ZK, wenn es in dieser Bewegung so etwas gäbe oder gegeben hätte, hätte gewissermaßen die Mitglieder des Politbüros und sogar den Generalsekretär klar zur Ordnung rufen können, wenn nach Meinung des ZK irgendwelche Dinge vorgekommen wären, wo sich diese Führung nicht vernünftig verhalten oder wo sie gegen Beschlüsse der Partei, des Parteitages verstoßen hätte.

Aber die Praxis ist anders. Sie ist in der ganzen Geschichte der kommunistischen Bewegung anders. Ich muß das auch nach den Vorträgen hier immer wieder betonen, die einerseits für mich sehr interessant waren, andererseits aber doch vieles, was sich in der SED und in der DDR abgespielt hat, gewissermaßen als eine isolierte Botanik betrachten. Das ist nie so gewesen. Einer der für mich wesentlichen Punkte, die zu klären wären – neben der Verantwortung der SED, neben der Verantwortung von Funktionären wie Schabowski und anderen –, wäre die Klarstellung des allgegenwärtigen, immer vorhandenen Einflusses der Sowjetunion und der KPdSU, selbst wenn formell bestimmte Funktionen an die DDR übertragen wurden, also Fragen der Souveränität usw.

Hier ist in anderem Zusammenhang deutlich gemacht worden, daß bestimmte Formalien, bestimmte parlamentarische Erscheinungsformen, die auch für die

DDR beachtenswert waren oder nachahmenswert schienen, stattfanden, weil man sich in einem Umfeld bewegte, sich auch auf bestimmte internationale Spielregeln einstellen mußte und dafür bestimmte Dinge unerläßlich waren.

Ich komme wieder auf die Struktur zurück: An sich bestimmend für die gesamte Politik der SED und jeder kommunistischen Partei war das total andere gesellschaftliche Modell, ein Modell – ich sage das noch einmal, weil es viele Jahre auch meine Überzeugung war – letztlich voller Verachtung für alle politischen Erscheinungsformen der westlichen Gesellschaft bis hin zum Parlamentarismus, bis hin zur Demokratie, die ohnedies nichts ist als eine Farce, als eine Verschleierungsform, die die tatsächlichen Machtverhältnisse im westlichen Ausland im Grunde zu verdecken hatte.

Davon ausgehend, wieder zurück zu dieser Strukturfrage: Der Parteitag legte die Generallinie für die nächsten fünf Jahre fest – wenn diese Abschnitte so lang waren –, und sie war die Grundlage für alle Entscheidungen, die zwischendurch zu treffen waren. Also ZK und Politbüro waren gewissermaßen durch die Generallinie des Parteitages gebunden. Das war die Generallinie.

Man verwendet mitunter diesen Begriff. Was ist das überhaupt? Die Generallinie ist alles, was ein Parteitag für eine bestimmte Legislaturperiode beschlossen hat. Und auf dieser Grundlage hatten sich alle Beschlüsse und Entscheidungen zu bewegen. Das war die Aufgabe des Zentralkomitees, das war die Aufgabe des Politbüros. Also damit greife ich schon vorweg, was die Diskussionsfreudigkeit und Lebhaftigkeit anbelangt hat: Es vollzog sich alles in relativ klaren, gesicherten Bahnen, für die durch die Generallinie der Rahmen gesetzt war. Abweichungen von der Generallinie hatten nicht stattzufinden.

Gesprächspartner Ulrich Schwarz: Darf ich eine Zwischenfrage stellen, weil ich denke, es ist besser, wir versuchen es ein bißchen an Beispielen zu konkretisieren? Ich nenne Ihnen einen Fall, den Herr Ammer angesprochen hat. Das ist wichtig, wenn man begreifen will, wie letztendlich die Entscheidungsstrukturen waren, wie die Entscheidungen, die das Schicksal der DDR und vieler Menschen bestimmten, zustande kamen.

Nehmen Sie die Sache mit den Eisenbahnwaggons. Sie waren im Politbüro. Wer hat im Herbst 1989 entschieden, daß die Botschaftsflüchtlinge per Eisenbahnwaggons via DDR in den Westen mußten, was ja verheerende Folgen hatte? Herr Ammer hat diese Frage gestellt. Ich hätte Sie gern von Ihnen beantwortet. Vielleicht wird es dann klarer.

Günter Schabowski: Diese Frage läßt sich beantworten, obwohl sie im Grunde doch ein Ausnahmefall war, weil die Situation schon außerordentlich hektisch war. Aber in diesem konkreten Fall hat es sich so abgespielt: Die Zahl der Flüchtlinge nahm unablässig zu. Das war ein äußerst beunruhigender Umstand, und er war nicht nur für Honecker, sondern für alle Mitglieder des Politbüros beklemmend. In dieser Phase haben einige ja bereits Überlegungen

angestellt und auch bestimmte Maßnahmen eingeleitet, um Honecker aus der Führung zu entfernen, weil das eine Dilemmasituation war.

Aber zurück zu dieser Frage: Honecker bekommt einen Anruf aus Prag, von Jakes, dem damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der ihm erklärt: „Die Situation wird langsam auch für uns unhaltbar; wie du weißt“ – ich gebe jetzt nur wieder, wie Honecker die Sache dann dargestellt hat –, „habe ich selbst Schwierigkeiten mit den Dissidenten, in dem Maße, in dem sich Auflockerungserscheinungen in der DDR bei uns in der CSSR fortsetzen, also wird die Sache für uns schwierig; wir können da nichts mehr tun, und da muß sofort eine Lösung gefunden werden.“ – Es wurde dann besprochen, wie diese Lösung aussehen kann.

In diesem Zwiegespräch – wie das nun im einzelnen zustande gekommen ist, wer den ersten Impuls dazu gegeben hat, kann ich nicht sagen – haben sie sich geeinigt, daß in einer Nacht-und-Nebel-Aktion im vollen Vertrauen auf die organisatorischen Fähigkeiten der „roten Preußen“ die Sache so gemacht werden könnte, daß sie kaum großes Aufhebens macht. Da wurde also der Eisenbahnminister hinüberschickt, da wurde eine Technologie dieses Ablaufs ausgearbeitet. Das sollte nachts passieren, in einer bestimmten Abfolge.

Nichts klappte dann so hundertprozentig, so daß sich die Zeiten völlig verschoben und daß sich auch in der DDR – aus welchen Gründen, ist mir heute nicht bekannt – zumindest in diesen Bezirken herumsprach, daß da so eine merkwürdige Kavalkade beispielsweise durch den Bezirk Dresden gehen würde, was dann auch zu großen Schwierigkeiten für Herrn Modrow führte. Also durch die Absprache zweier Generalsekretäre ist die Sache zustande gekommen.

Ich kann mich noch erinnern, wie wir davon in Kenntnis gesetzt wurden. Es war eine Festveranstaltung in Berlin. Ich weiß gar nicht mehr, welche.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Herr Schabowski, so interessant die historischen Details sind...

Günter Schabowski: Aber das geht ja weiter, das gehört ja mit zur Beantwortung der Frage! Bisher hat ja nur Honecker eine Rolle gespielt – und das Politbüro nicht.

Es war also eine Festveranstaltung in Berlin. Im Anschluß an die Festveranstaltung werden die Mitglieder des Politbüros überraschend in einen Nebenraum gebeten. In dem Nebenraum ist Honecker. Wir setzen uns alle an den Tisch. Honecker erklärt uns, die Situation sei unmittelbar vor dem 40. Jahrestag außerordentlich prekär geworden, er habe ein Gespräch mit Jakes geführt, und dabei habe man sich geeinigt, die Sache so zu machen. Man werde das in den Griff bekommen. – Das Politbüro hat sich das angehört und diese ganze Geschichte quasi akzeptiert. So ist das zustande gekommen.

Wir haben keine Gelegenheit gehabt, uns groß zu unterhalten. Das sage ich heute. Da ist auch nicht die Frage aufgeworfen worden, wie der Hansel in Dresden davon informiert worden ist, daß bei ihm ein solcher Konvoi vorbeiziehen wird, und wie er darauf reagieren kann. Das hat ihn in diese bekannte Lage gebracht. Da es ja Dresden war und nicht Berlin, mußte er allein damit fertigwerden. Also der weitsichtige Generalsekretär hatte das nicht bedacht und die Politbüromitglieder auch nicht.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Herr Dr. Modrow, Sie haben jetzt Gelegenheit, das zu ergänzen.

Dr. Hans Modrow, MdB: Das, was Herr Schabowski aus der Küche des Politbüros gesagt hat, kann ich nicht beurteilen. Ich bin nicht dagegewesen. Ich kenne das nicht. Ich kenne nur die Wirkungen, mit denen ich mich auseinanderzusetzen hatte. Es gab einen Vorgang, der für das Verhalten des Politbüros gegenüber der Basis typisch war: Man bekam ein Fernschreiben.

In diesem Falle bekam ich ein Fernschreiben des Generalsekretärs, das der 1. Sekretär Karl-Marx-Stadt und der 1. Sekretär Dresden erhielten, und zwar mit der nackten Mitteilung: „Es werden Züge aus Prag in die Bundesrepublik geleitet. Wir möchten Euch darüber in Kenntnis setzen. Erich Honecker“. – Das war alles.

Nun will ich hier offen sagen: Die Medien der Bundesrepublik hatten bereits zeitig Wind davon bekommen, daß sich so etwas vollzieht, und meldeten es. Die Problematik, die sich dann an der Grenze zur Tschechoslowakei abspielte, bestand darin, daß es eine Weisung gab, die Grenze zu schließen, um das ständige Fortgehen zu beenden: Die einen fuhren mit Zügen aus Prag in die BRD und die anderen wollten nach Prag, um den gleichen Weg anzutreten. Das führte dann dazu, daß etwa 20.000 Leute aus allen Teilen der DDR von der Grenze zur CSSR kamen und nach Dresden fuhren.

Ich sage hier in aller Verantwortung – und ich sage das auch in der Enquete-Kommision, wenn sie diesen Vorgang prüfen will –, daß ich nicht damit einverstanden bin, wie man in Dresden hier und da im Moment damit umgeht. Man soll Polizeioffiziere beauftragen, die das verantwortungsvoll prüfen sollen.

An diesem Abend habe ich dann mit dem Verkehrsminister Arndt telefoniert. Er erklärte mir am Telefon: „Die letzte Instanz hat es entschieden, und wir beide müssen sehen, wie wir damit fertigwerden.“ – Da habe ich gesagt: „Otto, können wir noch etwas ändern? Kannst du die Züge nicht noch zurücknehmen, so daß sie direkt über Bad Brambach in die Bundesrepublik gehen?“ – Da sagte er: „Das geht auch nicht mehr; sie sind überfüllt; wenn diese Züge anders gelenkt werden, wird es in den Zügen schon zur Katastrophe kommen; wir können es beide nur noch verantworten, daß die Züge durch Dresden gehen.“

Daraufhin habe ich mich dann auch mit engagiert, nachdem der Polizeichef mich anrief und sagte, seine Kräfte reichten nicht aus, um den Bahnhof so frei zu halten, daß die drei Züge durchfahren können, ohne daß 10.000 Menschen auf dem Bahnsteig stehen, die Züge anhalten und versuchen, dort hineinzukommen. Daraufhin bat er mich, den Verteidigungsminister Keßler anzurufen, seiner Bitte zu entsprechen, die er dem Chef des Hauptstabes Streletz übermittelt hatte, hier Unterstützung zu geben. Das geschah so, daß der Leiter der Paradetruppen, die den 40. Jahrestag zu absolvieren hatten, Generalleutnant Gehmert, nach Dresden abkommandiert wurde. Ich habe dann mit Arndt den sogenannten – das war mir auch ein neuer Begriff – Blockabstand besprochen, den wir einhalten mußten. Das heißt, die Züge können in einem Minimum von fünf Minuten Abstand fahren. Dieser Blockabstand wurde vereinbart, so daß 15 Minuten der Bahnhof frei sein mußte, wenn nicht auf diesem Bahnhof ein menschliches Chaos ausgelöst werden sollte.

Ich stehe zu dieser Haltung, weil ich der Auffassung bin, daß es an diesem Abend keine andere Möglichkeit gegeben hat. Wer anderer Meinung ist, soll Experten einsetzen, die das dann in ganzer Verantwortung durcharbeiten und nicht einfach feststellen, es sei dort am Ende auch Unglück geschehen. Ja, das ist geschehen. Auf der einen Seite wurde mit Steinen geworfen, und die anderen haben den Bahnhof zu räumen versucht. Der Schaden, der damit entstanden ist, betrug etwa 750.000 Mark. Aber Menschen sind dort nicht zu Tode gekommen. Das war die Verantwortung, mit der wir vor Ort zu hantieren hatten.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Modrow. Wir werden gleich noch einmal darauf zurückkommen, wenn wir die Rolle der Einsatzleitungen diskutieren.

Ich möchte aber noch einmal auf Herrn Schabowski zurückkommen. Herr Schabowski, das war mir ein bißchen zu dünn, wenn Sie sagen, der Parteitag habe die Strategie, die Generallinie festgelegt, und danach habe dann das Politbüro gehandelt. Erst einmal wissen wir alle, die wir Parteitage der SED erlebt haben – man kann ja auch die Protokolle nachlesen –, daß das nur Akklamations- und Deklamationsforen waren, auf denen vorgefertigte Diskussionsbeiträge verlesen wurden und in die die Parteibürokratie bereits mit festen Beschlußvorlagen hineinging, an denen sich dann während des Verlaufs des Parteitages überhaupt nichts geändert hat. Wer hat denn die Vorlagen gemacht?

Und die zweite Frage gleich: Wenn es auf dem Parteitag zur Wahl des Zentralkomitees gekommen ist, wer hat die Kandidaten für die Mitgliedschaft im Zentralkomitee vorgeschlagen? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen und dann Herr Schürer, damit er auch zu Wort kommt.

Günter Schabowski: Zunächst einmal muß ich sagen: Wenn Ihnen das zu

dünn erschienen ist, dann hängt das damit zusammen, daß wir uns noch mit anderen Fragen befaßt haben. Wir haben ja erst begonnen, die Dinge zu schildern. Da steht auch noch die Antwort aus, daß sich ungeachtet dieser Strukturen, die ich genannt habe, also eigentlich der Unterstellung des Politbüros unter das Zentralkomitee, im Laufe der Zeit die Rolle des Politbüros immer mehr verselbständigt hat. Wie das geschehen ist, wird mit der Beantwortung Ihrer Fragen deutlich.

Das ist ja kein Prozeß, der sich – sagen wir – aus dem Nichts heraus vollzieht. Wie kann denn eine solche Abhängigkeit oder eine solche Superiorität des Politbüros entstehen? Sie entsteht dadurch, daß in dieser zentralistisch organisierten Partei auch die Zusammensetzung eines solchen Gremiums wie des Parteitag ein Vorgang ist, der mit einer unerhört großen und breiten kaderpolitischen Arbeit verbunden ist, bei der schon durch die Organe an der Basis genau festgestellt wird, ob die Kandidaten, die für die Teilnahme am Parteitag in Betracht kommen, auch von der Art sind, daß dort Parteitreue, Parteidisziplin usw. garantiert sind im Sinne der Kontinuität, die schon die vorangegangene Führung personifiziert und eingefordert hat. Es ist ja nicht so, daß da sozusagen mit einem Tag die Welt neu anfängt, sondern die alte Führung ist zugleich die, die den Parteitag vorbereitet.

Im Prozeß dieser Kaderauswahl ist also in einem Maße, wie das sicherlich in keiner vergleichbaren bürgerlichen oder westlichen Partei der Fall ist, gewährleistet, daß diese Zusammensetzung gewissermaßen die Einmütigkeit der Beschlüsse über die Generallinie garantiert, die natürlich wiederum durch Kommissionen des noch bestehenden Zentralkomitees ausgearbeitet werden. Also die alte Mannschaft bereitet gleichsam die neue Mannschaft vor, kadermäßig, beschlußmäßig, und damit bereitet sie, wenn man so will, ihre eigene Wiederwahl vor.

Ich kann nicht sagen, wie das im einzelnen auf der Ebene ganz unten aussieht. Da gibt es die Kreissekretäre, die zuverlässig sind. Die Kreissekretäre sehen sich dort die Kandidaten an. Die Mitglieder des ZK wurden in jedem Falle mit dem Generalsekretär von dem ihm eng verbundenen Leiter der Kaderabteilung durchgesprochen.

Es war auch ein relativ geringer Erneuerungsgrad dabei. Wenn überhaupt Dinge kritisch waren, dann waren es vielleicht 10 oder 15 %, aber selbst diese Zahlen können zu hoch gegriffen sein. Das waren dann die Punkte, über die man innerhalb der Führung, also der Generalsekretär mit dem Kadermann, sprach, und wenn das ZK mit ihm durchgesprochen war, kam die Liste des ZK in das Politbüro und ist dort bestätigt worden. Dabei war die Haltung bei uns grundsätzlich so: Wenn eine Sache so mit dem Generalsekretär besprochen ist, dann gibt es kaum Veranlassung, etwas dagegen einzuwenden. Man kannte die Leute ja auch nicht. Sicherlich hat die Möglichkeit bestanden, wenn dort über drei Ecken ein Kandidat erschienen wäre, den irgendeiner gekannt hätte und

von dem er der Meinung gewesen wäre, der Mann sei nicht in Ordnung oder so – das kann die unterschiedlichsten Gründe haben, auch politische Gründe –, daß dann ein Einspruch erfolgt wäre. Aber im Prinzip hat sich das dann so abgespielt.

Also wenn man so will und etwas schematisch gesagt: Die bestehende Führung bereitet in umfassender Weise die Beratung vor, in der über die neue Führung und über ihr Programm entschieden wird. Damit ist die Kontinuität gewährleistet. Das ist von uns nicht als Makel empfunden worden, sondern als ein Ausdruck für die Solidität der Verhältnisse: Es gibt keine Krisensituationen, es ist alles konstant, kontinuierlich – eine Sache, die bis ins Politbüro durchschlug.

Es hat bei Honecker Hemmungen gegeben, Leute, die ihm nicht grün waren oder denen er nicht grün war, aus dem Politbüro hinauszuerwerfen. Es ist in kommunistischen Parteien ja auch nicht üblich, daß da plötzlich Mitglieder des Politbüros sozusagen abdanken müssen. Da hätte man dann wieder furchtbare Dinge anstellen müssen, um das zu erklären und als Ausdruck der trotzdem gesicherten Kontinuität darzustellen. Es gibt also ein großes Baharrungsvermögen in einer solchen Bewegung, das bei allen solchen Entscheidungen eine Rolle spielt. Kontinuität heißt da das Stichwort.

Gesprächspartner Ulrich Schwarz: Herr Schürer, ich habe an Sie die Frage: Sehen Sie das Politbüro genauso wie Herr Schabowski? Sie waren eigentlich von den hier anwesenden Zeitzeugen am längsten Mitglied dieses Gremiums. Teilen Sie die Auffassung, die Sicht von Herrn Schabowski?

Dr. Gerhard Schürer: Zunächst zur Richtigstellung: Ich war von 1973 bis 1989 Kandidat des Politbüros und im Jahr 1989 unter Egon Krenz einen Monat Mitglied des Politbüros. Das sage ich nicht zu meiner Rechtfertigung, denn in der Verantwortung und im Einfluß auf die Politik wurde praktisch kein Unterschied zwischen dem Mitglied und dem Kandidaten gemacht. Der Kandidat war nicht abstimmungsberechtigt, aber ich habe im Politbüro überhaupt kaum Abstimmungen erlebt. (Heiterkeit)

Ich möchte als erstes noch einmal sagen, was ich am Tage der Wende in der dramatischen Sitzung in der Volkskammer gesagt habe und auch vor der Deutschen Gesellschaft in Postdam bei deren zweiter Tagung. Ich sage immer: Das Politbüro muß die gesamte Verantwortung für alles übernehmen, für die gesamte Politik, die in den 40 Jahren DDR durchgeführt worden ist, a) als Kollektiv für die gesamte Politik und b) jeder einzelne entsprechend seinem Ressort, also ich für meine 24 Jahre Tätigkeit als Chef der Plankommission, davon 13 Jahre als Kandidat des Politbüros und Chef der Plankommission.

Ich halte nichts von Abschiebung der Verantwortung. Ich halte es für notwendig, daß jeder zu dieser Pflicht steht. Wir haben zu Zeiten, als es die DDR und die SED gab und scheinbar einer Blüte entgegenging, immer die monolithische Einheit betont, und wenn das Land untergegangen ist, dann

haben wir zu unserer Verantwortung zu stehen. Was daraus für mich persönlich entsteht, ist in zweiter Linie wichtig und steht nicht an erster Stelle. (vereinzelt Beifall)

Der zweite Punkt, den ich nennen möchte: Die Machtverhältnisse und -strukturen zwischen Parteitag, ZK und Politbüro sind etwa so, wie das Günter Schabowski gesagt hat, auf dem Papier noch etwas anders als in der Praxis. In der Praxis war der Einfluß des Politbüros größer, als er dem Papier nach ihm zukam. Und es gab in der Entwicklung Unterschiede.

Ich habe als Gast noch Sitzungen des Politbüros bei Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht erlebt, wo viel diskutiert wurde, wo bis in die Nacht hinein diskutiert wurde, um zu einer Entscheidung zu kommen. Ich habe Tagungen des Zentralkomitees miterlebt. Die ZK-Tagungen unter Ulbricht fanden meistens nicht hier in diesem Raum, sondern in dem großen Festsaal nebenan statt, weil dort viele Wissenschaftler und Praktiker eingeladen worden waren, die nach ihrer Meinung gefragt wurden, damit es zu einer gründlich ausdiskutierten Beschlußfassung kam. Ich sage nicht, daß die Verhältnisse damals demokratischer waren. Sie waren nur so, daß Fachleute mehr zu Wort kamen. Das war meiner Ansicht nach von großer Bedeutung.

Die Sitzungen des Politbüros unter Erich Honecker waren insofern vielleicht disziplinierter, weil sie das Kollektiv betrafen, das die Verantwortung hatte. Sie waren kürzer. Das Politbüro tagte unter Ulbricht meistens bis in den späten Abend hinein und unter Erich Honecker jeden Dienstag zwei bis drei Stunden. Die Vorlagen des Politbüros wurden von den Arbeitsplänen bestimmt, die sich diese Organe gegeben hatten, und von Ereignissen, die unvorhergesehen zum Tagesordnungspunkt wurden.

Ich möchte noch ein Beispiel einer Politbürositzung bringen, bei der ich im Mai 1988 versucht hatte, meine Vorschläge – ich nannte sie „Überlegungen“ – für dringend erforderliche wirtschaftliche Reformen zu diskutieren. Ich habe dieses Papier Erich Honecker als Generalsekretär gegeben, da ich wußte, daß es Vorschläge waren, die an den Beschlüssen des Parteitages vorbeigingen. Weil meiner Ansicht nach mit der weiteren Durchführung der Parteitaglinie die DDR zugrunde gegangen wäre, habe ich ihn persönlich um ein Vier-Augen-Gespräch gebeten. Das hat er mir nicht gewährt. Das ist auch der Punkt, der mich bis heute zu ihm in große Distanz bringt, obwohl ich nie sagen kann, daß ich ein Gegner von ihm gewesen sei. Im Gegenteil, ich war einer seiner Leute, die ökonomisch die Linie der Partei herauszuarbeiten und zu unterstützen versuchten.

Aber dieses Papier wurde ausgerechnet Günter Mittag gegeben, von dem man genau wußte, daß er große Differenzen mit mir hatte. Er hat die Stellungnahme gemacht. In das Politbüro kam die Stellungnahme von Mittag, ein Papier, das etwa 30 Seiten lang war. Als Anhang, damit man die Stellungnahme verstand, kamen meine Überlegungen, die weniger Seiten beinhalteten als

die Stellungnahme dazu. Der Generalsekretär legte sich am Anfang dieser Beratung selbst fest, um die Linie zu geben, denn meine Vorschläge hatten bei manchen Mitgliedern des Politbüros eigentlich viel Sympathie gefunden, was sie nicht offen zum Ausdruck gebracht haben, aber was ganz sicher so war. Erich Honecker gab die Linie und hat gesagt: „Gerhard Schürer hat die Möglichkeit gehabt, seine Ideen zu äußern; wir haben die Möglichkeit gehabt, über Günter Mittag eine fundierte Stellungnahme zu machen; ich bin für die Stellungnahme von Mittag; seid ihr alle einverstanden?“ – Alle waren einverstanden, das Papier war beschlossen, und die Vorschläge waren weg.

Ich will nur sagen: Wenn man Machtstrukturen analysiert, glaube ich, daß man insgesamt in die Entwicklung der Partei neuen Typus hineingehen, daß man die Zusammenhänge studieren muß, die sich aus der Übernahme des sowjetischen Grundmodells ergeben. Man muß meiner Ansicht nach – so wie das übrigens Herr Diepgen hier gesagt hat – die Geschichte der DDR und der BRD, also die Geschichte Deutschlands, aufarbeiten. Man muß das Mitwirken und die Einflüsse des Warschauer Paktes und der NATO sehen. Man muß den Kalten Krieg analysieren. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, dafür habe man keine Zeit gehabt, sondern das gehört mit zum Thema einer guten Aufarbeitung der Geschichte.

Herr Seiffert hat hier gesagt, die DDR sei kein Staat gewesen, sondern ein Produkt und Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik. Wenn das so einfach wäre, dann brauchte man sich, glaube ich, mit der SED nicht zu beschäftigen. Meiner Ansicht nach war die DDR weder einfach ein Satellit noch ein souveräner Staat. Sie war etwas zwischendrin, und diese gegenseitigen Machtlinien müssen offen, ehrlich, aufrichtig von allen, die beteiligt waren, analysiert werden.

Gesprächspartner Ulrich Schwarz: Herr Schürer, wie groß war denn der Einfluß der Russen? Sie haben doch von der Zeitspanne her den größten Überblick. Gerade sagten Sie, es war ein Mittelding.

Gerhard Schürer: Er war in der Entwicklung ganz unterschiedlich. Er begann mit den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration. Die hatten wir überhaupt nur durchzuführen. Dort hatten wir überhaupt keine Einflußmöglichkeiten. Bis 1949 gab es Produktionsbefehle an die Industrie. Dann wurde die DDR als selbständiger Staat gegründet. Dort gab es aber immer noch die Sowjetische Militäradministration, den Hohen Kommissar. Natürlich haben sie einen immensen Einfluß auf die Entwicklung gehabt.

Es ist genau so, wie Herr Schenk dargelegt hat. 1953 bis 1956 war, glaube ich, die Zeit, in der er in der Staatlichen Plankommission gearbeitet hat. Wir kennen uns interessanterweise schon seit 1948. In dieser Zeit ist es so gewesen, daß Leuschner über Chomjakow in der Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst Aufträge bekommen hat, die dann als Entscheidungen des Politbüros der SED abgearbeitet wurden.

In der weiteren Entwicklung kann man durchaus vermerken, daß dieser unmittelbare Einfluß der sowjetischen Seite bei weitem nicht mehr so vorhanden war. Als ich Chef der Plankommission war, hatte ich einen sowjetischen Berater. Er hatte zwei Mitarbeiter. Mit ihm habe ich mich im Monat einmal oder zweimal getroffen. Er konnte Ratschläge geben, aber entschieden haben wir selbst.

Aber natürlich hat die sowjetische Politik Einfluß auf die DDR genommen. In großen politischen Diskussionen in Moskau wurde das nicht mehr als sowjetische Anweisung gegeben, aber die sowjetische Seite empfahl. Die sowjetische Seite hat z. B. bis 1987 empfohlen, daß der Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik nicht stattfinden soll. Auch der Besuch Honeckers war eine eigenmächtige Entscheidung von ihm. Obwohl Gorbatschow damals schon der verantwortliche Generalsekretär war, hat er empfehlungsweise, nicht befehlsweise und nicht als Anweisung, diesem Besuch nicht zugestimmt, hat ihn nicht gewollt.

Natürlich haben wir auf den sowjetischen Partner gehört. Es gab ja auch eine gewaltige ökonomische Abhängigkeit. Fast die gesamten Rohstofflieferungen bekamen wir von der UdSSR. Wir mußten daraufhin 70 % unseres Exports in Richtung sozialistische Länder lenken; wir mußten davon wieder die Hälfte in die UdSSR lenken, mit wichtigen, großen Produktionskapazitäten, die wir zum Teil sogar speziell für sie geschaffen haben.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Ich möchte noch einmal auf die Frage des Verhältnisses von Politbüro und Sekretariat des ZK bzw. auf den Apparat des Zentralkomitees zurückkommen. Herr Uschner, Sie können uns vielleicht auch sagen, wie dort die Meinungsbildungsprozesse organisiert waren, wie die Entscheidungen getroffen wurden. Wer legte z. B. die Beschlußvorlagen des Politbüros fest? Wer hat dort Ausarbeitungen vorgelegt, die dann im Politbüro beraten wurden? Von wem ging die Initiative aus? Waren das Vorlagen, die aus dem Apparat des ZK kamen, oder waren das Anregungen, die aus dem Politbüro kamen und die zu befolgen waren? Wer hat z. B. die heute schon so viel zitierte Nomenklatur festgelegt? Irgendwo muß ja eine Entscheidung getroffen worden sein, wie die Nomenklatur auszusehen hat.

Dr. Manfred Uschner: Vielleicht sage ich erst einmal, wer ich bin. Ich hatte nie eine Wahlfunktion. Ich sitze das erste Mal in diesem Saal. Ich war aber 20 1/2 Jahre in diesem Gebäude tätig, sechs Jahre in der Internationalen Abteilung, die schon fünf Jahre vor der Wende vom „Stern“ als „honeckerfeindlich“ bezeichnet wurde, und dann 14 1/2 Jahre als persönlicher Mitarbeiter bei Hermann Axen und Sekretär der Außenpolitischen Kommission des ZK. Ich kann also vor allem für das internationale Gebiet sprechen.

Ich bin bis zum 20. Februar 1989 in diesem Haus tätig gewesen und wurde dann wegen unverschämter Kritik an den leitenden Genossen aus dem Hause

entfernt. Man hatte mir vorgeworfen, der gegnerischen Einflußnahme – in Klammern: SPD – unterlegen zu sein. Die Sekretariatsvorlage zu meinem Fall wurde am Mittwoch beschlossen; rausgeschmissen wurde ich am Montag, dem 20. Februar, um 15.00 Uhr in fünf Minuten. Als man mich geholt hatte, hatte man fünf Stunden gebraucht.

Wie war das mit den Vorlagen, und wie war das überhaupt mit dem Politbüro? Man hat natürlich in dieser geschlossenen zweiten Etage, über die ich jetzt geschrieben habe und über die in Kürze im Dietz Verlag ein Buch mit dem Titel „Die zweite Etage“ erscheint, viel mitbekommen. Das Politbüro gab es eigentlich in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr. Wir haben insgeheim von einer „Viererbande“ gesprochen, nämlich Honecker, Mittag, Mielke und Joachim Herrmann.

Wir haben immer gesehen, wenn er in seine Bezirksleitung ging, blieb der Herr Mielke immer noch vor dem Büro Honecker stehen. Er war neben Schalck-Golodkowski einer derjenigen – zwei gab es! –, die jederzeit ungehinderten Zugang zum Generalsekretär hatten. Dort blieb man anfangs 20 Minuten zusammen. Wir sahen später, da wir alle nur eine gemeinsame Toilette hatten, daß es manchmal auch ein, zwei Stunden wurden.

Das Politbüro arbeitete nach Plan. Es gab aber Hinweise der Sicherheitsorgane bei Großhavarien oder irgendwelchen Vorkommnissen im Staatsapparat, die dann von den Fachabteilungen an das Sekretariat oder in einem Anschreiben an den Generalsekretär gemeldet wurden. Er schrieb dann darauf „Vorlage E. H.“ Umgekehrt wurden der Apparat und die Politbüromitglieder immer gewitzter. Bevor eine Vorlage ins Politbüro kam, ließen sie sich per Brief von Erich Honecker das „Einverstanden, E. H.“ absegnen, und damit kam es kaum noch zur Diskussion.

Die Sorge meines Chefs betraf eigentlich nur den Dienstag. Das war die Politbürositzung. Hier hat man also am Freitagnachmittag zwei große schwarze Koffer mit nach Wandlitz genommen und durchgearbeitet. Dies war eigentlich auch die einzige Gelegenheit, die wir hatten, wo man über die unsichtbaren Grenzen zwischen den Büros und Ressorts hinweg durch die Lektüre der Beschlußvorlagen doch etwas mitbekommen konnte. Mein Chef hatte z. B. von Wirtschaft keine Ahnung, aber so konnte er doch in etwa sehen, daß von Mittag dem Politbüro nie eine ehrliche Zahlungsbilanz vorgelegt wurde.

Das Sekretariat behandelte am Mittwoch mehr die kleineren Dinge. Da ging es um Personalfragen, da ging es um Reisen. Ich war von 1984 bis zu meinem Rausschmiß im Februar 1989 Mitglied der Gemeinsamen Sicherheitspolitischen Arbeitsgruppe SPD/SED. Jedesmal, wenn ich reiste, mußte eine Vorlage gemacht werden. Auch wenn ich die sowjetischen Freunde fragen mußte, ob man das Wort „Doppelverwendbarkeit von Atomwaffen“ verwenden darf, wurde eine Sekretariatsvorlage gemacht. Fuhr ich nach Prag, um das den Tschechen zu erläutern, wurde eine Sekretariatsvorlage gemacht.

Am Schluß konnte gar keiner mehr durchsehen. Ich hatte den Einruck, es wurde durchgeblättert und weitergegeben.

Größere Auseinandersetzungen habe ich in den 20 Jahren nur bei Personalwechsel erlebt. Das ging nicht immer so glatt. Es gab den Fall Häber, einen Shooting-Star, der plötzlich als Seiteneinsteiger und in der alten Bundesrepublik sehr geschätzter Analytiker und Köhner einen – wie es hier im Hause hieß – Rösselsprung machte, also vom Institutsdirektor zum Abteilungsleiter, zum ZK-Mitglied und dann gleich ins Politbüro. Damit hat er die ganze alte Fronde – ich sage immer – der Kinder der ersten Generation nach dem Krieg, die Leonhard beschrieben hat, voll vor die Birne gestoßen. Diese haben sich gewehrt, und dann wurde einiges organisiert.

Es gab den stadtbekanntesten Sauf- und Hurenbold Konrad Naumann, der zwar unter Alkoholeinfluß, aber immerhin vor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sagte, was hier nicht in Ordnung ist, was die Arbeiter denken, und er glaubte, daß die Arbeiter Berlins hinter ihm stünden, wenn sie aufstehen.

Da gab es sechs, acht und zehn Stunden lange Sitzungen; aber sonst ging es in den letzten Jahren, die ich hier mitmachen durfte, recht glatt und reibungslos über die Bühne. Wir waren manchmal rasch um die Ecke, um etwas einzukaufen, und wir hatten Mühe, in dieser halben Stunde pünktlich zurückzusein.

Vorlagen wurden auch aus den Fachabteilungen angeregt, z. B. zu internationalen Fragen aus der Außenpolitischen Kommission. Es gab dann noch die Ideologische Kommission und die Wirtschaftskommission. Das Außenministerium machte Analysen beispielsweise über die Vorgänge im Jemen bei irgendeinem Machtwechsel. Das wurde bei uns in der Außenpolitischen Kommission diskutiert, und dann wurde das als Information und Vorlage ins Politbüro gegeben.

Was wir in dieser Kommission nie diskutiert haben, war die Stärke oder Schwäche des Sozialismus. Die Sowjetunion und alles, was dort und in den anderen sozialistischen Ländern lief, war tabu, was sich ja bitter rächen sollte.

Gesprächspartner Ulrich Schwarz: Ich hätte eine Zusatzfrage an Herrn Modrow: Sie waren ebenfalls – sogar in der Hierarchie noch höher als Herr Uschner – einige Jahre Abteilungsleiter im ZK, aber Anfang der siebziger Jahre. Würden Sie denn für diese Phase das Urteil, das Herr Uschner abgegeben hat, bestätigen, vor allem das Urteil über das Politbüro?

Dr. Hans Modrow, MdB: Ich war Anfang der siebziger Jahre, also 1971, Leiter der Abteilung Agitation. Mein Chef war Werner Lamberz. Mit Lamberz waren ein Konzept und eine Überlegung auf politisch-ideologischem Gebiet verbunden, aus Enge und Engstirnigkeit herauszukommen. Wir waren aus der Zeit im Jugendverband befreundet, hatten zusammen die Komsomol-

Hochschule besucht, hatten also ein ganz anderes Verhältnis, als es sonst in der Hierarchie üblich war. Wir haben unter vier Augen auch über Dinge gesprochen, die sich im Politbüro abspielten, und ich wußte bereits, daß wir eigentlich gemeinsam ein gewisses kritisches Verhältnis bekamen. Aber zugleich muß man auch sagen, daß Lamberz mit zu denen gehörte, die Honecker gemacht haben. Das ist manchmal auch dabei nicht mit im Kalkül. Denn Lamberz war jener, der vor allem mit der sowjetischen Seite die Kontakte hielt, um den Übergang von Ulbricht zu Honecker dann mit zu erreichen.

Die Sitzungen in der ersten Phase nach dem VIII. Parteitag, das war mein Eindruck, hatten einen tieferen Arbeitscharakter – Gerhard kann das besser beurteilen als ich –, weil auf jeden Fall die Notwendigkeit bestand, eine Änderung herbeizuführen, auch mit bestimmter Beschlußfassung, welche Probleme auch immer auf dem Gebiet der Ökonomie mit diesem Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erwachsen sind. Es war also nötig, bestimmte Beschlüsse zu ändern.

Ich war unter Lamberz vor allem für die Medien verantwortlich, und wir bemühten uns um eine bestimmte Öffnung. Ich könnte viele Beispiele dafür bringen. Der „Kessel Buntes“ entstand, das Kulturmagazin und vieles andere. Das machte nach außen sichtbar, daß ein anderes Klima herrschen sollte. Es waren auch bestimmte Dinge in der Presse, die sich in dieser Zeit anders lasen. Das möchte ich mit aller Eindeutigkeit sagen.

Ich spürte aber, daß Werner Lamberz im Prinzip der war, der am Abend bis mindestens 22.00 Uhr in diesem Hause selber die „Aktuelle Kamera“ und alles steuern und darauf Einfluß nehmen wollte. Das war im Prinzip nicht meine Denkweise. Ich habe mich dann auf strategische Probleme der Entwicklung der Medien eingestellt, habe aber auch manches erleben müssen, wenn Lamberz nicht da war und ich ihn vertrat.

Mein Leben lang werde ich nicht den siebenten „Kessel Buntes“ vergessen, der sozusagen zur völligen Katastrophe wurde. K. Naumann, 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Berlin, machte großen Skandal, weil nach seiner Meinung die Arbeiter in Berlin beleidigt worden seien. Die „Drei Dialektiker“, die das moderierten, wußten nicht aus noch ein, und ich mußte zu Herrn Honecker, um den „Kessel Buntes“ zu retten, der ja immerhin hundertmal erschienen ist, und ich mußte ihm beim achten „Kessel“ selber die Texte vorlegen und mit ihm darüber streiten, ob die „Dialektiker“ dieses oder jenes Wort sagen dürfen oder nicht. Das war die Situation.

Es ging in der Tat auch um Kleinigkeiten. Ich wurde einmal deshalb gerügt, weil Herr Honecker mir eine Liste von Preisen für Erzeugnisse in der Bundesrepublik und in der DDR gab und ich dabei Kalbshaxe und Ungarische Salami strich, weil sie im Laden nicht zu haben waren. Er erklärte mir dann in der nächsten Sitzung des Sekretariats des ZK, an der ich an Stelle von Lamberz

teilnahm, ich sei nicht bei Dubcek, sondern man habe hier eine Ordnung, bei der das, was festgelegt werde, einzuhalten sei.

Insofern gab es schon Strenge untereinander, und man konnte nicht eigenständig entscheiden.

Die Beratungen verliefen dann mehr und mehr so, wie Gerhard sie geschildert hat, daß man eigentlich länger vor dem Politbüro saß und wartete, als man dann selber bei der Beratung gebraucht worden ist.

Gesprächspartner Ulrich Schwarz: Ich habe noch eine Frage an Herrn Uschner zu dem Problemkreis Politbüro. Mir ist auch im dritten Jahr nach der Wende immer noch nicht klar, wie diese DDR oder wie die SED eigentlich funktioniert hat. Herr Schabowski hat schon ziemlich früh gesagt, das Politbüro sei in den letzten Jahren nur eine Akklamationsmaschine für Erich Honecker gewesen. Herr Uschner bestätigt das eigentlich, wenn er sagt, das Politbüro habe gar nicht mehr existiert.

Was mir nicht klar ist: Wie konnte es in einer Partei, die eigentlich auf kollektive Führung angelegt ist, passieren, daß ein Mann eine solche Machtfülle auf sich vereinigen konnte, daß er zum Ende, beim Untergang der DDR bzw. bei seinem Sturz als absolutistischer Fürst dandand?

Dr. Manfred Uschner: Da kommt ein Problem hinzu. Ich habe den Vorträgen auch sehr aufmerksam zugehört. Manches haben wir selbst wirklich so erlebt, manches erscheint mir einseitig. Wir waren nicht durchweg alles bloß die „Hirnis“, die engstirnigen Parteiroboter, die wegen eines Wartburgs oder sonst etwas hier gearbeitet haben. Wir hatten schon Motivationen.

Als ich hierhergeholt wurde, war für mich als vermeintlichen Lateinamerikanisten z. B. ein Motiv, daß ich die Bombennacht 1945 in Magdeburg erlebt hatte, als meine Großmutter 15 Meter von mir entfernt zusammen mit dem ihr treuen Schäferhund verbrannte, daß ich wenige Monate nach dem Krieg als Achtjähriger dann Hiroshima und Nagasaki erlebte und fand, daß die Jungen Pioniere, die FDJ und später die SED auf die Frage, wie Kriege entstehen, die besten Antworten geben können. So etwas war ein Motiv. Andere hatten andere Motive.

Ich hatte meine Sozialisierung. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie und hatte 13 Geschwister. Ich war nicht gerade begeistert, daß hier der Sozialismus abgelöst wird und der Kapitalismus Einzug hält. Und ich könnte eine ganze Reihe weiterer Motivationen nennen, warum hier Leute so lange ausgehalten haben, meines Erachtens die meisten zu lange, denn spätestens, nachdem wir alle den XX. Parteitag erlebt haben, nachdem wir das Jahr 1968 erlebt haben, nachdem wir vor allem Gorbatschow lesen konnten, hätte sich hier doch einiges ändern können und müssen.

Hier gibt es einen großen Widerspruch. Es gab nicht nur die Typologie Parteiarbeiter in den Organen und Parteiarbeiter hier. Ich habe drei Gruppen

von Funktionären hier kennengelernt. Die eine Gruppe hat immer nach dem Motto gehandelt: Was oben gesagt wird, ist immer richtig. Das waren sozusagen die Kinder der Gruppe Ulbricht. Die Partei hat immer recht, der Gegner bleibt der Gegner, und man hat klassentreu zu sein.

Aber als die Mauer stand und der friedliche Wettbewerb begann, konnte man nicht nur solche Leute brauchen. Man brauchte auch Leute mit Abitur, mit Studium, mit Kenntnissen. In der Internationalen Abteilung mußte man zwei, drei, vier, fünf Sprachen können, man mußte mit Leuten umgehen. Da entstand schon eine Schicht von Könnern. Es wären doch nicht so viele Besucher aus allen Parteien der Bundesrepublik gekommen, und es hätte auch nicht noch 1988 Spitzengespräche in den USA mit Axen gegeben, die ich mitgemacht habe, wenn das alles hirnerkrankte dumme Leute gewesen wären. Ich habe bei Axen nicht nur seine KZ-Nummer auf dem Unterarm berücksichtigen müssen, wenn es zwischen uns krachte; ich habe auch erlebt, wie er mit den zwölf einflußreichsten Männern Frankreichs in fließendem Französisch und mit einem hohen Bildungsstand umging. Das alles hat uns beeinflußt.

Trotzdem entstand mit Gorbatschow für uns eine schizophrene Situation. Ich rede nicht von der dritten Gruppe, den Pragmatikern, die heute in Managementsesseln sitzen, die unter uns genauso geredet haben wie wir, aber eben offiziell nach oben nicht.

Ich will es Ihnen ganz konkret sagen: Im ehemaligen Regierungskrankenhaus der DDR wurde ich mehrfach gefragt: Wenn ihr nach 1985 bei uns massiert, behandelt wurdet und in der Wanne lagt, hattet ihr alle bis auf vielleicht 10 % die gleichen Meinungen zu Gorbatschow, zur Stimmung der Bevölkerung und zu den undemokratischen Praktiken im Lande. Da habt ihr nämlich geredet. Die 10 %, die nicht geredet haben, die kannten wir schon. Da haben wir uns auch vorgesehen. Warum haben es 90 % nicht geschafft, dagegen aufzustehen?

Ich habe lange darüber nachgegrübelt, auch im Zusammenhang mit meinem Buch. Ich komme zusätzlich zu dem Buch „Die Ohnmacht – DDR-Funktionäre sagen aus“, in dem auch Gerhard Schürer vorkommt, für mich selbst ebenfalls zu der Schlußfolgerung: Es ist erstens die Feigheit und die Angst vor dem totalen sozialen Absturz ins Nichts gewesen, mit dem man nichts bewirkt. Man ist über Nacht vergessen, 50 Freunde rufen einen nicht mehr an, wissen nicht mehr, wo man wohnt, und man ist alleingelassen. Das ist ein ganz wesentliches Moment gewesen.

Und das zweite: Man ist einmal für eine zum Kapitalismus alternative Ordnung angetreten, und nun sollte diese Ordnung zugrunde gehen. Wir haben immer gehofft, gerade mit Lamberz und Markowski, daß eine Erneuerung und so eine Art demokratischer Sozialismus, wie ihn auch Willy Brandt entwickelt hat, in dieser Partei einmal möglich sein würde.

Diese beiden Motive waren für mich ganz wesentlich und bestimmend, für

viele andere aber auch. Ich streite nicht ab, daß andere die banalen Motive hatten, von der Bereicherung bis zu anderen Dingen, die hier eine Rolle gespielt haben, oder einfach nur Durchhalten. Aber diese Motive waren es, die Herrn von Studnitz seitens der Ständigen Vertretung Bonns mich wenige Tage nach der Wende fragen ließen: Daß ihr ausgehalten habt, daß die Macht euch ge- oder verliehen war, und daß dann, wenn sich der Verleiher das mit der Macht anders überlegen würde, ihr nackt dasteht, daß wußten wir. Aber daß ihr trotzdem in diesem Lager und unter sowjetischem Kuratel doch so ein Ansehen in der Welt errungen habt, es mit dem Lebensstandard und mit der friedenspolitischen Übereinstimmung mit der Bevölkerung relativ weit brachtet, wie habt ihr das gemacht? – Und da sage ich: Dafür ist ein Teil des Apparates mit verantwortlich. Er fühlt sich da heute teilweise gebraucht, einige gehen weiter und sagen: mißbraucht. Mit Abstand sieht man die Dinge eben etwas anders als damals, bevor Gorbatschow als Hoffnungsstrahl auftauchte.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Aber warum sind, wenn ich das noch einmal fragen darf, nie Impulse aus dem Zentralkomitee hervorgegangen, diesen Degenerierungsprozeß zu verhindern? Es ist doch Tatsache, daß es in den fünfziger Jahren heftige Auseinandersetzungen gegeben hat. Ich denke an die Auseinandersetzungen mit der Fraktion Zaisser/Herrnstadt, dann auch mit Karl Schirdewan. Vielleicht kann Karl Schirdewan dazu selbst etwas sagen. Warum hat es ähnliche Bemühungen in den siebziger und achtziger Jahren nicht gegeben? Warum hat man sich z. B. damit abgefunden, daß das Zentralkomitee praktisch nur noch zweimal im Jahr zusammengerufen wurde statt wie früher vier-, fünf-, sechsmal im Jahr?

Karl Schirdewan: Ich kann dazu einiges sagen. Ich glaube, daß in den entscheidenden Jahren, den fünfziger Jahren, die Diskussionen im Politbüro zum einen durch die Krise im Juni 1953 und zum anderen drei Jahre später durch den XX. Parteitag angeregt worden sind.

Ich bin damals von den Sowjets gefördert worden, nicht von Ulbricht. Ulbricht wußte genau, daß ich seine Meinung auch in der Generallinie nicht vertreten konnte. Die Sowjets kannten meine Meinung. Ich habe jederzeit mit ihnen offen sprechen können. Ich war kein Agent, ich war ein Mitglied des Politbüros, ich war ein antifaschistischer Kämpfer, der elf Jahre drei Monate im Zuchthaus und in zwei Konzentrationslagern gesessen hat. Ich hatte also meine Meinung, und ich hatte auch meine Erfahrungen auf dem Gebiet der Politik, der Strategie und der Taktik. Ich erlebte auch die Zeit der Weimarer Republik.

Ich will ein Beispiel nennen: Als am 17. Juni etwa 3.000 Menschen vor das Haus der Einheit marschierten, kam – ich will nicht in Einzelheiten gehen – ein sowjetischer General zu mir und sagte: „Genosse Schirdewan, geben Sie mir den Befehl zum Schießen!“ – Ich habe gesagt: „Genosse General, unter keinen Umständen wird geschossen! Lassen Sie Ihren Konvoi vor dem

Pavillon vorrücken. Sie werden sehen, daß sich die Menge sofort zerstreut.“ – Ich habe da ganz sekundenschnell an meine eigenen Erfahrungen aus der Weimarer Zeit gedacht. Wenn die Polizei auf uns schießen wollte, blieb uns auch nichts anderes übrig, als zu fliehen. Das ist ein Beispiel.

Ich bin dann zwei Tage später zu Semjonow gebeten worden. Er sagte mir: „Genosse Schirdewan, wir haben öfter Diskussionen zum gegenseitigen Nutzen gehabt, ich möchte Sie bitten, mir zu sagen, wie Sie die Lage einschätzen.“ – Ich sagte: „Darf ich Ihnen eine Gegenfrage stellen?“ – Er sagte: „Natürlich!“ – Ich sagte: „Wo ist unsere Parteiführung? Die Parteiführung ist nicht mehr da. Die Parteimitglieder, die treu zur Fahne stehen, haben keine Unterstützung durch eine Führung. Die Schwankenden können sich nicht entscheiden.“ Diejenigen, die gegen uns waren, hatten dadurch einen noch stärkeren Zulauf.

Es war nicht die Zeit, daß ein Arbeiteraufstand gelingen konnte, wie es der 17. Juni war, sondern es bestand die Gefahr des Ausbruchs eines Krieges. Die Sowjets hätten damals die militärische Strategie, die sie ja in der DDR auch entwickelt haben, nie aufgeben können. Das war eine ganz andere Situation als im Jahre 1989.

Damals entsprach es nicht unbedingt den sowjetischen Interessen, die DDR mit einem Krieg zu verteidigen. Andererseits wissen wir ja auch, daß in Westdeutschland gar keiner an Krieg gedacht hat, daß niemand da war, der vielleicht aus dem Aufstand einen großen Gewinn hätte ziehen können. Ich weiß, daß die Amerikaner damals zurückgepfiffen haben. Sie haben z. B. zu Egon Bahr gesagt: „Sind Sie denn verrückt geworden? Wollen Sie einen Krieg?“ – Natürlich nicht! – So war die internationale Lage damals.

Semjonow sprach dann mit mir über verschiedene Personalfragen und Dinge, die ich jetzt nicht im einzelnen zu berichten brauche. Aber ich möchte sagen, ich habe gefordert: „Sofort die Parteiführung in das Parteihaus zurück! Alle Funktionäre, gleich welcher Ebene, gehen in die Betriebe und stellen sich den Arbeitermassen! Wir sind doch schuld an dieser Irreführung über den Sozialismus!“

Warum war damals der Sozialismus zusammengebrochen? Er war zusammengebrochen, weil nach Stalins Tod die Militärs den Vorrang hatten. Diese Militärs fragten sich: „Was sollen wir tun? Nach diesen Erfahrungen gibt es nur eines: beschleunigte Korrektur des Sozialismus, des sozialistischen Aufbaus, aber zur gleichen Zeit eine Verstärkung unserer militärischen Repräsentanz.“

Es war klar: Sozialismus und die Strategie und Taktik der Armee, das konnte niemals zusammenpassen. Deshalb war das Problem für mich immer: Was wir brauchen, ist ein sich langsam entwickelnder Sozialismus. Wenn er jetzt schon angefangen hat, sollte man nicht das gesamte Volk beleidigen, sollte man nicht so tun, als hätte man nicht selbst die Fehler gemacht und nicht

richtig eingeschätzt, daß noch gar keine Voraussetzungen für den Sozialismus da waren.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Aber es wurde doch immerhin im Zentralkomitee damals darüber diskutiert. Warum hat es später, Herr Dr. Modrow, ähnliche Diskussion im ZK nicht mehr gegeben? Waren das alles nur kritiklose Ja-Sager und Befehlsempfänger, die gehorsam entgegennahmen, was ihnen gesagt wurde?

Dr. Hans Modrow, MdB: Ich glaube, die Dinge so zu vereinfachen, ist mit der Kompliziertheit des Prozesses nicht in Einklang zu bringen.

Ich war für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, als ich 1949 aus der Gefangenschaft kam, und dafür bin ich eingetreten. Ich war auch auf der 2. Parteikonferenz für eine sozialistische Alternative und bin im Herbst 1989 noch dafür eingetreten, die DDR in sozialistischer Weise umzugestalten. Bei allem, was ich kritisch zu sagen habe, ist das meine Grundhaltung. In dieser Grundhaltung liegt auch manches, was Sie jetzt anfragen.

Ich gehörte dem ZK der SED als Kandidat seit 1958 an. Ich habe also drei Zentralkomitees, jenes unter Ulbricht, das unter Honecker und auch noch das unter Krenz, erlebt. Wenn ich von der Grundhaltung ausgehe, dann habe ich bei Ulbricht immer das Gefühl gehabt, daß er alle Auseinandersetzungen, ob mit Karl Schirdewan und mit Lohagen, ob mit anderen, in das Zentralkomitee getragen hat. Es gab keine grundlegenden Änderungen in der Führung der SED, ohne daß Ulbricht sie als eine ZK-Auseinandersetzung gestaltet hat. Er war sich dabei einer mehrheitlichen Entscheidung sicher. Aber das ist nach meiner Meinung auch das Ulbrichtsche Verständnis von einem Führungsgremium gewesen. Für Ulbricht war das Zentralkomitee bedeutsamer, als es später für Honecker in der Grundauffassung gewesen ist. Das ist die Thälmannsche Schule, die Ulbricht hatte, die bei ihm nicht eine Wortblase war wie später bei Honecker, sondern für Ulbricht war das Zentralkomitee der Kreis der Auseinandersetzung. Daß er das sehr wohl beherrschte, konnte man dann in Plenartagungen erleben. Ich habe als Mitglied des Büros der SED-Bezirksleitung in den fünfziger Jahren das Politbüro unter Ulbricht hinreichend erlebt, mit scharfen Auseinandersetzungen um den damaligen 1. Sekretar Hans Kiefert.

Alles das hat mich auch mit geprägt, aber immer in der Haltung – hier liegen die Probleme mit mir selber –: Es geht um den Sozialismus, für den du bist, in ihm stecken Probleme. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU war mir klar, es gibt keinen Gott wie Stalin, sondern es gibt einfach Menschen, die das zu verantworten haben. Aber es war immer – das war die Befangenheit – unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten mit ihrer tiefen Gegensätzlichkeit gab, auch bei mir die ausgeprägte Haltung: „Du machst nichts, was dem Gegner nützt, sondern du tust das, was für den Sozialismus gut ist.“ Und damit kam auch die Einengung.

Das Zentralkomitee unter Erich Honecker hat in der ersten Phase noch Sitzungen gemacht, in denen man sich mit Tagesordnungen beschäftigte. Gerhard, du wirst dich erinnern. Die Mikroelektronik war wohl für dich mit das Härteste, das es gab. Aber da man nichts mehr zusammenhalten konnte, waren es dann nachher die Riten, von denen Sie gesprochen haben.

Ich will aber noch eines anfügen zum Einfluß der Sowjetunion in den siebziger und achtziger Jahren. Auch hier muß man sich vor manchen Legenden schützen. Es gab ihn, es gab ihn tief, und es gab ihn auf manchen Gebieten nicht mehr. Ich habe ihn 1976 den IX. Parteitag vorbereitend in folgender Weise erlebt: Pjotr Andrejewitsch Abrassimow sagte zu mir im Vorfeld des Parteitages: „Genosse Modrow, Sie werden als Kandidat des Politbüros vorgeschlagen und gewählt werden.“ Ich habe gesagt: „Pjotr Andrejewitsch, je mehr Sie diese Frage stellen an Genossen Honecker, um so weniger wird es geschehen. Wenn Sie die Frage von der sowjetischen Seite stellen, werde ich nicht ins Politbüro kommen, da werden Sie sich irren.“ Und ich kam nicht hinein. Ich bekam schon Ende der siebziger Jahre den Hinweis, den Kontakt mit dem Parteisekretär in der Botschaft der Sowjetunion so zu gestalten, daß man dort nicht mit dem Wagen vorfährt, sondern daß man sich anders trifft.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war es ganz eindeutig, daß meine Kontakte, die ich vor allem mit Leningrad pflegte – Leningrad hatte immer ein Mitglied oder einen Kandidaten des Politbüros als Ersten Gebietssekretär, und ich konnte so viel Russisch, daß wir unter vier Augen miteinander sprechen konnten –, auch unter Kontrolle standen. Das Verhältnis zur Sowjetunion differenzierte sich. Es gab das offizielle, das öffentliche Verhältnis, und es bestand kein Interesse, insbesondere in der letzten Phase, daß sich gewisse Eigenständigkeiten in diesem Verhältnis entwickelten. Es sollte unter Kontrolle bleiben, weil die Einflüsse, die von dort kamen, differenziert gesehen wurden.

Nun kommt das Problem in diesem Zentralkomitee. Heute sagen sehr viele, daß wir eigentlich mehr die Perestrojka als die Fortsetzung des Kurses von Erich Honecker wollten. Aber hier gilt das Wort von Helmut Sakowski – ich würde sagen, ja, er hat recht –: „Mutig waren wir nicht.“ Die Versuche, hier und da in anderer Weise auf Probleme aufmerksam zu machen, sind dann wohl hinreichend diszipliniert worden. Aber damit will ich eines mit Deutlichkeit sagen: Das bedeutet nicht, daß wir alle nur Feiglinge waren. So war es auch nicht. Das kann ich für meine eigene Person sagen: Wenn ich nur ein Feigling gewesen wäre, dann wäre ich am 15. Januar 1990 ins Mausloch gekrochen und nicht zur Normannenstraße gegangen, wo mehrere tausend Bürger ihren Protest bekundeten. Das alles gehört auch dazu, wenn wir Geschichte, Mutigsein und alles andere miteinander differenziert betrachten wollen. Das ist sozusagen diese deutsch-deutsche Geschichte mit

ihrer Verzahntheit, mit ihrer Kompliziertheit. Wenn wir nicht bereit sind, sie anzunehmen, werden wir auch der Wahrheit immer nur ein viel zu geringes Stück näherkommen.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Danke, Dr. Modrow. Es ist sicherlich so, wie Sie sagen. Es gab auch den Mut von Robert Havemann, das muß man auch einmal sehen. Den hätte man sich natürlich, wie ich meine, auch in der SED gewünscht. (Beifall)

Ich darf nunmehr die Führung der Diskussion an Rainer Eppelmann zurückgeben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bisher 15 Mitglieder der Enquete-Kommission möchten Fragen an die Zeitzeugen stellen. Wie abgesprochen, gebe ich Herrn Fricke und Herrn Schwarz die Möglichkeit, jederzeit mit einzusteigen. Der erste: Markus Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Ich habe mehrere, aber sehr kurze Fragen in bezug auf Aussagen von Herrn Uschner, der sagte: Außenpolitische Fragen, das heißt, was in Ungarn oder in der Sowjetunion innenpolitisch passierte, wurden bei uns nicht diskutiert. Ich habe die Frage an Herrn Schirdewan: Wie wurden die Ereignisse 1956 in Ungarn im Politbüro reflektiert?

Die zweite Frage betrifft die Kommunikation nach Moskau. Herr Modrow hat jetzt schon einiges dazu gesagt. Wie lief für das Politbüro, das heißt für die wirklichen Entscheidungsträger, die Kommunikation nach Moskau? Über die Botschaft, über Direktkontakte? Wer waren hier die Kommunikationsträger?

Dritte Frage: Wie war die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ministerien? Herr Uschner sagte in bezug auf das Außenministerium: Wir bekamen das Material „Zur Lage“, machten daraus eine Vorlage, und dann ging sie mit den entsprechenden Anweisungen zurück. War das der übliche Weg bei allen Ministerien, oder gab es da Unterschiede?

Letzte Frage: Herr Schürer, ich hörte als Nebenbemerkung: Aus der Sowjetunion bekamen wir den Rohstoff, machten hier die Industriewaren, und die gingen zu einem großen Teil dorthin zurück. Wie waren die Einflüsse in bezug auf die Entscheidungsstrukturen der Industrieproduktion aus Moskau in den letzten 20 Jahren?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Als erstes bitte die Antwort von Herrn Uschner und dann drei Antworten von Herrn Schirdewan.

Dr. Manfred Uschner: Die Praxis in der Außenpolitischen Kommission war nicht typisch. Es war aber so, daß dieser Riesenapparat, dem Sie, Herr Meckel, auch einmal eine Zeitlang vorstehen durften, natürlich eine Fülle von Länder- und Sektoreninformationen brachte und daß nach Arbeitsplan alle Länderbereiche einmal durchgegangen wurden, möglichst jene, die den heiklen Problemen der Situation in der Sowjetunion nicht nahe kamen. Das hat man der Abteilung Internationale Verbindungen überlassen, die sich

dann in Abstimmung mit der Grundsatzabteilung des Außenministeriums auf einem Mittelweg bewegte. Wir haben auch vor jedem Parteitag eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Außenministerium gehabt und – das kann ich wirklich beschwören – im kleinen Kreis Analysen gemacht, die auch in der westlichen Welt Bestand gehabt hätten. Sie fanden sich nur nicht wieder, nachdem wir sie abgegeben hatten, nachdem sie von Axen begrüßt wurden, sondern es kamen dann die zehn Punkte der Strategie von Mittag, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wir blieben weg, und es wurde weiter gewurstelt. In unserem Gremium waren das MfS, die militärische Abwehr, alle internationalen Bereiche dieses Landes vertreten.

Ich habe vielleicht die Frage vorhin nicht genau beantwortet: Es gab über die Nomenklatur natürlich eine systematische Kontrolle in allen Bereichen. Es gab die Politbüro nomenklatur, da mußte einmal im Jahr berichtet werden, wie sich der Betreffende verhält, ob Minister oder ZK-Mitglied; es gab die Sekretariatsnomenklatur usw. Und das betraf auch das Feld der Außenpolitik.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Herr Schirdewan, bitte.

Karl Schirdewan: Die Ereignisse in Ungarn haben natürlich eine äußerst beunruhigende Situation bei uns herbeigeführt, daran besteht kein Zweifel. Das erste war, daß man zunächst bei uns unterscheiden mußte in der Einschätzung der ungarischen Situation, daß es eine Differenz gab zwischen Ulbricht und mir und einigen wenigen Politbüromitgliedern, weil Ulbricht, natürlich zutiefst erschrocken, jedes Jahr wieder an den 17. Juni dachte und voller Ängste war, daß das Ganze sich weiterentwickeln würde. Wir waren der Meinung, daß das nicht der Fall sein wird, sondern daß nach dem 17. Juni 1953 eine tiefe Erfahrung in dem Volk der DDR war, daß so etwas zu nichts führen kann. Ich nenne nur den Ausnahmezustand, der in der DDR eine Zeitlang existiert hat. Das ist eine wesentliche Frage gewesen.

Ich war etwa drei Wochen vorher mit einer Delegation zum Freundschaftsbesuch in Ungarn, es ging um dringende Wirtschaftsprobleme. Wir flogen morgens hin und am Abend zurück. Kádár war damals schon da. Das Wichtigste war, daß Kádár zunächst bemüht war, eine Änderung der Politik von Rakosi herbeizuführen, was mich veranlaßte, im Jahre 1956 in der Auseinandersetzung mit Ulbricht zu sagen: „Ich möchte nicht, daß er den Weg von Rakosi geht.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die letzte Frage ging an Herrn Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Der Warenumsatz zwischen der DDR und der UdSSR war mindestens fünfmal so groß wie der zwischen der DDR und der BRD. Der Kunde bestimmt die Produktionsstruktur, der Kunde bestimmt die Grundlinien seiner Abnahmebereitschaft für die Güter, die er im Austausch für Rohstoffe bezieht. Wir waren daran interessiert, möglichst hochveredelte Produkte zu liefern, um das Material, das kontingentiert war und über lange Entfernungen herangeschafft werden mußte, als Export veredelt zurückzuschicken. Wir

waren aber auch gezwungen, auf Wünsche einzugehen, die uns nicht in die Struktur paßten, wie die Entwicklung des gesamten Chemieanlagenbaus. Das war damals erforderlich geworden, als die UdSSR in Tjumen (Sibirien) das große Erdölgebiet erschlossen hat, das dann mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion lieferte. Plötzlich nahm die Chemie in der UdSSR einen Riesenaufschwung, und wir wurden zum Hauptlieferanten von Technik. Wir haben aber auch 1.000 Reisezugwagen, 1.300 Kühlwaggons jährlich sowie Supertrawler – fast 70 Prozent des Schiffbauexports gingen in die UdSSR – zur Bezahlung der Rohstoffe geliefert. Insofern hatte die UdSSR einen großen Einfluß.

Die Entwicklung der Mikroelektronik – weil dieses Stichwort vorhin fiel – war nicht auf Druck der UdSSR in der DDR entstanden. Die UdSSR hatte eine eigene Entwicklung, die auch gegenüber dem Weltstand zurücklag. Man muß sehen, daß die technische Forschung auf dem Gebiet der Rüstung in der UdSSR dem Weltstand entsprach, aber zwischen der Rüstung und der zivilen Anwendung war ein Abstand von zehn bis zwölf Jahren.

Wir haben also in die UdSSR sehr viel geliefert an Maschinenbauerzeugnissen, an schwerer Technik, aber auch – und da konnten wir nie genug liefern – Konsumgüter aller Art: Textilien, Möbel, alle Arten von Konsumgütern außer Lebensmittel.

(Abg. Meckel (SPD): Es war noch die Frage, über wen die Kommunikation nach Moskau lief!)

– Ich könnte dazu nur sagen, daß die Kommunikation mit Moskau auf vielen, vielen Wegen lief, bei weitem nicht nur über die Botschaften. Wir hatten ohnehin in allen unseren Organen und Dienststellen Berater auf allen Gebieten, auch Verteidigung und Sicherheit. Das Oberkommando des Warschauer Vertrages hatte seinen Vertreter hier in Berlin; die Staatssicherheit hatte Vertreter des KGB hier in Berlin. Natürlich gab es hier direkte Verbindungen und Informationen. Es gab auch Verbindungen über die Botschaften und auch solche, die die Parteiführung nicht kannte, die nach der Wende bekannt geworden sind. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber Werner Krolikowski sagte, er habe schon ab 1980 ständig die sowjetische Seite über Ereignisse, wichtige Dinge in der DDR informiert. Wenn es denn stimmt, ist das auch eine Quelle der Information gewesen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nächster Frager ist Herr Prof. Schroeder.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Ich habe auch eine Frage an Herrn Schürer. Herr Schürer hat als eines der wenigen Beispiele für einen Konflikt zwischen dem Politbüro und Erich Honecker ausgerechnet den Besuch Erich Honeckers in Bonn angeführt. Sie sagten, das sei ein Alleingang gewesen, das Politbüro sei dagegen gewesen.

(Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nein, der Russe!)

– Aber das Politbüro auch, wenn ich es richtig verstanden habe.

Dr. Gerhard Schürer: Das haben Sie sicher falsch verstanden. Ich habe gesagt, daß die sowjetische Seite nicht einverstanden war mit dem Termin des Besuchs von Honecker in Bonn. Nicht das Politbüro; das Politbüro hat diesem Beschluß zugestimmt, hat die gesamte Vorbereitungsarbeit vorgelegt bekommen und war voll informiert.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Dann hat sich die Frage erledigt! Danke!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Soell, bitte.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Schirdewan. Sie hatten zahlreiche Auseinandersetzungen mit Ulbricht. Sie sind im Juli 1953 ins Politbüro gekommen, auch auf Grund der Ereignisse am 17. Juni, und hatten auch, wie Sie geschildert haben, Verbindungen mit der sowjetischen Seite. Was hat denn Ulbricht so lange an der Macht gehalten, daß seine Ablösung 1970/71 praktisch noch so große Schwierigkeiten machte, wie die Dokumente, die wir inzwischen kennen, aussagen? Fast ein Jahr, von Juli 1970 bis Mai 1971, hat dieser Prozeß gedauert. Was war denn das Interesse der Sowjetunion an Ulbricht? War er der Garant, der die Stabilität der DDR als Schlußstein in ihrem strategischen Vorfeld sicherte, oder waren es alte Beziehungen?

Herr Uschner, Sie sagten, Gespräche über sozialistische Länder, insbesondere auch die Sowjetunion, in der Internationalen Kommission des ZK seien tabu gewesen. Wie wurde denn die Frage Polen behandelt – das ist eine Frage, die sich auch an die Mitglieder des Politbüros richtet – 1980/81, als es zumindest Äußerungen von Honecker und anderen gab, die praktisch auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges, natürlich gemeinschaftlich mit der Sowjetunion, hinausliefen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Herr Schirdewan, bitte.

Karl Schirdewan: Ulbricht hatte natürlich unterschiedliche Bedingungen. Er war nicht beliebt bei Chruschtschow, aber natürlich angenehmer für Breschnew. Dadurch konnte er sich weiter stabilisieren. Später war es so, daß man sich gesagt hat, der Mann wird alt werden. Zu einem Parteitag, ich weiß nicht mehr genau, welcher es war – Erich Honecker hatte auch teilgenommen und ist dann in eine Stadt gefahren, in der er einmal gearbeitet hatte –, gab es die Absprache, daß es nun endgültig mit Ulbricht vorbei ist und Honecker kommt. Honecker ist von Ulbricht gepflegt worden, obwohl er weder den Verstand noch die Kultur hatte, eine solche Partei zu führen. Das ist auch von verschiedener Seite bestätigt worden. Er hat auch keine Entwicklung durchgemacht als Jugendsekretär. Das hat auch Grotewohl aufgeschrieben, und ich war der gleichen Meinung. Aber Ulbricht brauchte Honecker als

den Nachfolger, als den Garanten für das dogmatische Verhalten und für den ultralinken Kurs. Der Radikalismus, den es in unserer Politik, nicht nur vor 1933, gegeben hat, als die Komintern noch existierte, sondern vor allem auch, als die Macht in die Hände der KPD und dann der SED fiel, ist eines der entscheidendsten Probleme, das aufgearbeitet werden muß: wie es zustande gekommen ist, wie sich die Spaltung KPD – USPD – SPD entwickelt hat und wie wieder das Zusammenkommen war von USPD und Spartakusbund bzw. KPD, wie tief also der Abgrund zwischen der Sozialdemokratie und diesen äußerst linken Kräften geworden ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Uschner, bitte.

Dr. Manfred Uschner: Ich habe zweimal erlebt, daß es durchaus Vorlagen gab zur Lage der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern, die aber unsere Kommission nicht verabschiedet verlassen haben. Das hing einmal damit zusammen, daß der Vorsitzende Hermann Axen ein alter Kommunist war und es einfach seiner Überzeugung widersprach, daß es keinen Kraftzuwachs mehr in der Sowjetunion gab, sondern erhebliche Mängel, vor allem im Produktivitätsvergleich mit anderen Ländern, daß die Totrüstungsstrategie des Westens funktionierte, daß der Lebensstandard sank, daß praktisch mit jeder Rakete auf dem Roten Platz der Lebensstandard der Sowjetbürger vorüberzog. Sobald wir diesen Punkt in der Analyse erreicht hatten – sie kam meist aus der Internationalen Abteilung –, wurde das zerlesen, zerredet und abgebrochen. Es waren auch Vertreter von Herrn Schürer da, wie Herr Grünheid, die exakte Zahlen auf dem Tisch hatten, wie man in welcher Branche in der Produktion wirklich stand. Das waren nicht die Zahlen des „Neuen Deutschland“.

Nach Gorbatschow gab es überhaupt keine Vorlagen mehr. Die Sowjetunion wurde so behandelt, wie etwa Honecker das eine Bild mit Gorbatschow im Flugzeug bei seiner Rückreise nach Chile behandelt hat. Das war einfach tabu.

Ich darf noch ergänzen: Die Verbindungen zur Sowjetunion waren natürlich zweiseitig. Es gab viele Verbindungen. Man kannte sich seit vielen Jahren auf allen Gebieten. Deshalb kann ich auch das von der „Sturzgeburt der Wende“ überhaupt nicht akzeptieren. Ich kann nur von der Ungläubigkeit vieler Oppositioneller, aber auch Gesprächspartner im Westen sprechen. Denn neue Dokumente belegen, daß spätestens nach einem Gespräch zwischen Genscher und Gorbatschow im Sommer 1986 bereits die Weichen gestellt wurden auf eine Einigung, natürlich noch mit SEW, DKP usw. Ich weiß, daß am letzten Tag des XI. Parteitages – das war 1986 – mir ein enger, persönlicher Mitarbeiter Gorbatschows gesagt hat: „Sobald die Raketen weg sind und es keine Möglichkeit und keinen Anlaß mehr gibt, im Herzen Europas Krieg zu führen, wird das Interesse der Sowjetunion an einer künstlichen Aufrechterhaltung der DDR nachlassen.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die dritte Frage von Herrn Prof. Soell

ging entweder in die Richtung von Herrn Schürer oder von Herrn Modrow. Einer von Ihnen beiden war zu dieser Zeit nicht im Politbüro, wenn ich es richtig sehe. Also einer von Ihnen beiden, bitte.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die Frage, ob innerhalb des Politbüros über Polen 1980/81 und über eine mögliche Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten diskutiert worden ist, geht natürlich an diejenigen, die – sei es als Kandidaten, sei es in anderer Verantwortung – an den Diskussionen teilgenommen haben.

Dr. Gerhard Schürer: Wenn ich ergänzen darf, auch zu der Frage Ulbricht-Ablösung: Ich habe miterlebt, daß Ulbricht in den letzten Jahren sehr großen Altersstarrsinn entwickelt und die gesamte Ökonomie im Lande in eine sehr schwierige Lage gebracht hat. Es war die Zeit, als er gefordert hat, Pläne aufzustellen mit zehn, zwölf Prozent Wachstumsraten, die völlig unreal waren. Es war eine Zeit, da er die Kybernetik, die Heuristik und alle möglichen Erkenntnisse in die Führungstätigkeit der Partei bringen wollte. Es war die Zeit, als Systeme entwickelt wurden, übrigens auch unter Mitwirkung großer Wissenschaftler wie Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Thießen das in sich geschlossene System stoffumwandelnder Prozesse als große Erfindung der Chemie der DDR. Das alles gab es, und das alles ließ uns ganz dringend notwendig erscheinen, die Ablösung Ulbrichts zu dieser Zeit zu organisieren. Ich war glücklich, als er abgelöst wurde, obwohl ich ihm viele, viele Jahre gern gedient habe.

Aber der Mangel an innerparteilicher Demokratie machte jeden Kaderwechsel eines Generalsekretärs nicht nur in der DDR zu einer Katastrophe. Wie das alles organisiert wurde, wie man das hintenherum und vornherum durchbringen mußte, habe ich vielfach miterlebt, nicht nur in der DDR, bei Ulbricht und später auch wieder bei Honecker.

Von dem „Angriffskrieg gegen Polen“ habe ich in der Zeitung gelesen. Ich selbst habe nicht eine einzige Sitzung des Politbüros mitgemacht, wo auch nur etwas in die Nähe eines Angriffskrieges gegen Polen Gehendes Gegenstand der Diskussion war. Ich halte das für eine irgendwie hochgespielte Sache. Was es ist, weiß ich nicht. Ich habe es jedenfalls nicht miterlebt. Wir haben Polen immer als einen guten Nachbarn betrachtet und natürlich mit ihm Sorgen geteilt, wenn im Inneren des Staates Riesenschwierigkeiten entstanden waren, sich große politische Veränderungen ankündigten. Aber wir haben ebenso mitgebangt, als Gierek ein zweites Polen im Aufbau empfohlen hat, weil das völlig unrealistisch war, und wir haben diskutiert mit den Leuten in der polnischen Regierung und in der polnischen Führung. Aber ich habe nichts erlebt, was auch nur in die Nähe eines Angriffskrieges geht, den die DDR gegen Polen starten wollte.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Sagen Sie „Einmarsch“ nach dem Muster von 1968 in der Tschechoslowakei!)

– Auch kein Einmarsch.

Dr. Hans Modrow, MdB: Hier möchte ich etwas kurz ergänzen. Ich stütze zunächst das, was Gerhard Schürer sagte, nach meiner Kenntnis. Es hat auf diesem Gebiet militärisch nichts gegeben. Ich halte das, was hier vorgelegt wird, nicht für exakt. Was es gegeben hat, ist ein politischer Versuch der Einmischung. Wir bekamen – das war abgestimmt innerhalb der Parteien – den Auftrag, über unsere Kontakte nach Polen so zu wirken, das Kania als damaliger Erster Sekretär abgewählt wird und ein Nachfolger kommt. Dort war zunächst Olszowski vorgesehen. Durch den Vorschlag von Poremski, der der 1. Sekretär in Wrocław war – mein Partner –, ist dann General Jaruzelski gewählt worden. Ich habe in Wrocław mit mehreren Mitgliedern und Kandidaten des ZK der PVAP dann Gespräche geführt, daß es an der Zeit sei, eine Änderung auf personellem Gebiet herbeizuführen.

Zur Diskussion im militärischen Bereich: Ich habe im November 1981, etwa drei Wochen bevor Jaruzelski verkündet hat, es gebe den Ausnahmezustand, mit Tadeusz Poremski, der dem Politbüro der PVAP angehörte, und mit meinem Partner aus Jelenia Gora diskutiert. In dieser Diskussion vertrat Jerzy Golis aus Jelenia Gora noch die Auffassung, die Lage in Polen könne sich so entwickeln, daß es zu einer Aufforderung komme, von außen militärische Unterstützung zu geben. Poremski hat mit aller Eindeutigkeit gesagt – und er kannte die Situation im Politbüro –: „Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung von Polen, die Lage in Polen, unter welchen Bedingungen auch immer, so zu beherrschen, daß es zu keinerlei Einmarsch kommt, denn das wäre für Europa im Prinzip die Auslösung eines militärischen Konflikts.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Prof. Wilke, bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Modrow hat auf die Situation 1981 abgehoben, zur Diskussion steht aber die im November 1980. Nach dem Protokoll des Politbüros haben Sie, Herr Schürer, als Kandidat, und auch Herr Schabowski an der außerordentlichen Politbürositzung in Strausberg teilgenommen, wo das Politbüro nachträglich einen Brief von Honecker an Breschnew bestätigt hat, der den Konsultationsmechanismus nach Prager Muster von 1968 in Gang setzte und worin Formulierungen sind, daß das sozialistische Polen stirbt, und es wird die Lenin-Formel vom Aufstand von 1917 paraphrasiert: „Gestern war es noch zu früh, heute ist es rechtzeitig, übermorgen könnte es zu spät sein; und wir glauben nicht, daß die Polen das noch in den Griff kriegen.“

Am 5. Dezember 1980 findet dann die Generalsekretärssitzung in Moskau statt. Auf dieser Sitzung hat das Politbüro – dabei waren wiederum Sie, Herr Schürer, nach dem Protokoll anwesend – erstens beschlossen, daß diese Tagung stattfinden soll; zweitens ist der Redewurf von Honecker, wo vom Blutvergießen als Ultima ratio für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht die Rede ist, bestätigt worden; und drittens ist die Delegation festgelegt worden – wir können sie ruhig einmal nennen –: Honecker,

Stoph, Axen, Mielke, Hoffmann; als Sekretär wird Eberlein festgesetzt. Es wird sowohl am 28. November als auch am 2. Dezember beschlossen, daß Honecker Generalvollmacht bekommt, alle Maßnahmen durchzuführen, die der Warschauer Pakt für notwendig hält. Auf dieser Sitzung hat Kania, ein Jahr bevor das Kriegsrecht exekutiert wird, das Kriegsrecht als Lösung angeboten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wenn ich es richtig mitbekommen habe, geht das in Ihre Richtung, Herr Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Ich beziehe mich auf meinen Punkt eins. Wenn es etwas gibt, was mich belastet, dann soll das auf den Tisch gebracht werden, dann werde ich mich dazu äußern. Mir ist das, was Sie sagen, nicht bekannt. Wenn das, was Sie sagen, wahr wäre, würde ich zu meiner Verantwortung stehen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Lehne, bitte.

Abg. Lehne (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich habe eine im Grunde ganz banale Frage, die mich schon brennend interessiert, an Herrn Schabowski, und zwar Bezug nehmend auf die Rolle der politischen Führung im Politbüro. Wußten die Mitglieder des Politbüros eigentlich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre von den Realitäten im Lande, von der schlechten Stimmung an der Basis, von den wirtschaftlichen Verhältnissen? Bekamen sie Informationen darüber aus dem Bereich der Staatssicherheit geliefert? Oder glaubten sie das, was sie selber in der „Aktuellen Kamera“, im „Neuen Deutschland“ oder in anderen Medienerzeugnissen verbreiteten? Wenn ersteres galt, dann ist meine Frage die: Ist darüber im Politbüro gesprochen worden, und warum sind dann keine Konsequenzen daraus gezogen worden?

Günter Schabowski: Ich habe immer gesagt, wenn ich in dieser Richtung befragt wurde, daß die Führung der SED, also das Politbüro – das ZK kann man mit einbeziehen – nicht an einem Realitätsverlust gelitten hat, sondern daß etwas anderes wirksam war: Die Realitätsverdrängung ist zu einer ausgefeilten Technik entwickelt worden. Mir steht es nicht zu, hier irgendwelche wertenden Bemerkungen zu machen. Aber die Debatte, die zeitweilig stattgefunden hat, hat für mich die Töne, wie man durch frühere, klügere oder rechtzeitige Maßnahmen das hätte verhindern können, was dann 1989 entstanden ist. Darin unterscheide ich mich von einigen meiner Partner hier, ich bin ganz anderer Auffassung. Ich bin nicht etwa der Auffassung, daß die Periode Ulbrichts eine bessere oder eine wirksamere Periode gewesen sei als die nachfolgende Periode. Darüber könnte man extra stundenlang reden. Ich halte das für eine unzutreffende Bewertung der Entwicklung der DDR.

Ihre Frage kann man nicht beantworten und dabei mit Verständnis bei dem Fragesteller rechnen, wenn nicht klar ist, daß diese SED eine Partei war, wie jede kommunistische Partei, die nach 1917 im Schisma mit der Sozialdemokratie entstanden ist, die der Auffassung war: Alles, was

bisher versucht worden ist an sozialer Veränderung, war Lug und Trug; die Sozialdemokraten waren Feiglinge, weil sie vor dem Letzten zurückgeschreckt sind; wir wagen es, gewissermaßen voraussetzungslos, durch den Sturz dieser etablierten Verhältnisse etwas Neues auf die Beine zu stellen, natürlich mit all den Risiken, die damit verbunden sind. Deswegen war die SED eine Partei, die nie – daß jemand darunter ist, der so gelebt hat, mag sein, aber generell würde ich es so sagen – gelebt hat mit einer Mehrheitsstützung. Wir konnten ein solches Wagnis nur versuchen ohne Rücksicht darauf, ob wir eine Mehrheit haben. Wenn ich auf eine Mehrheit warte, muß ich den sozialdemokratischen Weg gehen, und den haben wir verachtet.

Mit dem Moment der Realitätsverdrängung, das heißt der Verdrängung, daß gegen uns ein großer Teil der Bevölkerung, vielleicht die Mehrheit war, lebten wir also fortwährend.

Dafür hatten wir auch Rechtfertigungen: Wir waren eben die einzigen, die wußten, wohin der Marsch geht; wir wußten sozusagen, wie diese Gesellschaft zu erlösen ist. Ich bringe also hier einmal den Begriff der Gnostik mit hinein. Es ist eine Diesseits-Religion gewesen. Sie hat es auch möglich gemacht, daß man mit solchen Schwierigkeiten leben konnte. Daß viele nicht einverstanden waren, wußten wir. Aber wir haben auch noch andere Momente gehabt zur Selbstrechtfertigung. Wir hatten Anerkenntnis aus dem Ausland. Die DDR konnte sich besser vorkommen als die Sowjetunion oder als die Tschechen und die Polen, denn dort sah es schlimmer aus. Aus all solchen Dingen bezogen wir immer wieder neue Rechtfertigungen dafür, daß es unter diesen Umständen der Teilung der Welt, auch der militärischen Teilung, gar nicht anders sein konnte, als daß wir einen schwierigen Weg gehen. Und wenn die Bevölkerung das heute nicht begriff, würde sie es morgen begreifen.

Diese Zwangsverordnung von Glück war es, die uns immer gesteuert hat. Sie hat auch politische Entscheidungen bis zum letzten mitbestimmt, selbst wenn wir hier so darüber diskutieren, als ob das zu vergleichen wäre mit einer politischen Entscheidung, die sich in irgendeiner anderen Regierung abgespielt hätte. Das war immer der Hintergrund. Das erklärt überhaupt, wieso es dazu kommen konnte. Sonst wäre es in der Tat eine Horde von Verblödeten und Verrückten gewesen. Es war eine Truppe von Verblendeten. So ist die Sache gewesen. Ich sage das aus tiefster innerer Überzeugung. Hier gibt es persönliche Erklärungen. Ich verzichte darauf, eine persönliche Erklärung abzugeben. Meine persönlichen Erklärungen sind längst zutage gekommen.

Wenn es um Risiken geht, dann war es in der letzten Phase das größte Risiko, diesen lebenden Buddha abzuservieren. Hier ist die Rede davon gewesen, daß es unmöglich war, einen Generalsekretär anzutasten. In dieser Zeit hätte es zur blutigen Katastrophe geführt, siehe Dresden, siehe den Wahnsinn, der bis dahin schon möglich war. Dieser Mann mußte also weg. Dazu hatten sich drei Mann entschlossen; sie mußten eine träge Masse im Politbüro bewegen,

die ebenfalls das Zittern bekommen hatte und nicht sicher war, wohin der Hase läuft, ob diese Schnösel, die sozusagen keine Beziehung zu der großen revolutionären Sache hatten, die Richtigen wären. Aber aus Angst vor der Entwicklung draußen haben sie sich dann schieben lassen in diese Richtung. Aber selbst die, die das wagten, zeigten diesen ersten großen Bruch, der in einem kommunistischen Gehirn vor sich geht, wenn man den Generalsekretär antastet: diese öffentliche Schmach, diese Partei zersetzt sich, die schrecken nicht einmal davor zurück!

Aber was sollten wir denn tun? Da löst sich die Sowjetunion auf; die DDR soll weiter existieren; wir sind angewiesen auf die Bundesrepublik; wir müssen also nach Lösungen suchen, damit wir noch gesprächsfähig bleiben, akzeptabel bleiben – so war die Situation. Das geschieht in einer ungeheuren Kraftanstrengung bei der Verdrängung der Dogmen. Aber diese Dogmen sind immer viel stärker gewesen als die Realität. Die haben wir gesehen und haben gesagt, das muß man ändern.

Mittag hat es folgendermaßen gemacht: Er hat zwei Tage Planproduktion mehr im Jahr befohlen. Dann haben sich die anderen umgedreht und gesucht, wo die zwei Plantage sind, die sie nicht gefunden haben. Dann ging es irgendwie weiter mitten im Jahr. Beispielsweise hieß es am Jahresanfang: Berliner Plan, 400 Millionen Mark sind nicht gedeckt. Die Minister saßen dabei. Der Chef der Plankommission saß dabei und sagte: „Ich bin doch nicht derjenige, der in die Betriebe geht und sagt, ihr müßt aus nichts 400 Millionen machen. Erzählt mal, wo das herkommen soll: Was ist mit den Zuführungen?“ Was wurde geantwortet? Ich sage das jetzt nicht, um jemandem einen Vorwurf zu machen, sie waren in derselben Klemme. „Wir arbeiten an dem Problem.“ Dann wurde ein hoher Plan verabschiedet, und mitten im Jahr wurde der Plan wieder heruntersgesetzt, am Jahresende wurde über den heruntersetzten Plan berichtet, und dabei gab es dann eine Übererfüllung von zwei Prozent. So vollzogen sich die Dinge. So logen wir uns immer selbst in die Tasche.

Das führte dann zu dieser Überlegung: So geht es nicht mehr weiter, selbst wenn wir über den Schatten des Dogmas springen müssen. Davon waren zunächst drei überzeugt. Daß sich jeder Gedanken machte, war klar, aber irgendeiner mußte springen. Wer sprang? Modrow konnte keinen Marsch auf Berlin organisieren, um Honecker zu stürzen. Er mußte abwarten, daß der da oben abgesägt würde von den drei komischen Gestalten, die noch übriggeblieben waren.

Dann müssen Sie verstehen, daß wir uns auch selber nicht gekannt haben. Wir waren in einem Gremium, in einer Welt, in der sich alles nach Ritualen abspielte. Eine Abweichung von der Sprache war schon suspekt. Plötzlich standen wir auf dieser Ebene, und der Wind der politischen Realitäten umpfiff uns. Dabei stellte sich erst heraus, wer zu welchen Schritten imstande war. Den Sturz konnte man also auf diese Weise bewältigen. Aber als wir dann

zosusagen ohne Vater dastanden und die Leute plötzlich mit Forderungen kamen, es mußte reagiert werden, zeigte sich erst, wie weit einzelne, selbst die, die diesen Schritt gewagt hatten, noch unter dem Dogma standen und sich dann rückwärts orientierten, während andere bereit waren, nach vorne zu gehen.

Übrigens ist das der Grund, daß es heute auch zwischen den damals an dieser Sache Beteiligten keine gemeinsame Sprache mehr gibt. Die einen sind zurückgefallen. Sie trauern dem nach, daß sie Honecker heute nicht mehr akzeptiert, und möchten am liebsten sehen, daß sich noch eine versöhnende Geste bemerkbar macht. Andere profitieren davon, daß die Bevölkerung der ehemaligen DDR zu verstehende – weil das keine Reflektanten, sondern Menschen sind, die einfach leben, und sie leben heute auf einmal in einer ungeheuren Unsicherheit – unreflektierte nostalgische Empfindungen und Erinnerungen an die Zeiten der Sicherheit hat. Manche leben von dieser Nostalgie. Aber diese Sicherheiten waren nicht finanziert, ja, noch schlimmer, sie waren finanziert von denen, die wir als die verachtetsten Feinde betrachtet haben, nämlich über den Weg von Anleihen. So schauerlich ist das gewesen.

Wie konnte diese Führung damit leben? Als wir noch alle auf dem hohen Roß saßen, durchdrungen von dieser Ideologie, haben wir uns gesagt: „Das ist doch clever, wenn wir uns von der anderen Seite die Milliarden holen, die unsere sozialistische Physiognomie ausmachen, und wenn es einmal ganz scharf kommt, dann wird das sowieso ersatzlos gestrichen, denn daß wir uns denen unterwerfen, kommt überhaupt nicht in Frage.“ Das war, abgesehen von allen Einzelheiten, die Ideologie, die letztlich dahintersteckte, von einem Sendungsbewußtsein, das ich auch respektierte. Ich respektiere einen Mann wie Schirdewan, der ein Kämpfer für die Sache war. Ich kenne manche von den Alten. Aber das kann mich doch nicht davon abhalten oder sollte überhaupt niemanden davon abhalten, sich die Frage vorzulegen, die die Frage aller Fragen ist für Kommunisten: Wir hatten 40 Jahre Zeit, hatten die Macht. Warum rennen nach diesen 40 Jahren die Leute in Scharen von uns weg? Haßvoll treten sie die Funktionäre und die Mitglieder der Partei in den Hintern. Daran ist ja die Partei kaputtgegangen. Ihre Funktionäre hatten Angst vor ihren Nachbarn, vor ihren Kollegen im Betrieb und überall. Diese Partei ist weggebrochen. Man glaubte sie dadurch zu retten, daß man irgendwelche Figuren auswechselte. Das hat nichts genützt, sondern es war verwirtschaftet worden. Das ist der Punkt. Man muß sich die Frage stellen: Wenn wir mit einem solchen Anspruch angetreten sind und soviel Zeit hatten, wodurch ist es dann dazu gekommen, daß wir so gestrandet sind? Es muß doch niemand von uns sagen, er sei ein Verbrecher gewesen, von Ausnahmen vielleicht abgesehen. Diese Frage läßt sich nicht nur damit beantworten, daß irgendeine Sache 1980 im Politbüro entschieden worden ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, lassen Sie uns einmal wieder zu Wort kommen.

Günter Schabowski: Ich bitte um Entschuldigung, aber das provoziert dieses Gremium.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zwei Zwischenbemerkungen, eine von Herrn Fricke, die zweite von Herrn Thierse.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich wollte eigentlich nach dieser mich auch sehr beeindruckenden Diskussionseinlage nur fragen: War man tatsächlich so gläubig, daß man die Informationen, die einem zuflossen, gute Informationen, nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie nicht ins eigene Weltbild paßten? Ich begreife das immer noch nicht, daß das Politbüro als Macht- und Entscheidungszentrum, das über die besten Informationen verfügte, dem also regelmäßig zum Beispiel von der ZAIG der Staatssicherheit Lageanalysen vorgelegt wurden, diese nicht zur Kenntnis nahm. Und wenn sie zur Kenntnis genommen wurden, wieso konnte es dann zu dieser „Realitätsverdrängung“, wie Sie sagen, kommen?

Abg. Thierse (SPD): Herr Schabowski, lassen Sie mich gleich noch eine Frage in dieselbe Richtung stellen. Gibt es nicht noch eine andere Erklärung? Ich denke, daß ideologische Verblendung der Hauptgrund ist. Aber mich interessiert noch die andere Seite: Wie war die Hierarchisierung durch Informationszuteilung, Informationszuweisung? Eine Frage auch an Sie, Herr Schürer, auf wirtschaftspolitischem Gebiet, und auch an Sie, Herr Modrow, Sie waren ja Chef der Bezirksleitung: Wie war dieses System? Wem wurde zuteilt? Wer konnte dann wo mitreden, wo mitentscheiden? Wer wurde ausgeschlossen? Wie wurden dann die Informationen vom MfS verwendet, verwertet? Wer hatte die Möglichkeit, Informationen vom MfS anzufordern und damit Herrschaftswissen zu gewinnen? Das ist doch die andere Seite.

Ich glaube, daß die „ideologische Verblendung“ nicht vollständig ausreichen wird, wirklich Entscheidungsabläufe zu erklären.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Herr Schabowski, dann Herr Schürer.

Günter Schabowski: Es hat ein geregeltes System der Information gegeben, das so aussah, daß die Politbüromitglieder von Zeit zu Zeit Informationen der Staatssicherheit bekamen, die von Mielke unterschrieben waren. Sie informierten im wesentlichen oder fast ausschließlich über die Tätigkeit der oppositionellen Gruppen. Solche Dinge habe ich bekommen. Dadurch haben wir erfahren, daß Templin zur Gruppe für Menschenrechte gehört, daß sie eine Sache am Soundsovielten organisiert hat usw. Es waren Informationen, keine Tagesordnungspunkte. Diese Fragen wurden nie als Tagesordnung im Politbüro behandelt. Auch interessant, insofern darf ich noch einen Satz dazu sagen. Darüber ist nie gesprochen worden; ich kann es nur deuten, und so

wäre auch meine Einstellung gewesen: Es durfte nicht sein, daß über diese Opposition offiziell als Tagesordnungspunkt im Politbüro gesprochen wurde. Damit hätte sie eine Bedeutung erlangt, die wir ihr nie zugestanden hätten. Das waren verschwindend kleine Randgruppen, über die mußte man Bescheid wissen, aber das war Sache der dafür Zuständigen, also der Staatssicherheit. Daß wir also darüber informiert waren, war in Ordnung.

Eine zweite Art von Informationen bekam ich als 1. Sekretär der Bezirksleitung über Stimmungen in Berlin, über die Situation in Betrieben. Daraus erfuhr ich dann auch, daß offensichtlich in jedem Betrieb jemand saß, der fachkundig Berichte darüber schreiben konnte, warum eine bestimmte Art von Produktion nicht klappte. Dazu muß ich sagen, das war für mich nichts Aufregendes. Denn die Lage in Berlin kannte ich genau. Ich kannte die Lage in den Betrieben; ich bin ja in Betriebe gegangen, dort waren die Probleme. Das hat uns nicht sonderlich erregt, das haben wir beiseite gelegt.

Aber es war nie so, insofern komme ich wieder auf den Punkt, daß mich das existentiell beeindruckt hätte, noch bis Ende 1988, obwohl ich einen Kleinkrieg führte in den Betrieben, um den Leuten bei der Planerfüllung zu helfen, die dann zu mir kamen. Wir haben herumgewirtschaftet; dann habe ich die Minister angerufen, bis ich merkte, daß der Minister aus lauter Schieß vor einem Politbüromitglied in eine Kiste grapschte, die für andere gedacht war, und sie nach Berlin schickte. Dann rief jemand aus Dresden an und fragte: „Was hast du da gemacht; jetzt sind uns die Zulieferungen weggekommen!“ Das waren die Denkanstöße, dazu brauchte ich nicht die Stasi-Informationen. Dazu hatte ich genügend Informationen.

Das Problem bestand darin, daß wir nicht weltfremd waren, daß wir wußten, was sich abgespielt hat, und daß wir dennoch in diesem Training waren, immer gegen eine Bevölkerung zu leben und zu arbeiten, die schwankend war, mal etwas mehr, mal etwas weniger oppositionell zu uns eingestellt war.

Die beste Zeit – da war auch der Zuspruch für Honecker – war die Zeit seines Amtsantritts als Generalsekretär bis kurz nach Mitte der siebziger Jahre. Da hatte die SED das erstmal einen wirklichen Popularitätszuwachs.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, lassen wir Herrn Schürer noch einmal auf die Frage antworten.

Günter Schabowski: Aber in gewisser Weise sind das die Dinge, die dazugehören.

Dr. Gerhard Schürer: Auf einen Mangel an Informationen kann sich überhaupt keiner berufen, der wie wir an der Spitze der Führung war. Wir haben so viele Informationen gehabt, daß keiner sagen soll: Ich habe es nicht gewußt.

Das zweite ist, welche Informationen man überhaupt verarbeiten konnte. Da nimmt man sich natürlich vorrangig die sachbezogenen Informationen, die

das eigene Gebiet betreffen, um sie zu studieren. Zum Beispiel kenne ich die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit über die wirtschaftliche Lage ganz genau, die habe ich alle bekommen und alle gelesen; dagegen habe ich andere, die andere betrafen, nicht gelesen.

Das dritte ist, welches Erinnerungsvermögen man heute hat. Man kann tatsächlich nicht alles, was in den 40 Jahren an Beschlüssen gefaßt wurde und in den Akten ist, im Kopf haben. Deswegen bin ich der Meinung, wenn es Dokumente gibt, muß man sich mit den Dokumenten beschäftigen. Ich bin den Wissenschaftlern sehr dankbar, daß sie mir die Dokumente bringen und dann mit mir das Problem durchgehen und fragen: Warum war das damals so? Wie kann man das einschätzen? Da gibt es eine exakte Dokumentation, z. B. über die Kontroverse Mittag – Schürer, über die ich vorhin einmal gesprochen habe. Das ist von der Freien Universität dokumentiert mit Originaldokumenten und entsprechenden Einschätzungen der Wissenschaftler. Meiner Ansicht nach ist das eine gute Form, an der Geschichtsaufarbeitung teilzunehmen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nächster Kurzfrager: Dr. Mitter.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich habe eine ganz kurze Frage an Herrn Dr. Modrow. Sie bezieht sich auf Ihre Ausführungen zu Ihren Beziehungen zur sowjetischen Botschaft. Gehe ich richtig in der Annahme, daß man durchaus konspirativ mit der sowjetischen Botschaft arbeiten konnte, jenseits vom Politbüro, jenseits vom Generalsekretär? Sie sagten so etwas, daß man mit dem Wagen einfach vor der Hintertür vorgefahren ist. Ich kann mir das, ehrlich gesagt, nicht ganz vorstellen.

Die zweite Frage geht an Herrn Dr. Schürer. Wie stellt es sich in Ihrer Erinnerung dar: Welchen Stellenwert hat Ökonomie in den Politbürositzungen unter Ulbricht gehabt? Hat es sich in irgendeiner Weise verändert unter Honecker? Wie würden Sie den Einfluß von Wirtschaftsexperten, also kundigen Leuten, unter beiden Generalsekretären einschätzen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann. Zuerst Herr Dr. Modrow.

Dr. Hans Modrow, MdB: Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie von der Tätigkeit der Diplomaten auch der Bundesrepublik Deutschland heute haben, ob die in den Ländern sitzen und schlafen oder ob sie Kontaktpersonen haben, mit denen sie reden, mit denen sie Begegnungen haben. Auf jeden Fall halte ich es für normal, daß in diesem Falle der Parteisekretär, mit dem ich außerdem befreundet war, sich natürlich dafür interessierte. Der Weg war so, daß wir uns, wenn ZK-Tagungen waren, abends in der Sauna getroffen haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Schürer, bitte.

Dr. Gerhard Schürer: Die Ökonomie war im Stellenwert in allen Politbüros, die ich kennengelernt habe, Nummer eins. Die ökonomischen Fragen waren in der Tat auch die entscheidenden Fragen der Entwicklung und übrigens auch des Untergangs der DDR. Die DDR ist nicht untergegangen, weil

irgendwo einmal Fehler gemacht worden sind, sondern weil sie ihr Grundziel, in der Arbeitsproduktivität größere Leistungen zu vollbringen als andere, als kapitalistische Staaten, nicht erreicht hat. Dieses Grundziel hat übrigens keines der sozialistischen Länder erreicht. Es ist zumindest meine Meinung, daß das ein entscheidender Punkt des Untergangs der DDR ist: der Rückstand in der Arbeitsproduktivität, der damals mit mindestens 40 Prozent gekennzeichnet wurde und vielleicht sogar noch höher war.

Die ökonomischen Fragen haben eine große Rolle gespielt, sowohl bei Wilhelm Pieck als auch bei Walter Ulbricht und auch bei Erich Honecker. Sie waren natürlich immer flankiert von vielen anderen Fragen. Eine große Zahl der Unterlagen im Politbüro betraf ideologische Fragen.

Der Einfluß der Wirtschaftsexperten auf die Führung war bei Ulbricht stärker als bei Honecker. Erich Honecker hatte zu sehr sein Schicksal an dem großen „Wirtschaftsexperten“ Mittag festgemacht. Entschuldigen Sie, der Westen hat seinen Beitrag dazu geleistet, indem er Mittag immer als den größten Wirtschaftler der DDR bezeichnet oder zur Kenntnis genommen hat. (Zuruf: Vielleicht war das Absicht! – Heiterkeit)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es stehen noch elf Fragen auf der Liste. Ich gehe davon aus, daß die Liste damit geschlossen ist. Der nächste ist Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Die erste Frage an Herrn Modrow: Herr Modrow, teilen Sie die von Herrn Schabowski hier entwickelte Sicht, daß in dem Ursachenbündel, das zum Untergang der DDR geführt hat, eine Art ideologischer Verblendung den Kern bildete? Haben Sie nicht Ihrerseits die Vorstellung gehabt – vielleicht teilen Sie sie auch heute noch –, daß die DDR reformierbar war? War die DDR aus Ihrer Sicht reformierbar? Viele im Westen haben dies ja auch geglaubt. Unter welchen Bedingungen wäre sie wohl reformierbar gewesen?

Die zweite Frage, die ich an Herrn Uschner stellen möchte: Sie haben zum Teil abweichende Meinungen gehabt zur Parteilinie. Gab es in den achtziger Jahren für Sie Ebenen, auf denen Sie die Möglichkeit hatten, ihre abweichenden Positionen zu artikulieren? Können Sie einmal beschreiben, welche Potentiale und Möglichkeiten zur Formierung innerparteilicher Opposition in der SED realiter vorhanden waren? Ich würde damit gerne die stark planierenden Aussagen von Schabowski hinterfragen.

Dritte Frage, die ich noch einmal an Herrn Schürer stellen möchte, hinsichtlich des sowjetischen Einflusses: Herr Modrow hat den Eindruck erweckt, daß sich die DDR gewandelt hat von einem Satellitenstaat zu einem System, bei dem am Ende die Berufung auf die Sowjetunion in der innenpolitischen Auseinandersetzung der DDR nur noch schädlich war. Das glaube ich in dieser Pauschalität nicht. Man würde als Politikwissenschaftler die DDR als ein „penetriertes System“ definieren können, in das viele Dinge von

der sowjetischen Politik unmittelbar eingefiltert worden sind; dieses System war nur teilsouverän, es war im Grunde vom System der Sowjetunion durchdrungen. Da dies so war – wir haben eine Reihe von Beispielen, etwa die Absetzung der Generalsekretäre –, wurden manche Entscheidungen, „Kraftakte“, mit Hilfe von Moskau durchgesetzt. Das heißt, es wurde gleichsam „über die Bande gespielt.“ Damit stellt sich die Frage: Warum haben Sie und andere, vor allem diejenigen, die sich als oppositionell oder als innovativ verstanden haben, nicht den Versuch gemacht, in der Ära Gorbatschow „über die Bande“ zu spielen, um bestimmte Reformziele durchzusetzen? Es bleibt doch nach wie vor erklärungsbedürftig, warum die SED diese betonierte Position bis fast in die Schlußphase hinein beibehalten hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Bitte an die drei, die jetzt gefragt sind, diese abendfüllenden Fragen ein bißchen kürzer zu beantworten. Als erster Herr Modrow, bitte.

Dr. Hans Modrow, MdB: Erstens: Was Herr Schabowski von sich gibt, kann ich nicht unterstützen, ich kann es nicht teilen, wenn ich von der Seite ausgehe, daß ich meine Denkstrukturen der damaligen Zeit beschreibe, mit der Denkweise, die ich heute habe und heute hier anbiete. Wenn Sie hören wollen, was ich heute denke, ist das eine Sache. Wenn Sie wissen wollen, wie die Prozesse damals abgelaufen sind, dann hat Herr Schabowski sich damals nicht so verhalten und nicht so gedacht. Denn Herr Schabowski hat uns auch, wenn es um die Wirtschaft ging, genau wie er Herrn Mittag und andere zitiert, auf die Baustellen geholt und hat die Bezirke angemahnt, daß sie in Berlin ihre Aufgaben nicht erfüllen. Uns stand das Wasser über die Ohren. Und der gute Günter tut heute so, als wäre das nicht gewesen. Er hat genauso wie Herr Mittag auch darauf gedrungen, daß das aus den Bezirken nach Berlin kam. Dann soll er auch heute klarstellen: Das ist im Nachgang das, was ich nun meine, aber es war damals nicht so in meinem Verhalten.

Zweitens: Auch deshalb mein Widerspruch dazu: Ich habe seit 1985 mein Abonnement gehabt, entweder im Sekretariat des ZK oder im Politbüro mit Unfreundlichkeiten konfrontiert und dort heruntergeputzt zu werden, mit dem Höhepunkt im Februar 1989. Und Günter Schabowski ist mir nicht zur Seite getreten und hat nicht gesagt: „Der Bericht, den Modrow im Januar abgegeben hat, entspricht der Realität; nun wollen wir ihn, verdammt nochmal, zur Kenntnis nehmen!“ Nein, im Januar war ich mit meinem eigenen Bericht Mode und im Februar mit dem Bericht, den der Herr Mittag geschrieben hat, ohne daß im Politbüro jemand auch nur im geringsten dagegen gesprochen hat. Von Herrn Honecker ist mir klargemacht worden: „Wir sind dazu da, daß wir dem Volke dienen, und nicht, daß uns das Volk dient; und in deinem Kopf ist nicht klar genug, wie sehr du dem Volk dienen mußt, aber dem Politbüro ist es bewußt.“ Günter Schabowski hat dazu auch geschwiegen. Insofern, muß ich

Ihnen sagen, ist mir das heute alles zu vereinfacht. Mir geht es einfach darum zu unterscheiden, wie wir damals gedacht und gehandelt haben – und wie wir die Dinge heute betrachten –, sonst werden wir mit der Geschichte nicht zurechtkommen.

Das zweite hängt dann auch mit daran: Ich kann und will nicht leugnen, daß ich am 18. November 1989 mit der Regierung der Großen Koalition gearbeitet habe, also auch mit Mitgliedern von Parteien, die heute Parteien im Bundestag vertreten – ich sage nicht, die F.D.P. sei die Nachfolgepartei der Liberal-Demokratischen Partei, auch wenn sie von ihr mehr Mitglieder geerbt hat, als sie selbst hatte. Zusammen mit Herrn de Maizière, CDU, Herrn Gerlach von der LDPD, mit Herrn Hartmann von der NDPD, mit Herrn Maleuda von der DBD wollten wir eine reformierte DDR im Sinne der – wie wir meinten – Perestrojka und der Reformgedanken, die uns bewegt haben. Das war das Grundkonzept, mit dem ich angetreten bin. Das kann die Enquete-Kommission aus den Unterlagen der Volkskammer entnehmen.

Mir ist etwa im Januar klar geworden, daß das nicht mehr geht. Ich will das jetzt nicht ausdehnen, weil dafür die Zeit fehlt. Sofia, die letzte RGW-Konferenz, die inneren Probleme in der DDR, die Situation in der Sowjetunion, die in der Tschechoslowakei zeitversetzten Ereignisse, die im Dezember etwa unsere Lage hatte – drüber könnte ich vieles erzählen, denn ich habe dann meine Kollegen, ob Nemeth, Adamec, Mazowiecki und wie sie alle heißen, als Wegbegleiter gehabt. Wenn wir uns verabschiedet haben, haben wir immer gesagt: Wer von uns wird sich das nächstmal noch wiedersehen, und wo werden in den Ländern welche Veränderungen sein?

Dann hörte das auf. Mit meiner Erklärung vom 1. Februar „Deutschland, einig Vaterland“ habe ich mein eindeutiges Bekenntnis dargestellt.

Was das „Über-die-Bande-Spielen“ zur Sowjetunion betrifft, muß man nach meiner Überzeugung folgendes sagen: Ich habe die Protokolle der Beratungen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages mit Gorbatschow jeweils gelesen und nicht im Politbüro Debatten dazu erlebt. Es gibt nach meiner Erinnerung genau eine einzige Sitzung, in der Gorbatschow einen Versuch unternommen hat, das Problem der Perestrojka mit den Generalsekretären der anderen Parteien zu diskutieren, aber niemand hat es angenommen. Danach hat er auch solche Versuche in diesem Gremium nicht mehr unternommen. Er selber hat aber auch das „Über-die-Bande-Spielen“ nicht angenommen, das muß man auch mit aller Eindeutigkeit sagen. Er hat wohl – vergessen Sie das bitte nicht – den 40. Jahrestag der DDR noch mitgetragen. Auch wenn dieser berühmte Slogan von Gorbatschow kam, so war es doch für die DDR eine Tatsache, daß er als Ehrengast auf der Tribüne stand. Das war dann der Gegensatz, wo dann die jungen Menschen hier nicht „Honecker“, sondern „Gorbi“ riefen und der Fackelzug der FDJ eigentlich einer für die Perestrojka war. Aber ansonsten trug er es, das war Tatsache.

Ich selber bekam über meinen Freund Juri Filippowitsch Solowjow den Hinweis, ich möge mich in meinem ganzen politischen Verhalten so bewegen, daß ich nicht hinausgeworfen werde. Das waren die Grüße von Michail Sergejewitsch, denn es war klar, mit wem er über unsere Begegnungen sprach. Und ich wußte auch, wenn ich mit ihm sprach, weil von Informationseinflüssen die Rede war, wohin Informationen gingen. Das war auch ein Fakt.

Mit all diesen Dingen haben wir gelebt, aber „Über die Bande spielen“, daß dann sozusagen jemand mithalf, was Günter Schabowski sagte, das Knäuel von dreien zu stärken und zusammenzuführen, das hat es von draußen nicht gegeben. Was in Richtung Kania, nach Polen, gemacht wurde, ist bezüglich Änderungen in der DDR nach meiner Kenntnis aus der Sowjetunion nicht geschehen.

Dr. Manfred Uschner: Das, was Herr Schabowski „Realitätsverdrängung“ genannt hat, habe ich zum Teil als mangelnden Realitätssinn gesehen. Man wollte es nicht wissen. Manches wußte man gar nicht, hat es auch gar nicht geglaubt. Das hatte Folgen. Diejenigen, die anderer Meinung waren, wurden mit einem ausgeklügelten System ausgemacht, gerade durch die Parteiorganisation hier im Hause. Es gab eine Personalunion zwischen Kaderchef Fritz Müller, der auch die Nomenklatur zu betreuen hatte, und Parteisekretär Fritz Müller, verantwortlich für die Parteiorganisation hier im Hause. Wer also aufbegehrte, flog. Als ich flog, flogen mit mir in der Woche 40, denen – so die Kaderabteilung und Fritz Müller persönlich – „ideologisch die Knie weich geworden“ waren. Im Januar/Februar wurden 20.000 aus dem Parteiapparat der SED ausgesondert. Es ist bekannt, daß bis zum 9. November, an dem alle Politbüromitglieder in Wandlitz nach meiner Kenntnis schlafen gegangen waren, als eigentlich der Ernstfall war, 60.000 Mitglieder der SED aus der Partei entfernt oder gestrichen wurden.

Es gab Versuche, sich zu treffen, im Urlaub, im Freundeskreis. Ich habe das erstmal mit Hans Modrow bei einer Begegnung mit Egon Bahr und Familienangehörigen in Dresden über die Notwendigkeit von Veränderungen in Berlin gesprochen. Die Frage war: Wer und mit wem und wann? Auch ich hatte meinen ständigen sowjetischen Gesprächspartner in der Nähe von Gorbatschow. Mir wurde gesagt: „Wartet ab, laßt es nicht zu früh losgehen, denn Gorbatschow sitzt selbst nicht fest im Sattel, und solange er nicht fest im Sattel sitzt, kann etwas, was sich dort vorne bewegt, schlimme Auswirkungen haben.“

So wurden wir immer wieder gebremst. Wir hatten sogar selbst hier im Hause unsere Sklavensprache entwickelt. Wir trauten uns in diesem Hause nicht einmal, offen miteinander zu reden, trafen uns also außerhalb.

Die Frage war für uns alle: Wer? Ich habe jetzt das erstmal von Admiral Hoffmann gelesen, dem letzten Chef der NVA, daß es einmal scherzhafte Überlegungen bei der NVA gab, auf Berlin zu marschieren. Ich weiß, daß es

auch bei der Staatssicherheit Leute gab, zumindest bei den Dienstseinheiten, die nicht unmittelbar mit der Überwachung der eigenen Leute und der Bürger der DDR befaßt waren, die an Änderungen dachten. Auch sie hatten ihre sowjetischen Gesprächspartner.

Klar war – deswegen habe ich auch Sie in meinem Buch über die Ostpolitik am Rande ein bißchen kritisch erwähnt – immer, solange aus Moskau nicht das Signal kommt, daß die Panzer nicht fahren, würde die Entspannungspolitik fortgeführt. Auch ich habe Berichte gesehen, mit wem sich Herr Duve, Herr Weisskirchen usw. hier in welcher Kirche und welcher Akademie getroffen haben. Es passierte dadurch auch nichts. Klar war uns allen: Solange nicht deutlich ist, daß es einmal so etwas geben wird wie Schelesnowodsk, wird hier keiner seinen Kopf so weit hinaushängen, daß ihm etwas passieren kann. Denn es ist doch merkwürdig: Die Mauer wird eingerissen, aber die sowjetische Botschaft ist fast unbeleuchtet in dieser Nacht. Der Fall der Mauer war doch eine strategische Entscheidung, auf die die Welt 45 Jahre oder noch länger gewartet hat. Trotzdem geschah das irgendwie unsichtbar. Es hat vieles daran mitgewirkt, daß alles so friedlich verlaufen ist. Darüber sollte man in Zukunft vielleicht auch noch etwas gründlicher nachdenken.

Dr. Gerhard Schürer: Ich habe keine Ergänzung zu meiner Schilderung des Einflusses von der sowjetischen Seite, von Produktionsbefehlen angefangen bis zu Empfehlungen, und auch zu der Tatsache, daß die DDR weder ein Satellit noch ein selbständiger, souveräner, allein entscheidender Staat war. Es gab solche Einflüsse sowohl auf die Partei als auch auf den Staat, die einzelnen Ministerien, die gesellschaftlichen Organisationen – über jeden Kanal. Es war Tatsache, daß diese Betonauffassung – wie Sie sagten – sich weitergetragen hat bis 1989, ohne daß jemand ein Kommando gegeben hat: „Jetzt ist aber Schluß, jetzt machen wir es anders!“

Zunächst war Gorbatschow für viele von uns, nicht für alle, ein Hoffnungsträger. Als er an die Macht kam, haben wir gedacht: Jetzt werden wir es schaffen, eine Änderung in der politischen Linie herbeizuführen, die uns wieder Hoffnung geben kann.

Aber ökonomisch hat ja überhaupt keine Perestrojka stattgefunden, sondern eine Katastrophe nach der anderen. Das Land wurde schon unter Gorbatschow in die Katastrophe geführt. Die Erdölförderung betrug 625 Millionen Tonnen, und noch unter Gorbatschow ist sie um 100 Millionen Tonnen gesunken. Die Getreideproduktion, die entscheidend ist für die bessere Ernährung des Volkes, ist um 50 Millionen Tonnen gesunken usw. Ich könnte noch mehr nennen, aber ich will Sie nicht mit Zahlen belasten. Aber das hat uns natürlich nachdenklich gemacht.

Bei mir hat es einen Ruck gegeben, als er dann den sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow, einen der am höchsten qualifizierten Ökonomen, die sie hatten, früher Leiter von Uralmasch, dieser 50.000 Menschen be-

schäftigenden Schwermaschinenwerke, die Schreitbagger und andere Dinge produzierten, diesen Ryschkow, der kurze Zeit in der Plankommission der UdSSR war, als erster Stellvertreter, der hochgebildet ist und ein sehr solider Wirtschaftspolitiker war, absetzte und ihn durch den versoffenen Pawlow als Ministerpräsidenten ersetzte, den ich übrigens auch kannte. Man bekommt einen Stich ins Herz, wenn man sieht, wie hier unfähige Leute an die Spitze eines Staates gestellt werden, der eine Perestrojka auf dem Gebiet der Ökonomie durchführen will.

Die jetzige Lage in der ehemaligen UdSSR, also in den Ländern der GUS, insbesondere auch in Rußland, ist durch noch weitere Niedergänge in der Wirtschaft gekennzeichnet, so daß man wirklich hofft, daß einmal einer kommt, der mit Perestrojka, von mir aus auch Marktwirtschaft – wenn sie große Ergebnisse bringt, sollen sie ruhig die Marktwirtschaft entwickeln – die Wirtschaft wieder nach oben bringt.

Denn der Zusammenbruch des Osthandels ist einer der entscheidenden Faktoren, daß eine Reihe Betriebe der ehemaligen DDR jetzt so ungeheuer ungünstig vermarktet werden. Das bewegt uns alle; denn im Moment ist es so, daß 20 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern wohnen, aber nur 6 % des Bruttosozialprodukts erbringen. Was von der BRD in die ehemalige DDR fließt, ist viel Geld, aber es sind keine Investitionen in moderne Technik. Deswegen wird hier der Ausweg sehr schwer werden.

Vorsitzender Rainer Epelmann: Herzlichen Dank. Die nächste ist Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Wilms (CDU/CSU): Herr Schabowski, ich kann mitvollziehen, wenn Sie sagen, daß Sie alle und Ihre Vorgänger im Politbüro und in den hohen Stellungen von der Ideologie überzeugt und eingefangen und von daher auch blind waren gegenüber den Realitäten, die sich abzeichneten. Was ich allerdings nicht verstehe – das würde ich Sie und auch gerne Herrn Schirdewan fragen aus der frühen Zeit –, ist, daß man so tief davon überzeugt sein kann, die kommunistische, die sozialistische Ideologie durchzusetzen, daß man dafür auch die Repression von Menschen in Kauf nimmt. Das ist für mich eine zentrale Frage. Herr Schirdewan, erlauben Sie, daß ich das auch Sie frage. Sie haben als altes Mitglied der Kommunistischen Partei jahrelang gelitten im Nationalsozialismus. Sie wußten also, was politische Repression ist, und trotzdem war gerade in den Anfangsjahren die politische Repression in der SBZ/DDR sehr stark, und dies war auch Ihnen allen bekannt. Hier ist für mich eine der großen Fragen, wie man so weit blind werden kann, insbesondere dann, wenn die DDR als Staat in den sechziger und siebziger Jahren die verschiedenen internationalen Menschenrechtskonventionen, UNO-Charta, KSZE-Schlußakte usw., anerkannt hat. Irgendwo mußte doch hier dann die Schizophrenie deutlich werden. Ich würde also gerne noch einmal von

Ihnen, Herr Schabowski, und vielleicht auch von Herrn Schirdewan für mich diese Diskrepanz erklärt haben.

Und eine kurze Frage an Herrn Schürer: Haben Sie nie darüber nachgedacht, daß vielleicht das sozialistische Planwirtschaftssystem als solches nicht funktioniert und mit kleinen Reparaturen nicht zum Erfolg zu bringen ist?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte noch einem zweiten die Möglichkeit geben, seine Frage zu stellen. Das wäre dann Herr Prof. Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich wollte eigentlich die Frage an Herrn Schabowski stellen, ob nicht hinter dem, was er Fanatismus und Sendungsbewußtsein genannt hat, zu der Zeit längst etwas anderes stand, nämlich der Wille zur Machterhaltung, das Festklammern an der Macht, und alles andere Selbstbetrug gewesen ist. Aber ich stelle diese Frage nicht, weil ich ja nur eine Frage stellen soll. (Heiterkeit)

Ich wollte auch eine zweite Frage an Herrn Modrow stellen, in diese Richtung gehend, nur etwas erweitert damit: Wenn er sagt, man hat gesehen, daß da und dort etwas falsch ist (nenne ich es ruhig einmal „oppositionelles Denken“), war das dann hier das Sendungsbewußtsein, oder war es einfach das Einspannen in den Apparat, oder was war es sonst, das dazu geführt hat, daß man sich dann doch wieder angepaßt hat? Sie haben Ihre Sozialisation erzählt, das alles ist einsichtig. Sie haben dann aber versucht darzustellen, daß andere Mechanismen offenbar auch Sie tief getroffen haben.

In Wirklichkeit will ich aber nur eine einzige Frage stellen, nämlich die an Herrn Schürer, und das ist eine reine Informationsfrage. Ich erzähle als Hochschullehrer und Politikwissenschaftler manchmal meinen Studenten von dem berühmten Ausspruch: „Politik, wie der kleine Moritz sie sich vorstellt.“ Dazu sage ich immer: Erstaunlicherweise ist vieles in der Politik so, wie sich das der kleine Moritz vorstellt. (vereinzelt Beifall)

Ich bin natürlich bestärkt worden in dieser Vorstellung durch manches, was hier vorgetragen wurde. Das hätte ich mir, obwohl ich mich lange mit der DDR befaßt habe, auch nicht so gedacht.

Ich komme aber jetzt zu meiner Frage an Herrn Schürer.

(Heiterkeit) Herr Schürer, Sie haben dankenswerterweise auf etwas hingewiesen, was uns in der DDR-Forschung immer unklar war, nämlich: Welchen Status haben die Kandidaten im Politbüro? Da hat man immer gesagt – ich habe das angezweifelt –, die dürfen nicht mitstimmen. Sie haben mit Recht gesagt, es wurde kaum abgestimmt. Aber dahinter merke ich, es wurde doch wohl einige Male abgestimmt. Können Sie sich noch an eine solche Abstimmung erinnern? Worum ging es da?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Herr Schabowski, der es sicher schafft, auch auf alle Fragen, die nicht gestellt worden sind, eine Antwort zu geben. Ich möchte ihn bitten, das aber nicht zu tun.

Günter Schabowski: Das ist die schwierigste Frage für jeden von uns. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich jetzt quasi zitiere. In einer der Sachen, die ich publiziert habe, habe ich gerade das auch in den Mittelpunkt gerückt. Das Schlimmste war eine Befragung, die zwei junge Journalisten aus der Bundesrepublik mit mir veranstaltet haben, die viel quälender verlief als die jetzigen Beratungen der Enquete-Kommission, nur war sie viel früher. Darauf habe ich geantwortet: Das ist für den einzelnen eigentlich das Schlimmste, daß er – ich sage es einmal so banal – aus Rechthaberei dazu beigetragen hat, daß anderen nicht nur Unrecht, sondern auch Leid zugefügt wurde. Denn es haben ja Leute gegessen und es sind auch Leute umgekommen. Das ist das Unverzeihlichste. Das war eigentlich auch das Kriterium.

Hier ist nicht die Zeit, darüber zu sprechen, wie man zu einer solchen veränderten Einstellung kommen kann oder – wie andere sagen – wie man seine Gesinnung verraten kann. Ich habe – neben solchen Befragungen – das Buch „Sonnenfinsternis“ von Koestler gelesen, als ich schon mitten in diesem Prozeß steckte, Anfang der neunziger Jahre. Dieses Buch würde ich jedem empfehlen, der so spitz reagiert auf den Begriff der Verblendung – streichen wir das „Ver“, nennen wir es „Blendung“ –, um daraus zu entnehmen, welches Volumen die Entartung haben kann, die wir nur noch in einer relativ kleinen oder lächerlichen Form mitgemacht haben nach Stalins Zeit. Aber in ihrem Wesen ist es dasselbe, diese Sicht der Welt in einer Antivivisektionsvorstellung: Der einzelne hat der Idee zu dienen; der einzelne ist der Quotient aus fünf Milliarden Erdbewohnern, ist keine Individualität, und zwar deswegen, weil wir die einzigen sind, die diese Verheißung interpretieren können, die genau wissen, wir haben darüber zu befinden, wie die Leute sich zu verhalten haben.

Im Grunde stellt sich also für mich die moralische Frage viel früher. Das sage ich nicht, weil ich etwa immer so gedacht hätte, sondern ich habe 1989, Honecker stürzend, noch immer gedacht, daß diese DDR zu erhalten ist.

Deswegen stellen sich für mich auch die Berliner Fragen überhaupt nicht so. Es gab einen gemeinsamen Beschluß der Partei, daß Berlin aufgebaut wird. Den haben alle mitgetragen. Die, die sich darum drückten, waren dann zwei Bezirke. Da ging ich hin und sagte: „Hört mal zu, ihr müßt doch hier noch Häuser bauen!“ Man kann doch nicht nachträglich eine Heldentat daraus machen, daß man es nicht gemacht hat. Das ist seinerzeit einfach eine Undiszipliniertheit gewesen; denn Herr Modrow war zu der Zeit noch ein disziplinierter SED-Genosse – trotz geheimer Kontakte mit der sowjetischen Botschaft, die intensiv waren. Dazu könnte man eine Menge sagen. Aber das nur nebenbei; ich will ja nicht mit gleicher Münze erwidern.

Also die moralische Frage ist das Schwierigste. Und wenn sich heute immer noch Leute auf dies und jenes berufen, dann sage ich dazu „Blendung“ und fordere dazu auf, zu überlegen, ob das real oder nicht real war. Proklamieren

kann jeder alles. Proklamieren kann ich den Gottesstaat, und trotzdem wird er nicht Realität. Wir haben es proklamiert und hatten nicht die Fähigkeit und nicht die geeigneten menschlichen Instrumente, um diese Proklamation durchzusetzen. Das ist der Punkt. Damit ist der Zwiespalt zwischen links und rechts nicht aufgehoben, damit ist auch das Problem Dritte Welt und wir nicht aufgehoben. Nur begreifen muß man es, und insofern sage ich noch einmal: Ich kann mich nur verneigen vor denen, die unserer Irrtümer wegen Schweres durchgemacht haben. Das ist das mindeste, was man machen muß. Vielleicht fällt es mir leichter, weil ich nicht irgendeinem konkret etwas Böses getan habe und weil ich mich in den letzten Jahren vielleicht in Berlin mancher Sache rühmen könnte, die hier passiert ist. Aber gefallener Schnee, lächerlich und kümmerlich wäre das, wenn ich es täte. Das andere ist das Generelle, und dazu muß man sich verhalten.

Karl Schirdewan: Ich möchte auf die Frage antworten. Billigen Sie mir nicht zu, daß ich einen Prozeß des Denkens und des Handelns durchgemacht habe? Das müssen Sie mir doch zubilligen! Ich bin doch aufgestanden, ich habe den Kampf geführt, und ich mußte alle Risiken auf mich nehmen. Auch mußte ich an meine Familie denken. Das alles müssen Sie mit in Betracht ziehen und mir nicht vorwerfen, ich wäre bei meiner Weltanschauung geblieben. Die Weltanschauung ist für mich unabhängig davon da. Die Weltanschauung, für den Sozialismus weiter zu arbeiten, solange ich lebe, bleibt. Aber natürlich habe ich nicht gewartet, bis eine Niederlage der Republik kam. Ich habe in einer Zeit sozusagen den Aufstand durchgeführt mit meinen Freunden, in der es äußerst schwierig war, so einen Schritt zu gehen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schürer, wenn ich es richtig sehe, angefragt von Frau Wilms und Herrn Weber.

Dr. Gerhard Schürer: Frau Wilms, ich habe natürlich über die Effizienz der Planwirtschaft nachgedacht. Ich habe sie viele Jahrzehnte lang für ein gutes Wirtschaftssystem gehalten. Die Planwirtschaft ist verbunden mit dem gesellschaftlichen Eigentum. Das gesellschaftliche Eigentum, wo der Staat Eigentümer ist, verlangt eine gewisse Form der Planung, die bei uns sehr zentralisiert und bürokratisiert war. Am Anfang habe ich die Unterschiede zur Arbeitsproduktivität in der BRD nicht darauf zurückgeführt, daß unser Wirtschaftssystem uneffektiv ist, sondern darauf, daß wir andere, schlechtere Startbedingungen hatten: Demontage, Reparationen für das ganze Deutschland übrigens; wir haben keinen Marshallplan gehabt. Im Gegenteil, wir haben noch jahrelang Unterstützung an die UdSSR geben müssen. Ich habe das erkannt, und das ist mir sehr schwergefallen. Ich glaube sogar, daß es nicht allein mit der Ineffizienz der Planwirtschaft zusammenhängt, daß die sozialistischen Länder untergegangen sind. Denn es gab auch Länder wie Jugoslawien, die gar keine Planwirtschaft hatten und auch untergegangen sind, oder Länder wie

Ungarn, die eine sehr konsumorientierte und allgemeine Planwirtschaft gehabt haben.

Ich glaube, daß wir uns in der Analyse beschäftigen müssen mit der Rolle des gesellschaftlichen Eigentums, ob es wirklich auf der Basis eines gesellschaftlichen Eigentums eine effektivere Produktion geben kann. Ich glaube, daß der Appell an das Bewußtsein, die Neuererbewegung und all das vielleicht doch nicht die Effizienz hervorbringt wie der Konkurrenzkampf, wie der Unternehmergeist, das Eigentum. Bei Strafe ihres Untergangs müssen sie das Neueste und das Modernste mitmachen, müssen sie Arbeitszeit einsparen und alle möglichen Wege der Produktivität suchen, so daß ich glaube, daß dort die Ursachen des Untergangs aller Länder des sozialistischen Lagers liegen, nicht nur der DDR.

Ich habe noch die Frage zu beantworten von Herrn Weber über die Abstimmungen hier. Ich habe zwei Abstimmungen miterlebt. Das war einmal die Diskussion zu Konrad Naumann, die mit seiner Absetzung endete, und es wurde am Schluß abgestimmt. Die zweite Abstimmung war die bei der Entlassung von Honecker, Mittag und Herrmann, dort wurde auch zum Schluß abgestimmt, und die Beschlüsse wurden dort einstimmig gefaßt. (Zuruf: Im ZK?)

– Nein, im Politbüro. Nach dem ZK bin ich nicht gefragt worden, ich meine das Politbüro, danach haben Sie gefragt. Diese Abstimmung war also einstimmig, sogar mit den Stimmen von Honecker, Mittag und Herrmann. Auch wir als Kandidaten wurden aufgefordert mitzustimmen. Sonst habe ich keine Abstimmungen erlebt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Die nächsten beiden, bitte. Zunächst Frau Prof. Wiesniewski, dann Herr Superintendent Passauer.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Wir haben jetzt mehrfach ziemlich emphatische Bekenntnisse zu dem Glauben an den Sozialismus gehört. Ich stelle die Frage an Herrn Schabowski: Ist es wirklich so, daß der Glaube an die Ideologie stärker war – oder sogar das Entscheidende war für das Handeln – als das Streben nach Machterhalt, also das Denken daran, daß die Macht für viele Menschen doch etwas sehr Schönes und auch Befriedigendes ist?

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich wollte mich gern mit Herrn Schabowski anlegen. Aber das ziehe ich zurück, Herr Schabowski. Daß Sie die Berliner Situation gut kennen, meine ich, ist ein Realitätsverlust. Aber darüber müßten wir streiten. (**Günter Schabowski:** Gut kannte!) – „Kannte“ ist auch ein Realitätsverlust.

Meine Frage stelle ich an Herrn Uschner. Das Jahr 1987 war ein für manche DDR-Bürger bedeutendes Jahr: Honecker in Bonn und der Olof-Palme-Friedensmarsch durch die DDR mit sehr vielen unterschiedlichen Kräften und unterschiedlichen Positionen. Viele hatten den Eindruck, jetzt

geht es ein bißchen weiter bergauf. Und dann das andere Extrem: Überfall auf die Umweltbibliothek in der Zionskirche. Ist das eine Form praktischer Machtausübung gewesen? Daß man sagt, auf der einen Seite öffnen wir und lassen Menschen, weil es außenpolitisch notwendig ist, ein bißchen das Gefühl, wir sind jetzt gemeinsam auf dem Weg, und wenn es uns nicht mehr paßt, dann zeigen wir, wo eigentlich die Macht zu Hause ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Uschner, wollen Sie gleich antworten?

Dr. Manfred Uschner: Es war wirklich schizophran. Zum Beispiel die Idee zu dem Treffen über kernwaffenfreie Zonen kam 1987, das Ideologiepapier war 1987, ebenso der Olof-Palme-Marsch. Ich war damals in Bremen, war mit in der Altmark. Das war von einem von Axen und Feist, dem Honecker-Schwager, und anderen besetzten Gremium initiiert worden als wirkliches Zugehen auch auf kirchliche Gruppen im Sinne der Fortführung der Entspannungspolitik, die ja in den Gesprächen mit der SPD lief. Es war festgelegt worden – ich war bei dem Gespräch dabei –, daß zum Beispiel zu dem Treffen über kernwaffenfreie Zonen und zum Palme-Marsch das Ministerium für Staatssicherheit keinen Zugriff haben sollte. Das Gegenteil war der Fall. Der Generalmajor Kienberg war im Palast der Republik, mit einer Riesenmannschaft versehen, und hat uns selbst, auch die SED-Initiatoren, genauso wie Herrn Fink oder Herrn Romberg bespitzelt und massenweise Berichte über uns angefertigt. Das lief völlig verschieden. Die Weisung hierzu kann eigentlich nur vom Generalsekretär selbst gekommen sein. Axen – davon bin ich überzeugt – wußte davon nichts, denn er hatte einen maßlosen Wutanfall. Und uns hat es großen Schaden verursacht, denn manch einer hat mitbekommen, was dort lief. Daß jemand gesagt hat, den ich kannte, wir machen das eine als Tarnung, und das andere machen wir wirklich, war also bei uns nicht der Fall. Genauso gab es in der Deutschlandpolitik mindestens vier verschiedene Schienen. Es gab unsere Gespräche mit der SED, die mir heute manchmal so vorkommen, als wären sie ein bißchen Tarnschild gewesen für Dinge, die über die Schiene Mittag/Schalck zu Partnern am Rhein oder in München liefen, über die wir nichts erfuhren. Bei uns in der Gruppe wurden auch menschliche Probleme gelöst, ohne Rechtsanwalt Vogel, ohne daß ein Pfennig Geld floß. Es gab die normale diplomatische Schiene über die Ständigen Vertretungen. Wie man nun in den ersten Offenbarungen von Insidern des MfS, z. B. „Auftrag Irreführung“, nachlesen kann, gab es das Netz des MfS über alle Kontakte, die nach Bonn, München und anderswohin liefen und natürlich auch die Akteure zu Hause betrafen.

Das hat sich hier beim Palme-Marsch deutlich bemerkbar gemacht. Wir bekamen von überall her empörte Berichte, sowohl von Parteileuten, die mitgemacht haben, als auch indirekt von empörten Leuten in der Kirche, die den Palme-Marsch mitgemacht haben, daß sich die Staatssicherheit hier

zu verselbständigen begann, und nicht erst dann. Es kam auch vorhin von Herrn Ammer die Frage, welche Rolle die Stasi hier spielte. Daß sie den Vorwurf nicht unbeachtet ließ, war klar. Sie durfte uns nicht selber anwerben. Es gab aber über die Gruppe, die Herr Ammer genannt hat, eine spezielle Arbeitsgruppe beim Minister. Die Kadereinstellung, wer hier hereinkam und wer herauskam, entschied die Kaderabteilung dieses Hauses zusammen mit der Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS. Die Abteilung Sicherheitsfragen unter Herger hier im Hause war ganz erschrocken, als ich mit meinem Laufzettel hier die Pistole abgab, die bis zum stellvertretenden Abteilungsleiter hier jeder Parteifunktionär in seinem Panzerschrank liegen hatte.

Hier liefen also zwei verschiedene Schienen, und ich hatte den Eindruck, daß nicht alle Mitglieder des Politbüros über diese Tätigkeit informiert waren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, ich bitte Sie, lassen Sie den Satz von Michael Passauer stehen und antworten Sie nur auf das, was Sie Frau Prof. Wisniewski gefragt hat.

Günter Schabowski: Ja, zu dieser ideologischen Selbststimulierung gehörte einwandfrei die Machterhaltung dazu. Herr Prof. Weber, Sie kennen die SED sehr gut, und Sie wissen, daß die Machterhaltung doch nicht ein Element war, das sich erst zum Denken von SED-Genossen gesellte, als die DDR kurz vor dem Ende war, sondern die Machtfrage war eine der elementaren ideologischen Abteilungen sozusagen, mit der ein Kommunist sich frühzeitig befassen mußte. Wenn er die nicht begriffen hatte, dann war er kein Kommunist. Da die Kommunisten ihre Sache also nur durchsetzen über Macht, in einem Machtinstinkt gewissermaßen, weil die Mehrheit ja gar nicht für sie ist, waren das Kriterien, die sich mit dieser Sendungssillusion verbanden: Man kann nur über Macht diese gute Sache realisieren, also so, daß wir zum Schluß überhaupt keine Gedanken darauf verwandt haben, daß wir positiv reagieren, weil wir die DDR retten wollen, die ja ein sozialistischer Staat ist, aber daß sich da etwas Negatives mit einschleicht. Wir waren überzeugt: Wenn wir die Macht nicht haben, kann die DDR keiner fortsetzen. Das war die Überlegung, so ist das gekoppelt gewesen. Das ist nicht ein zusätzliches, besonders berechnetes Element dabei gewesen. Wir taten es ja mit allen Risiken, die damit verbunden waren.

Also Machtverhältnis, Machtneurose, sage ich, gehört mit zu dieser Ideologie, also nicht auf die Macht verzichten zu dürfen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Bitte, Herr Dr. Kahl und dann Herr Dehnel.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Modrow: Herr Modrow, Sie waren von 1971 bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED und haben davor unter Werner Lamberz gearbeitet. Sicherlich ist das Gedankengut von Werner Lamberz in gewisser Weise auch auf Sie übergegangen. Können

Sie eine Aussage machen zu den näheren Umständen des Todes von Werner Lamberz?

Eine zweite Frage: Inwieweit hatten Sie in Ihrer Position als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden Möglichkeiten und Spielräume, Ihre Gedanken, die offensichtlich abwichen von denen der Zentrale in Berlin, auf Bezirksebene durchzusetzen?

Abg. Dehnel CDU/CSU: Angesichts der vergangenen Anhörung über die Opfer sind mein Herz und mein Kopf übervoll mit Fragen, aber ich will nur zwei stellen. Herr Dr. Schürer, ich habe mich gefreut über Ihr Bekenntnis. Wie stehen Sie zu der Zwangskollektivierung, die in den fünfziger Jahren vorgenommen worden ist, und auch zu der Zwangsenteignung gerade des Mittelstandes? Sie haben sicher gemerkt, daß in dieser Zeit das Versorgungsniveau der Bevölkerung deutlich zurückgegangen ist. Warum ist das nicht zurückgekurbelt worden?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Modrow, die aber schon beantwortet ist in dem Sinne, daß er gesagt hat, er sei anfangs nur für die Reform der DDR gewesen. Herr Modrow, ich habe Ihnen einen Brief geschrieben, und zwar schon im Oktober 1989. Darin habe ich die Wiedereinführung der Länder verlangt als Grundlage der deutschen Einheit. Das habe ich gleichzeitig auch an den CDU-Hauptvorstand geschrieben. Der CDU-Hauptvorstand hat sich das zum Programm gemacht, Sie wollten aber weiter die DDR halten. Sie haben es schon beantwortet, schönen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Hans Modrow, zwei Fragen von Dr. Kahl.

Dr. Hans Modrow, MdB: Was den Tod von Werner Lamberz betrifft, gibt es viele Legenden. Man meint, daß es aus der DDR heraus irgendwen gegeben habe, der dort seine Hand mit im Spiel gehabt haben soll. Nach meiner Kenntnis ist es nicht so gewesen, sondern es ist in der Tat ein Unglück gewesen, das mit diesem Hubschrauber passierte. Untersuchungen der Kriminalpolizei wurden noch zu DDR-Zeiten dazu geführt. Ich bin dazu auch von der Polizei gehört worden. Es sind auch andere dazu gehört worden, wie Eberhard Heinrich, der ihn direkt begleitet hat. Niemand kommt zu einem solchen Ergebnis. Es war ein tragisches Unglück, das ihn und Paul Markowski sowie zwei Redakteure, die in ihrer Begleitung waren, getroffen hat. Sicherheitsbeamte sind nicht mitgewesen, und auch die anderen Teilnehmer der Delegation waren ausgeschlossen, weil es direkt in der Wüste zu einer Begegnung mit Ghaddafi in einem Zelt kam. Wenn, dann könnten es höchstens innere Probleme Libyens gewesen sein, die aber niemand von außen untersucht hat und die dann auch wieder eine Vermutung wären, für die es keine Beweise gibt.

Was die Frage von Spielräumen betrifft, ist es heute so: Jeder, der bei der Aufarbeitung der Geschichte sehr stark über die DDR herfällt, hat es leichter.

Wenn er das nicht so unmittelbar tut, wird ihm Nostalgie unterstellt. Ich will, weil Sie so direkt gefragt haben, von Spielräumen in zwei Ebenen sprechen. Den einen Spielraum habe ich stets darin gesehen, daß es Möglichkeiten gab, sich mit Männern wie Gerhard Schürer, auch anderen, in der Zentrale zu treffen, zusammzusetzen und zu versuchen, komplizierte Probleme zu lösen. Ich weiß nicht, ob das typisch war, ob er es in gleicher Weise mit allen Bezirkssekretären gehandhabt hat. Aber ich habe immer den Eindruck gehabt, daß wir hier eine Form von konstruktiver Zusammenarbeit suchten, um komplizierteste Probleme, die immer Anspannungen im wirtschaftlichen Raum waren, gemeinsam anzugehen, z. B. sehr komplizierte Fragen in der Braunkohle. Es ging also immer darum, möglichst Schaden zu begrenzen, auch komplizierte Aufgaben zu lösen, die den Spielraum einschränkten, wenn ich z. B. an das Reinstsiliziumwerk denke, das bei Dresden gebaut werden sollte und auf große Proteste gestoßen ist. Erst durch eine Entscheidung in der zweiten Sitzung des Ministerrates der Modrow-Regierung wurde der Bau eingestellt.

Aber Spielräume habe ich gesehen und sie auch auszunutzen versucht, insbesondere auf dem Gebiet der Kultur und auch auf anderen Gebieten, z. B., daß das Dresdner Schauspiel noch 1990 oder 1991 in Bayern für einen zehnjährigen Spielplan eine hohe Anerkennung bekommen hat. Das hatte auch damit zu tun, daß es einen Spielraum gab, den wir zu nutzen versucht haben. Die Stücke Heiner Müllers und andere Stücke haben in Dresden größeren Raum eingenommen als an anderen Theatern. Solche Dinge gab es; solche Bemühungen habe ich auf verschiedenen Gebieten entwickelt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Schürer, bitte zur Frage von Herrn Dehnel.

Dr. Gerhard Schürer: Die Kollektivierung, die für manche, aber bei weitem nicht für alle mit Zwang verbunden war, hat im Ergebnis zunächst zu einem Rückgang der Produktion, dann zu einer bedeutenden Steigerung der Produktion und zu einer moderneren landwirtschaftlichen Produktion geführt. Wir haben vor der Kollektivierung 25 kg Fleischverbrauch pro Kopf gehabt und hatten in den letzten Jahren jährlich 90 kg Fleischverbrauch pro Kopf, alles aus eigenem Aufkommen. Durch die Kollektivierung hatten wir eine bedeutende Entwicklung der Landwirtschaft, so daß ich sie nicht als eine Niederlage empfunden habe, wobei ich alle bedaure, die damals im Zusammenhang mit Zwangsmaßnahmen unter uns gelitten haben.

Die Zwangsenteignung des Mittelstandes, wie Sie es nennen, ist Mitte 1972, 1973 vollendet worden mit einer Verstaatlichung der halbstaatlichen Betriebe. Das würde ich als eine unserer dümmsten Maßnahmen bezeichnen, denn diese halbstaatlichen Betriebe waren a) die Basis der Versorgung der Bevölkerung mit den „tausend kleinen Dingen“, und sie waren b) die Basis der Arbeit der Nationalen Front, nämlich der anderen Parteien. Vorher wurde sehr darauf

geachtet, das Handwerk und den Mittelstand nicht zu verstaatlichen, und es wurde dann doch gemacht, offensichtlich aus zwei Gründen: aus dem Grunde, weil Honecker eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ im Kopf hatte, wo nach den Lehren von Lenin aus dem kleinen Kapital immer wieder neu Kapitalismus entsteht. Er wollte eine sozialistisch reine Gesellschaft haben. Und bei Günter Mittag trafen die Interessen zusammen, weil man dann bei der Kombinatbildung auf die kleinen Betriebe zurückgegriffen und sie zum Kooperationspartner in diesen Kombinationsbetrieben gemacht hat, um Schwierigkeiten in der Spezialisierung der Produktion über diesen Weg auszugleichen.

(Abg. Dehnel (CDU/CSU: Ist denn darüber im Politbüro diskutiert worden?)

– Diese Vorlagen sind ins Politbüro gekommen. Sie sind auch mit Zustimmung der anderen Parteien vorgelegt worden, sie wurden mit diesen Parteien ausdiskutiert. Wenn ich mich recht erinnere, war keine große Diskussion dazu im Politbüro. Das wurde damals angenommen. Ich war zu dieser Zeit noch nicht im Politbüro; ich bin erst 1973 Kandidat geworden. Aber soviel ich weiß, ist das auch ohne große Diskussion angenommen worden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vorletztes Duo: Frau Michalk und Herr Hansen.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich halte mich an den Wunsch des Vorsitzenden und werde nur eine Frage stellen, und zwar an Herrn Modrow. Herr Modrow, Sie haben zu Beginn die Ereignisse im Oktober 1989 in Dresden geschildert und von der Notwendigkeit berichtet, für eine Viertelstunde den Bahnhof freizuhalten, unter Einsatz aller Mittel. Sie haben auch die Summe der materiellen Verluste genannt, die man vermieden hat. Das heißt, es sind nicht nur die zugeführt worden, die Steine geworfen haben, sondern jeder, der dazwischengekommen ist, wurde zugeführt, in unmögliche Räume gebracht, und meines Wissens sind sie alle in Schnellverfahren in den Kreisgerichten Bautzen und Niesky verurteilt worden, ohne daß man die Angehörigen informiert hat.

Meine Frage an Sie ist jetzt: Haben Sie unter dem Vorzeichen – wie Sie es zu Beginn sagten –, um größeren Schaden zu verhindern, dann wenigstens gefragt, was den vielen unschuldigen Menschen geschieht, die man da zugeführt hat? Was haben Sie getan, damit ihnen nicht dieses Unrecht geschieht? Und durch wen haben Sie sich über die Geschehnisse in den Räumen und bei den Gerichten informiert?

Daran anknüpfend eine Frage zu den Ereignissen auf der Prager Straße am 6. Oktober: Wer hat den Einsatzbefehl gegeben, noch einmal mit Gewalt vorzugehen, während einen Tag später Bischof Hempel und Sie in der Prager Straße zu Gesprächen zur Verfügung standen? Wer hat also den Einsatz

noch am 6. Oktober zu verantworten? Ich gehe davon aus, daß Sie als Bezirkspartei- und Einsatzleiter waren.

Abg. Hansen (F.D.P.): Wenn ich noch einmal auf unser Thema „Machthierarchie“ zurückkomme, staune ich bei verschiedenen Antworten, daß es vielfach gar nicht so als Hierarchie erklärt wird, sondern offensichtlich eher als Prozesse der Osmose innerhalb der Gremien, beispielsweise des Politbüros. Wenn Herr Schabowski nachvollziehbar davon spricht, daß es nicht nur Verblödete gegeben habe, sondern auch Verblendete oder daß Blendung stattgefunden habe, dann gibt es doch auch Blender, das heißt wohl, in politisches Deutsch übersetzt, Täter. Die Blender haben also bewußt geblendet, vielleicht aus Motiven des Machterhalts, vielleicht aus ganz niedrigen Motiven heraus.

Ich nehme einmal ein Beispiel, weil ich doch noch einmal den Versuch machen möchte, es konkret zu erfahren, weil ich diese blendende Veranstaltung, Herr Schabowski, immer noch vor Augen habe, am 9. November, Aktuelle Kamera, 19.30 Uhr, aus der Mohrenstraße: „Ach, mir wird da gerade ein Zettel übergereicht, ich lese gerade, ab 24.00 Uhr gibt es Möglichkeiten.“ – Hier steht doch tatsächlich die Frage in einem solchen exemplarischen Fall: Wie ist hier das Durchsteigen, das Durchgeben von Informationen geschehen, in Form solcher wirklich gravierendsten Beschlüsse, die gefaßt und dann schließlich jemandem, der überrascht tat, der blendend auftrat, gegeben wurden zwecks propagandistischer Verbreitung gewissermaßen oder auch zur Herabstufung, Minimierung des Beschlusses vielleicht, mit welchen Motiven auch immer? Hier muß sich an einem solchen Beispiel nachkonstruieren lassen, wie es zum Beschluß und zur Veröffentlichung dieses Beschlusses durch Sie kam.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, bitte, erklären Sie es.

Günter Schabowski: Da bin ich so unverfroren, zu sagen, meine Lesart habe ich schon ausführlich beschrieben. Andererseits wird mir immer diese Frage gestellt, wenn ich in irgendwelche Diskussionsgruppen gehe. Sie ist ja auch berechtigt. Die Umstände waren so merkwürdig, daß man alle möglichen Vermutungen daran knüpfen konnte. Ich will noch einmal in aller Form sagen: Es war nicht so, wie es sich bei vielen eingepreßt hat. Ich habe mir auch noch einmal die ganze Szenerie rekonstruiert, ich bin noch einmal dort gewesen, denn die zähe Legende, mir hätte jemand einen Zettel zugesteckt, trifft nicht zu. Ich muß nun doch ein paar Sätze darüber sagen, wie die Vorgeschichte der Sache war.

Diese alt-neue Führung, also ohne Honecker, war zustande gekommen durch den Druck der Straße. Die Leute, die gehandelt haben, haben wahrscheinlich nicht nur gehandelt, weil die Ökonomie mies war oder weil es ein bißchen Gemecker gab, sondern unter dem Druck der Straße, unter der Gefahr, daß die Sache zu einer blutigen Auseinandersetzung eskalieren könnte, war für die drei die Vorstellung: Der muß weg – so schnell wie möglich, obwohl unendlich viel Zeit vergangen war. Er hätte schon im September weg sein müssen. Aber

dann kam der 40. Jahrestag. Wir alle waren noch in solchen Konventionen befangen: Wir können doch nicht vor dem 40. Jahrestag den Generalsekretär abhalftern, es sind Ausländer eingeladen usw. Kurzum: Wir standen unter einem ungeheuren Druck, der signalisiert war durch die Demonstrationen und durch die Fluchtbewegung. Die erste Maßnahme dieses neuen ZK war ein Auftrag, nachzulesen im „Neuen Deutschland“ vom 18. Oktober 1989, an den Ministerpräsidenten Stoph, sofort eine Verordnung über den freien Reiseverkehr auszuarbeiten. Da hatten wir die Illusion, sie soll veröffentlicht werden, vier Wochen lang diskutiert werden, ganz demokratisch, und zu Weihnachten sollten die Leute dann reisen können.

Wir standen unter dem Zwang, und wir konnten als einzige wirklich intensiv verändernde Maßnahme nicht die Wirtschaft reformieren, nicht das politische System ändern mit freien Wahlen – das alles hätte Zeit erfordert –, aber ein anderes Gesetz war schnell zu machen. Dieses Gesetz wurde veröffentlicht als Entwurf; die Menschen nehmen es als Entwurf gar nicht zur Kenntnis, sondern nehmen es als das Gesetz, schauen hinein und finden Gummiparagraphen, die so formuliert sind: „Sofern keine Gründe dagegen sprechen, kann jeder reisen.“ Was heißt das? Es behält sich wieder irgendeine anonyme Institution, also die Burschen da oben, vor, zu entscheiden, ob jemand reisen kann oder nicht. Resultat oder Reaktion: Proteste, die ersten Streiks kündigen sich an. Stellen Sie sich vor, diese Hansels haben das alles verändert, wollen sich international empfehlen, und was sie ernten, ist ein Hieb in die Fresse, die Leute wollen mit denen nichts zu tun haben, sie fühlen sich schon wieder belogen. Daraufhin gab es ganz schnell eine nochmalige Order an den derzeit noch amtierenden Ministerpräsidenten Stoph.

(Abg. Hansen (F.D.P.): Von wem?)

– Vom Politbüro.

(Abg. Hansen (F.D.P.): Abgestimmt?)

– Ja. In diesem Politbüro waren zu dieser Zeit natürlich Leute, die alles das machten, was wir, die drei Mann, die Veränderer, sagten. Was spielte sich ab? Auf der Straße gab es Unruhe. Sie waren keine Risiken gewöhnt. Denen mußte man nur sagen: Es bleibt gar nichts anderes übrig, wir müssen so etwas machen. Stoph bekam den Auftrag, und der Entwurf dieser Verordnung wurde im Zentralkomitee vorgelegt, das zufällig oder vorsätzlich zwei Tage später tagte. Aber das wurde von Krenz benutzt, um das dort auch mit einem etwas zwiespältigen Gefühl mitzuteilen, weil wir ja Schritte taten, die von der Masse der Partei zu dieser Zeit gar nicht akzeptiert oder verstanden wurden. Er machte das also en passant, und die verstanden daraus nur die Hälfte. Ich war zu dem Zeitpunkt, als er das dort mitteilte, nicht in der Sitzung. Ich sprach mit den Journalisten draußen, weil es da bestimmte Dinge zu regeln gab. Wir wollten ja auch eine neue Optik schaffen. Ich kam zurück und sagte: „Ich muß jetzt rüber zu dem Briefing.“ Daraufhin gab er mir die Sache:

„Hier ist also der Ministerratsbeschluß, nimm ihn mit, das wird sozusagen der Knüller!“

Es war also das Papier, das ich nicht kannte, sondern wozu ich nur mit meiner Intention beige-steuert habe: Es muß Aus- und Einreise sein, denn wenn sie nur ausreisen können, hauen die Leute ab. Wenn sie wieder einreisen können, überlegen sie sich, ob sie das Risiko eingehen, alles stehen und liegen zu lassen. Das war sozusagen das Essential. Auf dem Wege zur Pressekonferenz habe ich im Auto das Papier überflogen und fand, wenn auch ver-klausuliert, es ist sozusagen das „Ding“.

Ihre Überlegung ist richtig. Ich war der Informator über die Tagung des Zentralkomitees. Für die SED war immer noch das Zentralkomitee das Wichtigste. Also informierte ich die internationale Presse über die personellen Entscheidungen und über das Aktionsprogramm, das wir gemacht hatten. Aber das hier war ja eine Sache, die uns durch den Protest der Leute abgenötigt worden war, die wiederum unsere Schwäche offenbarte: Wir faßten irgendwelche Beschlüsse, im nächsten Moment mußten wir sie schon wieder korrigieren. Außerdem war ich nicht der Regierungssprecher. Ich war der Informant über die ZK-Tagung. Wir wollten schon ein bißchen stärker abstufen zwischen Regierung und Partei. Aus beiden Überlegungen, nicht so sehr Schwäche zu demonstrieren und daß es eigentlich auch nicht meine Sache ist, habe ich die Geschichte an den Schluß gesetzt, auch um besondere Fragen abzuwehren, die darauf noch hätten kommen können. So ist die Sache von mir verlesen worden.

Die „Zettelarie“ oder diese Halluzination hat einen ganz simplen Hintergrund. Ich hatte mehrere Zettel, also meine Notizen von der ZK-Tagung. Sie müssen bedenken, es war das erste Briefing, also erstmals artikuliert sich die SED. Ich hatte kein Training in dieser Frage, sondern ich mußte da hinein. Ich hatte mir ein paar Notizen gemacht, und diese Sache lag unten drunter. Während meines Gesabbers dort habe ich mal einen Zettel vorgenommen und einen Zettel wieder beiseite gelegt usw. Dann kam dieser Punkt, und ich fing an, in meinen Zetteln zu suchen, wo das ist. Das ist ja nur anderthalb Blatt gewesen. Darauf kam jemand von meinen Mitarbeitern an meinen Tisch und zog mir hilfreich die Sache hervor, so daß der Eindruck entstand, ich hätte es aus der Tasche gezogen. Aber diese Variante kann nicht stimmen, weil ein Entscheidungsvorgang dem vorausgegangen war, der seine Gründe hatte: Wir konnten zunächst einmal nur einen Schritt tun, der unser Ansehen verbesserte, und daran war uns sehr gelegen. Also auch ein Stück Machterhalt, also endlich diesen Schritt wagen, und wenn wir ihn so gingen, könnten wir eventuell Glück haben, die Leute hauen nicht mehr einfach nur panikartig ab, sondern sie überlegen, und es tritt eine Beruhigung ein, die dann auch nach einigen Tagen eingetreten ist, bis sich dann eine neue Situation entwickelt hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Zwei Fragen von Frau Michalk an Dr. Modrow, zwei Fragen zum gleichen Thema.

Dr. Hans Modrow, MdB: Wenn Sie es so verstanden haben, daß es an diesem Abend um Schaden ging, möchte ich präzisieren: Es ging um Menschenleben, das möchte ich mit aller Eindeutigkeit sagen. Das war ein Motiv an diesem Abend. Menschen waren im Prinzip in einer Situation, die wir verschuldet hatten mit unserer Politik. Die einen waren im Zug, und die anderen wollten in den Zug. Die Züge waren nicht in der Lage, noch Tausende aufzunehmen. Das war das Problem. Jeder, der heute darüber urteilt, soll sich selber in die Situation derer zurückversetzen, die damals mit dieser Lage konfrontiert waren. Nur dann wird man nach meiner Meinung auch zu sich selber und zu den Dingen ein Verhältnis finden können. So war die Lage, und um dieses Problem ging es, was diesen Abend angeht.

Ihre Frage ist berechtigt. Das zog sich dann hin bis zum 7. Oktober – hier ist das Verständnis von Macht natürlich eine Grundlage gewesen –, daß ungesetzliche Demonstrationen stattfanden. Man hatte keine Demonstration angemeldet, und damit war formal für die Polizei die Begründung: Wer keine Demonstration anmeldet, hat sozusagen auch kein Recht, auf der Straße zu sein. Dann kam an einem bestimmten Punkt die Forderung nach dem sogenannten Auflösen, und dieses Auflösen verband sich mit Gewalt.

Sie haben gezielt gefragt. Ich muß heute hier bekennen, ob man es mir abnimmt oder nicht, die Tiefe der Widerrechtlichkeit dieser Zuführungen ist mir aus der Lage, die dargestellt worden ist in politisch-operativen Beratungen, die wir in dieser Zeit machten, nicht präzise bewußt geworden, sondern erst durch eine Diskussion in jenen Tagen, die ich im „Schauspiel“ hatte. Dort wurde ich damit konfrontiert und darauf aufmerksam gemacht, daß es solche Dinge gibt. Dann habe ich den Staatsanwalt aufgefordert, daß er sich hier mit in seine Verantwortung zu bringen hat. Und in Dresden sind dann nach meiner Kenntnis die Entlassungen bis zum 11. und 12. Oktober erfolgt. Daß es in Einzelfällen auch Prozesse gab, sind Dinge, die aufgearbeitet worden sind, und man ist dafür auch zur Verantwortung gezogen worden. Meiner politischen Verantwortung, die ich für diese Zeit trage, kann ich mich nicht entziehen und entziehe ich mich auch nicht.

Das gemeinsame Bemühen mit der Kirche, das ja nicht erst dort einsetzte, das alles gewaltlos zu gestalten, hat in Dresden eine längere Geschichte. Darüber will ich heute nicht reden, das soll man sich dann im Konkreteren anschauen. Ich war sehr, sehr froh, als am 8. Oktober der Landesbischof und Superintendent Ziemer sich als Vermittler anboten. Es ist in Dresden erreicht worden, praktisch in der ersten Stadt der DDR, daß ab 8. Oktober keine Gewalt mehr eingesetzt wurde. Ich selber habe dann am 23. Oktober mit der „Gruppe der 20“ in der Stadtverordnetenversammlung auch in Dresden demonstriert.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die beiden letzten Fragen, Herr Weißgerber und Herr Prof. Fischer.

Abg. Weißgerber (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Modrow – eine Sache, die mich schon lange interessiert –: Wann erhielten Sie erstmals genauere Kenntnis über den Umfang des Archipels GULag?

Eine andere Frage: Es war ja möglich, Aussiedlungen unzuverlässiger Personen aus dem Grenzgebiet anzuordnen. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Und an Herrn Schabowski: Wenn es um Wahlen ging, ging es auch immer um die Fälschung von Wahlergebnissen. Wie erfuhren Bezirkssekretäre die Erwartungshaltung des Politbüros bezüglich der Wahlergebnisse?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Zunächst eine Anmerkung zu Herrn Schabowski: Sie ist nicht polemisch gemeint, aber ich wollte doch daran erinnern, daß in diesem Hause wohl Arthur Koestler gekannt worden sein muß, in welcher Abteilung, weiß ich natürlich nicht. Aber das hat ja wohl nicht dazu geführt, daß etwa im Dietz Verlag eine Sonderausgabe erschienen wäre, sondern daß er nicht gelesen werden durfte.

Ich wollte des weiteren noch einmal das Problem der Information ansprechen – vielleicht ist Herr Uschner so freundlich, darauf zu antworten –, und zwar im Zusammenhang mit der polnischen Frage, die hier leider ein bißchen untergegangen ist. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir uns einmal fragen, wo die Anfänge des Schlamassels liegen, über den wir hier diskutieren, dann würden die Publizistik und ein großer Teil der Öffentlichkeit auf Michail Sergejewitsch Gorbatschow zu sprechen kommen, während in der Forschung auf die entscheidende Rolle Polens zu Beginn der achtziger Jahre verwiesen würde. Hier interessiert mich, Herr Uschner, welche Informationen dieses Haus eigentlich über die Entwicklungen in Polen gehabt hat. Was ist hier an Informationen eingelaufen? Wer hat das analysiert? Wer hat es wohin „transportiert“? Wer von der Parteispitze hat über die Entwicklung in Polen, über die Solidarnosc etwa, genau Bescheid gewußt? Stimmt es, daß sich die SED bis zu diesen Ereignissen in Polen mit den anderen führenden Parteien in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ kaum beschäftigt hat? Stimmt es, daß erst ab Beginn der achtziger Jahre in der DDR eine eigene gegenwartsbezogene Osteuropaforschung aufgebaut worden ist?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der allerallerletzte, Gert Weisskirchen, bitte.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Wir alle hier haben unterschiedliche Biographien, auch diejenigen, die in der Enquete-Kommission sind. Über Verantwortung ist heute viel geredet worden. Ich habe eine schlichte Frage und weiß auch nicht, ob Sie darauf antworten möchten. Ist Ihnen irgendwann einmal im Laufe der vielen Jahre, wo Sie Macht haben ausüben können,

der Gedanke gekommen, daß es eine Unhintergebarkeit des Rechts von Individuen gibt, und ob Sie nicht selber dieses Recht verletzt haben?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die Frage des Kollegen Weisskirchen gibt mir die Möglichkeit, das noch einmal sachlich zu begründen, was ich sowieso tun wollte: jedem der Zeitzeugen zum Schluß dieser Runde, egal, ob er in dieser Runde gefragt wurde oder nicht, noch einmal Gelegenheit zu geben, sich kurz zu äußern. Drei sind noch einmal namentlich mit Blick auf Fragen genannt worden, Herr Modrow, Herr Schabowski und Herr Uschner.

Dr. Hans Modrow, MdB: Zunächst Ihre Frage zu genauen Kenntnissen über GULag. Ich würde sagen: Wer hat heute genaue Kenntnisse? Kenntnisse – ja, aber wer möchte von sich sagen, daß er genaue Kenntnisse darüber hat? Es gab über diese Dinge innerhalb der SED keine Informationen, sondern es gab das Buch, und das war nicht gerade ein legaler Besitz, sondern dazu brauchte man jemanden, der einem half, das Buch von Solshenizyn zu bekommen, um sich darüber zu informieren, das nachzulesen. Dazu brauchte man jemanden z. B. bei der DKP in der Bundesrepublik, der einem das beschafft hat. Einen anderen Weg gab es nicht. Es gab dann einen sowjetischen Film, „Kalina Krassnaja“, Darstellungen, die zeigten, daß man sich in der Sowjetunion mit diesen Problemen auseinanderzusetzen begann, und damit gab es dann auch Kenntnisse in dieser Frage. (Zuruf: Sie sagen, Sie haben das Buch gehabt! Wann war das?) – Das war etwa Anfang bis Mitte der achtziger Jahre, ab diesem Zeitraum.

Was die Ausweisung aus dem Grenzgebiet betrifft, so ist das ein Vorgang, der innerhalb der DDR nach meiner Kenntnis so abgewickelt worden ist, daß wir über die Grenze der betroffenen Bezirke hinaus nur dann Informationen bekamen, wenn in anderen Gemeinden oder anderen Teilen der DDR Ausgesiedelte untergebracht werden sollten. Ich bin zu diesem Zeitpunkt im Jugendverband tätig gewesen und habe erst mit der Wendezeit die Tiefe dieses Problems wirklich erkannt und mich dann auch damit auseinanderzusetzen gehabt.

Günter Schabowski: Zur Frage, welche Vorgaben wir zur Wahl bekommen haben. Ich kann nur für 1989 sprechen. Wir haben keine Vorgaben zur Wahl bekommen. Im Gegenteil, es hat eine Beratung im Zentralkomitee gegeben, bei dem verantwortlichen Sekretär für Organisation, der bei solchen Anlässen eine Mitkompetenz trug, dazu bestimmte staatliche Leiter, die dafür vorgesehen waren, Wahlleiter. Zu einer solchen Beratung ist mein Stellvertreter gegangen, wir hatten uns vorher verständigt. Ich hatte ihn gebeten, daß er mitteilt, daß in diesem Jahr auf keinen Fall mit einem Wahlergebnis wie bei der vorigen Wahl zu rechnen ist. Das war das Ergebnis von Informationen, die wir bekommen haben. Jetzt werden Sie fragen: Was für Informationen? Wir bekamen Informationen über Äußerungen von Menschen, die sagten: „Bei mir ist Sense, ich gehe nicht zur Wahl.“ Oder: „Wenn die und die Bedingung

nicht erfüllt wird, wähle ich nicht.“ Diese Stimmen hatten ein erhebliches Ausmaß, so daß für alle Fachleute sicher war, also für die, die seit Jahr und Tag diese Wahl betreut haben, so geht es nicht. Das hat der Org-Sekretär zur Kenntnis genommen. Mein Stellvertreter ist von dort zurückgekommen mit der Gewißheit: Es wird keine außergewöhnlichen Maßnahmen oder Anforderungen geben, die zu irgendwelchen Schwierigkeiten führen werden. In diesem Sinne aber habe ich eine Beratung mit den Berliner Kreissekretären und mit den Berliner Bürgermeistern gemacht und davor gewarnt, sich auf irgendwelche Manipulationen einzulassen.

Dazu muß ich folgendes sagen: Ich hatte die Vorstellung, daß die Manipulationen bei Wahlen, wovon man immer gehört hatte, bei der Auszählung stattfinden. Es gab zwei Seiten der Manipulation. Die eine war die Indoktrination der Leute, die Angstmache, die Tatsache, daß man in ein Wahllokal kam und dort gar keine Wahlkabine vorfand. Wenn Sie dort hineingehen und in irgendeine Ecke gehen wollen, ist es völlig klar, daß Sie jemand sind, der etwas gegen „die“ hat. Diese Methoden reichten unter normalen Umständen aus, daß die Masse der Bevölkerung solche Ergebnisse lieferte. Sie zog sich auf eine solche Position zurück: Wenn die es so haben wollen, können sie es kriegen. Die Leute haben sozusagen damit den formalen Charakter akzeptiert und haben ihn aufgehoben.

Eine zweite Sache ist, daß außerdem Wahlfälschungen stattfanden, völlig irrsinnig, muß man sagen, weil die Ergebnisse ohnedies so hoch waren, daß das eigentlich keine Rolle mehr spielte. Aber im Laufe vieler Jahre bedeuteten eben Zehntel von Prozenten, verglichen mit dem Vorjahr, daß soundsoviel, 50.000 oder 100.000, sich zurückgehalten haben.

Die andere Seite hatte sich daran gewöhnt, solche Interpretationen zu machen: Trotz allen Schmuhs der SED offenbart selbst dieses Ergebnis, daß da etwas nicht in Ordnung ist. So entspann sich eine Art Wettkampf darum, auf gar keinen Fall unter den Prozenten vom letztenmal zu liegen. In dem kritischen Jahr 1989 mit vielen Ereignissen, die das alles sowieso fragwürdig erscheinen ließen, war eine Orientierung in dieser Richtung von mir gegeben worden, ich muß das sagen. Und die Ergebnisse waren dann zum Schluß doch wieder so. Die Opposition paßte auf, was in den Wahllokalen ausgezählt wurde. Es ging nicht darum, ob ein Kandidat als durchgestrichen oder nicht durchgestrichen galt, nein, es wurde gezählt. Und dann vollzog sich auf einer anderen Etage, nämlich in der Bürgermeisterei, ein Gespräch. Dabei sagten dann die verantwortlichen Auszähler, wie der Stand war. Ich will hier niemanden beschuldigen, weil ich das selbst als eine Schmach empfinde, weil ich weiß, daß die Bürgermeister keine Betrüger waren, sondern sie waren auch in dieses System eingespannt. Dann sagte man: „Es ist nicht so, wie es aussieht.“ So ist es mir anschließend berichtet worden sowohl von der Kriminalpolizei, bei der ich verhört worden bin als „oberster Wahlfälscher in Berlin“, was nicht

verifiziert werden konnte, als auch von Mitgliedern – zu meinem tiefsten menschlichen Bedauern, weil ich diese Menschen kenne und weiß, daß sie dadurch in eine unsägliche Situation geraten sind, bis hin zu gerichtlicher Verurteilung. Denn das Prinzip, das bei jeder Wahl obwaltete, war stärker und führte in der konkreten Situation wieder dazu. Ich bin nachträglich verdächtigt worden, ich hätte nach Wahlschluß 0,25 % mehr verlangt für irgendeinen Bezirk. Das hat der Bürgermeister behauptet. Es ist nicht zutreffend, er konnte das auch nicht verifizieren. Aber das zeigt eben, wie weit solche Formalien getrieben wurden. Das war neben der Flucht eine der Ursachen dafür, daß die Menschen massenhaft auf die Straße gingen.

Wir hatten seither in Berlin, ohne daß jemand eingriff oder eingreifen konnte, am 7. eines jeden folgenden Monats Demonstrationen, wo die Menschen den Wahlbetrug hinausschrien und die SED-Bezirksleitung hinter zugezogenen Gardinen zusah, wie die Menschen dort entlangzogen.

Das war einer der Punkte, die bei mir zu den viel zu späten und zu langsamen Überlegungen geführt haben: So kann man es nicht mehr machen. Es ist eine Schande. Nicht nur ich war darüber erschüttert, sondern wir haben am nächsten Tag im Politbüro zusammengesessen, ich glaube, mit Gerhard Schürer, mit Jarowsky, und haben gesagt: Das ist wieder genauso gelaufen, wie es nicht hätte laufen dürfen. Ich kann es nur so erklären, so erbärmlich sich das anhört.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe mich bisher vornehm zurückgehalten. An dieser Stelle möchte ich doch gern etwas sagen, Herr Schabowski. Daß diese Menschen Betrüger gewesen sind, meine ich allerdings, zumindest in diesem Fall. Das ist nicht nur Betrug gewesen, sondern diese Menschen sind in der Situation auch Betrüger gewesen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, so mußten Sie das annehmen, nicht das erstmal in Ihrem Leben, sondern bei einer ganzen Reihe von Wahlen vorher auch schon. Ich stelle an dieser Stelle noch einmal dieselbe Frage, die Herr Weisskirchen gestellt hat. Mir wäre es wichtig, wenn Sie einer von denjenigen wären, die diese Frage beantworten würden. Was für ein Menschenbild müssen Sie gehabt haben, was für eine Vorstellung von Regierung und Regierten?

Der nächste, der antworten soll, ist Herr Dr. Uschner.

Dr. Manfred Uschner: Zu den Wahlen: In allen Wahllokalen, in denen ich war, standen Wahlkabinen versteckt in der Ecke. Aber im Nebenzimmer – das wußte man – saß derjenige, der die Liste doppelt führte und den Arbeitsstellen berichtete, daß man in der Kabine war.

Zweitens, zur Ergänzung: Im Dezember 1988 war ich noch einmal mit einem der Mitarbeiter Gorbatschows zusammen auf der Straße vor dem ZK der KPdSU in Moskau und sagte: „Sorgt dafür, daß das nächstemal alle durch die Kabinen gehen, und wenn es 63 Prozent sind, sind das die ersten Wahlen, und die Welt sagt, es sind immerhin 63 Prozent.“

Die Antwort war, wie es Gerhard Schürer erlebt hat in der Ökonomie – das war für mich ein Hieb –: „Das werdet ihr schon wieder irgendwie hinkriegen.“ – Ich sage das nur am Rande.

Zu Polen: Es gab erstaunlicherweise mehrere Informationen, weil Polen wirklich an die Nieren ging: Nach 1968 CSSR nun Polen im Hinterland und damit die Verbindungslinien, die wichtigen Transportlinien, die Erdöl-Pipeline, die Eisenbahn usw. unterbrochen. Es gab eine sehr dicke Information, die ausgearbeitet wurde von der Abteilung Internationale Verbindungen unter Leitung von Günther Sieber. Ich weiß nicht, ob er damals Abteilungsleiter oder Botschafter in Warschau war. Auf jeden Fall wurden die Erkenntnisse der Botschaft mit herangezogen. Dieses Material wurde an alle Mitarbeiter hier im Hause verteilt. Ganz erstaunlich, das gab es bloß zweimal: einmal bei der CSSR und einmal bei Polen. Das Material enthielt auch Aussagen von Kuron und Walesa. Die Solidarnosc wurde als konterrevolutionäre, vom Westen gesteuerte Kraft dargestellt, die die Existenz der DDR indirekt bedrohe. Irgendwelche militärischen Schlußfolgerungen waren nicht darin enthalten, sondern es war der Satz darin: „Der Sozialismus insgesamt in Europa wird bedroht.“

Daneben gab es über das hier im Hause sehr mächtige Büro des Politbüros einen Verteilerschlüssel mit verschiedensten Geheimhaltungsstufen: Vertrauliche Dienstsache, Vertrauliche Verschlusssache; zum Schluß wurde noch eine alte Nazi-Bezeichnung wieder eingeführt: GKS = Geheime Kommandosache. Es gab Informationen, die nur die Politbüromitglieder bekamen. Da kam es darauf an, wie man zueinander stand und ob man zur Sekretärin einmal hereinschauen konnte. Dann gab es Informationen, die die Abteilungsleiter bekamen oder bis zum stellvertretenden Abteilungsleiter hinunter und in die Fachabteilungen hinein. Das waren meistens drei, vier Seiten, gestützt auf Informationszusammenstellungen aus Presse und Botschaft. Daneben gab es offensichtlich größere Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit, das gegen Kania gearbeitet hat und die Solidarnosc mit zu unterwandern versuchte. Dazu sind in den letzten Wochen und Monaten einige Dokumente aufgetaucht, vor allem auf polnischer Seite, die noch auszuwerten sind.

Ich erinnere mich nur noch, daß eine ganz eilige, kurze Meldung kam: Als Helmut Schmidt hier war und durch die Geisterstadt Güstrow gefahren wurde, teilte der Generalsekretär anschließend seinen Kollegen im Politbüro mit, daß er – sinngemäß – erleichtert war, Helmut Schmidt mitteilen zu können, daß es nach seinen Informationen zu keinem Bürgerkrieg oder zu einer Okkupation in Polen kommen wird, daß Jaruzelski aber vorbeugend den Kriegszustand ausgerufen hat.

Mit der Frage, die hier gestellt wird, wird sich jeder befassen, der es ernst meint, und jeder ist unterschiedlich weit. Ich habe, als Stalin starb, gelautet, er sei eine Art Gott. Ich stand mit einem FDJ-Hemd und einem Luftgewehr

davor. Als ich 1956 – nur in Auszügen – hörte, was Chruschtschow über Stalins Verbrechen losließ, habe nicht nur ich geweint, sondern alle, die aus der Versammlung herausgingen, haben bitterlich geweint. Das war ein Schock, den wir nicht wieder loswurden.

Nachdenklich wurden wir auch, daß es die SED verstand, schon 1957 sozusagen die Kehrtwendung zu kriegen, unter dem Motto „Keine Fehlerdiskussion, und das alles gilt nicht für uns.“ Das hat uns sehr betroffen gemacht. Ich hörte vor allem dreimal Philosophie: vor dem XX. Parteitag, während des XX. Parteitages und danach, immer von denselben Lehrern, also des Marxismus-Leninismus, und jedesmal in einer anderen Interpretation. Das hat erst einmal die Glaubwürdigkeit erschüttert, aber noch nicht das Gefühl: Der Sozialismus ist besser als der Kapitalismus, weil er bei der Geburt dem Menschen gleiche Chancen gibt, wenn er etwas leistet, und nicht der Besitz das Entscheidende ist.

Es gab die Erschütterung mit dem Mauerbau, der natürlich eine Niederlage war. Ich war damals junger Diplomat in Budapest. Ich konnte meinen ungarischen Gesprächspartnern gar nicht in die Augen sehen. Trotzdem hatten wir leise die Hoffnung, im Schutze dieser Mauer – wie es etwa Lamberz gesagt hat – Dinge in Ordnung zu bringen in Richtung Demokratie und die Mauer wieder zu beseitigen. 1968 war ein schwerer Schock. Eine Woche später mußte ich in diesem Hause anfangen, und ich habe viele wirklich tief erschüttert gesehen, auch die, die in diesem Haus gearbeitet haben.

Den „Archipel GULag“ konnten wir lesen; wir waren ja privilegiert. Wir hatten Zugang zum „Spiegel“, zum „Stern“ und zu westlichen Tageszeitungen. Über das Westfernsehen hinaus konnte man dort hineinschauen. Was bei Solshenizyn stand, war so unvorstellbar, daß ich es nicht geglaubt habe.

Noch viel schlimmer oder für mich besonders beschämend ist: Mein Vater wurde 1953 als Kandidat aus dem ZK entfernt. Ich war gerade zum Wochenendurlaub zu Hause von der Internatsoberschule. Er wurde ohne Verhandlung aus der Partei ausgeschlossen und aus der Volkskammer gestrichen, ohne daß jemand mit ihm ein Wort gesprochen hatte, weil er angeblich zu Slansky und Noel Field Verbindungen und die Frage gestellt hatte, ob Marschall Tito ein Verräter ist. Ich habe damals geeifert, als er gesagt hat: „Es gibt noch viel schlimmere Dinge, es gibt Leute, die in Lager geschickt werden, Sozialdemokraten, die nach dem Krieg im Lager waren; es gibt die Versendung in den Uran-Erzbergbau.“ Da habe ich als eifernder FDJler mit meinem Vater gestritten. Er ist 1956 rehabilitiert worden, er ist dann bald gestorben. Er hat mir aber eines mit auf den Weg gegeben, als ich nicht in die SED eintreten wollte, obwohl ich schon fünf Bürgen hatte, die man damals brauchte; man durfte dann mit sechzehn in die Partei: „Unterscheide zwischen einzelnen kommunistischen Funktionären und Praktiken und der Idee!“ Und er war immer noch der Überzeugung – es waren bis zuletzt mehr Menschen in

der SED, die aus sozialdemokratischen Familien kamen, die Schätzungen liegen zwischen 53 und 55 Prozent –: Es wird einmal möglich sein, unser Gedankengut wieder stärker einzubringen.

Das alles ist mir bewußt geworden, als ich das erstmal Menschen kennenlernte wie Egon Bahr und auch das Umfeld eures Tuns, eure Art, Politik zu praktizieren, auch die Lebensweise, alles, was flüchtig aus dem Fernsehen bekannt war. Als ich das erstmal sah, wie man miteinander umging und stritt, hat mir das Fragen, die ganz tief drin waren, bewußt gemacht, wie für viele andere dann auch aus unserer Gruppe. Inzwischen gibt es eine ganze Menge, wo ich sagen muß: Du hättest aufhören sollen, du hättest dann eben arbeitslos werden sollen oder was mir siebenmal angedroht wurde, so, als ich 1973 kündigte: „Du gehst in die Braunkohle, verlierst alle deine Diplome, und dann wirst du sehen, wo du bleibst.“ Das war hier die gängige Redensart. Auch mit Kaderleuten selbst wurde so gesprochen: „Wenn du hier rausfliegst, gehst du in die Braunkohle und kommst nie wieder hoch.“ Davor bin ich zurückgeschreckt, und das ist meine Feigheit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben eine ganze Reihe von Stunden zugehört, wir haben Fragen gestellt, wir haben Antworten bekommen, die nicht immer alle überzeugt haben. Ich bin ganz sicher, es sind Fragen offen geblieben und neue Fragen dazugekommen. Das wird, glaube ich, auch noch eine ganze Weile so andauern. Das gehört wahrscheinlich zum Prozeß der Aufarbeitung unserer Geschichte mit dazu.

Eine letzte Frage an Sie: Gibt es unter Ihnen noch jemanden, der wie Herr Dr. Uschner auf die Frage von Gert Weisskirchen reagieren möchte? Ansonsten, habe ich den Eindruck, ist die Befragung zu Ende.

Günter Schabowski: Wenn die Aufforderung ohne Reaktion bleibt, würde ich glauben, gibt das kein zutreffendes Bild. Erstens habe ich beispielsweise in meiner Antwort auf die Frage von Frau Wilms eine entsprechende Auffassung hier schon kundgetan.

Zum zweiten: Es steht mir nicht zu, Zweifel an dem zu äußern, was einzelne hier gesagt haben. Ich habe einmal mit Herrn Thierse über die Frage der öffentlichen Auseinandersetzung über diese Dinge gesprochen. Ich glaube und würde das auch nach dieser Befragung heute überall vertreten, daß man alle ermutigen sollte, die etwas dazu zu sagen haben, daß sie die Courage haben sollten, hier herzukommen oder sich dafür zur Verfügung zu stellen. Darin sehe ich mich bestärkt nach dem Ablauf dieser Dinge, ohne daß hier am Schluß so etwas wie ein Konsens entstanden sein muß. Aber ich glaube, es ist ein Prozeß des Heranarbeitens, und ich fand es gut, daß das in dieser Weise möglich war.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Wir sind mit diesem Thema noch nicht fertig. Ich hoffe, daß es wenigstens den einen oder die andere unter Ihnen gibt, die morgen, auch wenn die Namen der Zeitzeugen nicht ganz

so bekannt und allgemein verbreitet sind, wieder hierherfinden. Wir treffen uns morgen noch einmal um 9.00 Uhr hier, haben dann die Möglichkeit, bis 16.00 Uhr miteinander zu reden, ebenfalls mit Mitgliedern der SED, die auf anderen Ebenen ihre Erfahrungen mit den Machtstrukturen innerhalb der SED gemacht haben, z. B. mit einem Generaldirektor im Schiffbau in Rostock, einem Abteilungsleiter aus einem Volkseigenen Gut, einem Sekretär einer Bezirksleitung und einem Oberbürgermeister einer relativ großen Stadt in der DDR.

Ende der Sitzung 21.27 Uhr